

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



Januar 2024

23. Bundesverbandstagung mit Schwerpunktthema Einsamkeit

Auch Armut macht einsam

Unter dem Motto „Gemeinsam gegen einsam“ fand in Berlin vom 9. bis 12. November 2023 die 23. Bundesverbandstagung des SoVD statt. Für den SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg waren Sabine Schwarz, Kreisvorsitzende Tempelhof-Schöneberg, und Bodo Feilke, Kreisvorsitzender Charlottenburg-Wilmersdorf, als wahlberechtigte Delegierte dabei.

Der öffentliche Teil der Veranstaltung begann mit einer Videobotschaft des Bundeskanzlers Olaf Scholz (SPD). Er wünschte den Delegierten sowie Gästen des SoVD eine erfolgreiche Bundesverbandstagung und lobte dabei den Einsatz des SoVD. Er sei „ein starker Partner“ für die Politik und die ehrenamtlich Aktiven des Verbandes hielten unser Land zusammen. Mit seinem Engagement trage der Verband zu einer „Gesellschaft des Respekts“ bei.

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier begrüßte die geladenen Gäste aus Politik und Verbänden und sprach über die Entstehung der SoVD-Kampagne „Gemeinsam gegen einsam“ und die vielen Facetten von Einsamkeit in der Gesellschaft. Diese müsse deshalb auch als gesamtgesellschaftliches Anliegen betrachtet werden.

Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) stellte die große Tragweite des Themas Einsamkeit heraus und kündigte an, noch in diesem Jahr die „Einsamkeitsstrategie der Bundesregierung“ zu beschließen. Einsamkeit werde von vielen Faktoren bestimmt wie zum Beispiel Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Langzeitarbeitslosigkeit. Auch Ar-



Foto: Wolfgang Borrs

V.li.: Landesgeschäftsführerin Birgit Domröse, 2. Landesvorsitzende Monika Paulat, Sabine Schwarz, Kreisvorsitzende Tempelhof-Schöneberg, Landesfrauensprecherin Angelika Golombek und Landesschatzmeister Armin Dötsch.

mut befördere geradezu die Tendenzen zur Vereinsamung. Ganz konkret benötigten die Menschen auch Anlauforte, die wohnortnah und bequem zu erreichen seien.

Die anschließende Podiumsdiskussion beleuchtete viele Aspekte. Expertinnen und Experten tauschten sich darüber aus, wie soziale Integration und Unterstützung verbessert werden, um Einsamkeit zu verringern und unser Sozialstaat Einsamkeit bekämpfen kann.

Als Gäste mit dabei waren: Ricarda Lang (Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen), Sabi-

ne Werth (Gründerin der Berliner Tafel), Dr. Rolf Schmachtenberg (Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und Kirsten Bruhn (Parasportlerin).

Künftig wird der Sozialverband Deutschland von einer hauptamtlichen Doppelspitze geführt. Matthias Neiß rückt gleichberechtigt an die Seite der Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier. Das Ehrenamt des Verbandes wird die Vorstände mit zwei neu geschaffenen Organen, dem Verbandsrat und der Bundeskonferenz, unterstützen.

SoVD-Position zur Pflegebegutachtung des Medizinischen Dienstes per Telefon

Nur in engen Grenzen erlauben

Der Medizinische Dienst Bund hat die Richtlinien für die Feststellung von Pflegebedürftigkeit überarbeitet, die Neufassung ist seit dem 18. November in Kraft. Festgelegt sind unter anderem die Voraussetzungen zur Begutachtung von Pflegebedürftigen per Telefoninterview.

Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer hat sich als Mitglied im Verwaltungsrat des Medizinischen Dienst Bund dafür eingesetzt, dass Telefoninterviews begrenzt bleiben. Sie sollen von erfahrenen Fachkräften durchgeführt und nur in engen Grenzen sowie nach dem ausdrücklichen Wunsch bzw. Einverständnis der Betroffenen durchgeführt werden. In keinem Fall dürfen sie dazu führen, den pflegebedürftigen Personen

durch zu niedrige Einstufung in Pflegegrade Leistungen aus der Pflegeversicherung vorzuhalten. Grundsätzlich soll es bei Begutachtungsverfahren im häuslichen Umfeld bleiben. „Wir werden daher im weiteren Verlauf vor allem über unsere Sozialberatung und unsere Sozialrechtsvertretung darauf achten, dass die Bedingungen auch tatsächlich eingehalten werden“, so Engelen-Kefer. „Wir werden nicht tatenlos zuse-

hen, dass Pflegebedürftigkeit für die Betroffenen und ihre Angehörigen häufig mit Armut auch aufgrund zu langwieriger oder unzureichender Begutachtungsverfahren verbunden ist“, stellt die SoVD-Landesvorsitzende klar.

Weitere Informationen zu den Richtlinien der Pflegebegutachtung finden Sie im Internet auf: md-bund.de/themen/pflegebeduerftigkeit-und-pflegebegutachtungrichtlinien.



Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen,

das neue Jahr 2024 beginnt mit einem „Paukenschlag“ für die Finanzierung der öffentlichen Haushalte. Noch Mitte November hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil gegen die Verschiebung von 60 Corona Milliarden in den Klima- und Umweltschutzfonds die sprichwörtliche „Zeitenwende“ für die Konsolidierung der staatlichen Ausgaben eingeleitet. Dies belastet nicht nur den Bundeshaushalt, wie wir tagtäglich lesen und hören, sondern auch die Haushalte der Bundesländer. Dazu gehört das Land Berlin, wobei es nach bisherigem Kenntnisstand immerhin um fünf Milliarden Euro unrechtmäßige Kredite geht. Besonders brisant: Senat und Abgeordnetenhaus in Berlin befinden sich gerade in der Endphase der Festlegung auf den Doppelhaushalt 2024/25.

Wir haben uns als SoVD-Landesverband bereits im Sommer dafür eingesetzt, die drohenden geringeren Zuweisungen an die Bezirke für soziale Projekte zu verhindern. Mit der Senatorin für Arbeit, Soziales, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, Cansel Kiziltepe, haben wir besprochen, dass die öffentlichen Mittel für Frauenhäuser aufgestockt werden müssen.

Nach dem neuerlichen Urteil des Bundesverfassungsgerichts müssen wir jetzt dafür sorgen, dass der „Rotstift“ nicht bei sozialen Projekten angesetzt wird. Aus den Regierungsparteien in Berlin der CDU und SPD kommen Hinweise darauf, dass die Finanzen in Zukunft erheblichen Einschränkungen unterliegen werden. Es ist auch bereits aus dem Bundesfinanzministerium dazu der Stopp der Verpflichtungsermächtigungen erfolgt, mithin der Zahlungsverpflichtungen für die nächsten Jahre.

Jetzt kommt es auch für Berlin darauf an, dass gemäß den Vereinbarungen der Koalitionsparteien „klug“ gespart wird. Für uns als SoVD bedeutet dies, dass die sozialen Projekte nicht eingeschränkt, sondern aufgestockt werden. So hat z. B. der gerade dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Bericht der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen gezeigt, dass in Berlin nach wie vor erhebliche Verstöße gegen die UN-Behindertenrechtskonvention im Schul- und Bildungssystem bestehen. Ebenfalls hat der Internationale Tag der Gewalt gegen Frauen im November noch einmal deutlich gemacht, dass gerade in Berlin die Gewalt in den letzten Jahren im familiären Bereich erheblich angestiegen ist und sowohl die Plätze in Frauenhäusern wie auch die Beratungsstellen hoffnungslos unterbesetzt sind.

Auch ist schon lange deutlich, dass die öffentlichen Behörden von Wohnungsämtern bis Jobcentern unterbesetzt sind und den berechtigten Anforderungen der Bürger schon längst nicht mehr nachkommen, ganz zu schweigen von den erheblichen Nachholbedarfen zur Beseitigung der gravierendsten Mängel in der öffentlichen Infrastruktur. Nur gut, dass sich der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner (CDU) bereits mehrfach öffentlich für die Aussetzung der rigorosen Schuldenbremse ausgesprochen hat. Dabei können wir ihm als SoVD nur beipflichten.

In diesem Sinne wünsche ich Euch ein gutes neues Jahr 2024!

Eure Ursula Engelen-Kefer

www.sovd-bbg.de



Foto: daskleineatetier / Adobe Stock

Gesetzesnovelle zur Seniorenmitwirkung

Das Seniorenmitwirkungsgesetz soll noch in dieser Wahlperiode novelliert werden. Ziel muss die Verbesserung und Präzisierung der Arbeitsbedingungen sowie der politischen Einflussmöglichkeiten auf Landesebene und in den Bezirken sein.

Statt dessen verbreitet die Sozialverwaltung Vorschläge, die frei gewählten Seniorenvertretungen durch von der Politik und der Verwaltung ausgewählte Beiräte zu ersetzen, also zukünftig keine Wahlen mehr durchführen zu wollen.

*Willy Brandt hat einmal davon gesprochen, mehr Demokratie wagen zu wollen. Den Senior*innen jetzt ihr Wahlrecht nehmen zu wollen, wäre rückschrittlich und demokratiefeindlich. Eine solche Vorgehensweise würde zu noch mehr Resignation und Demokratieverdrossenheit beitragen.*

Deshalb fordert der SoVD: Die bezirklichen Seniorenvertretungen sowie die Landesseniorenvertretung müssen erhalten bleiben.

Weiterhin sind nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz folgende Anforderungen an die aktuelle Novellierung dem Senat gegenüber zu stellen:

Alle Menschen über 60 haben zu diesen Wahlen weiterhin das aktive Wahlrecht einschließlich der Briefwahl. Alle Menschen über 60 können in ihrem Wohnbezirk für die Seniorenvertretung kandidieren.

Die Amtsperiode ist an die Wahlperiode des Berliner Abgeordnetenhauses und der BVVen angepasst, die Wahlen finden am selben Tag statt, die Auszählung der Stimmen erfolgt zu einem späteren (jedoch zeitnahen) Datum. Es sind ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Seniorenwahlen umfassend beworben werden können.

*Die Organisation der Wahlen obliegt dem Landeswahlamt und den bezirklichen Wahlämtern. Die Ernennung der Gewählten in den Bezirken erfolgt durch die*den Bezirksbürgermeister*in in der Reihenfolge des jeweiligen Wahlergebnisses. Die bezirklichen Seniorenvertretungen sind an den*die Bezirksbürgermeister*in angekoppelt.*

*Die bezirklichen Seniorenvertretungen nehmen mit Rederecht mit jeweils einer Vertreterin bzw. einem Vertreter an den Sitzungen der BVV-Ausschüsse teil. Beschlüsse der Seniorenvertretung werden über die*den BVV-Vorsteher*in ins Plenum eingebracht.*

Finanziell sind die Mitglieder der Seniorenvertretung bei ihren Sitzungen und bei der Teilnahme an den BVV-Ausschusssitzungen den Bürgerdeputierten gleichzustellen.

In den Bezirkshaushalten erhalten die Seniorenvertretungen eine eigene Haushaltsstelle sowie einen auskömmlichen Jahresbetrag. Der Seniorenvertretung wird ein angemessener Raum mit moderner technischer Ausstattung im jeweiligen Rathaus zur Verfügung gestellt. Entsprechendes gilt für die Landesseniorenvertretung, die beim Regierenden Bürgermeister anzubinden ist.

Joachim Krüger, stellvertretender Landesvorsitzender

Widerspruch bei Pflegegutachten oft erfolgreich

Einspruch lohnt sich!

Pflegebedürftige werden oft in zu niedrige Pflegegrade eingestuft und erhalten dadurch geringere finanzielle Leistungen. Eine bundesweite Umfrage bei allen medizinischen Diensten ergab: Im Jahr 2022 mussten nach Widersprüchen fast 55.000 Einstufungen korrigiert werden.

Insgesamt wurden 2,5 Millionen Pflegegutachten erstellt, davon wurde in über 185.000 Fällen Widerspruch dagegen eingelegt. Viele Betroffene legen aber gar keinen Widerspruch ein, weil sie einfach nicht mehr die Kraft haben, sich in ein Widerspruchsverfahren zu begeben. Weil Pflegebegutachtungen nicht korrekt durchgeführt werden, erhalten Betroffene infolge weniger Geld. Dabei haben Widersprüche hohe Chancen auf Erfolg.

Sie möchten wissen, ob wir ihnen bei Ihrem Problem weiterhelfen können? Sprechen Sie uns gerne an. Unsere Sozialberater*innen und Jurist*innen leisten Hilfestellung zur sozialen Gerechtigkeit durch Beratung und die Betreuung in sozialen Angelegenheiten. Kontakt: Tel.: 030 / 26 39 38 11 oder E-Mail: sozialberatung@sovd-bbg.de.

SoVD bei Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag 2023

Die Opfer nicht vergessen

Im November 2023 fanden die bedeutenden Gedenkveranstaltungen für die Opfer von Krieg und Gewalt statt. Mit ihrer Teilnahme an den Veranstaltungen unterstreichen die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer und ihr Stellvertreter Joachim Krüger, dass die Erinnerung an die Opfer totalitärer Regime und Kriege nicht verblasen darf.

Der Jugendarbeitskreis des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge organisierte die Veranstaltung in der Gedenkstätte Plötzensee am 18. November. Die aktive Beteiligung junger Menschen an diesem wichtigen Gedenktag trägt dazu bei, die Erinnerung an die historischen Ereignisse lebendig zu halten. In Anbetracht der aktuellen Geschehnisse gewinnt die Erinnerung an die Schrecken des Nationalsozialismus eine zunehmende Dringlichkeit.

Am 19. November fand im Plenarsaal des Deutschen Bundestages eine bedeutsame Gedenkveranstaltung statt, die durch die eindrucksvolle Rede von Kronprinzessin Victoria von Schweden geprägt war. Sie hob die enge Verbindung zwischen Deutschland und Schweden hervor und betonte die Notwendigkeit des europäischen Zusammenhaltes angesichts der aktuellen "Zeitenwende". Sie appellierte leidenschaftlich an die europäischen Länder, gemeinsam gegen Aggression und Gewalt einzustehen, um eine bessere und friedvollere Zukunft zu gestalten.

Die zentrale Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag wird zweifellos als ein bedeutendes Ereignis in Erinnerung bleiben, das nicht nur die historische Verbundenheit zwischen Deutschland und Schweden betonte, sondern auch den dringenden Aufruf zur Einigkeit und Solidarität in diesen herausfordernden Zeiten verdeutlichte.



Joachim Krüger und Ursula Engelen-Kefer im Plenarsaal des Deutschen Bundestages anlässlich der Gedenkfeier zum Volkstrauertag 2023.

Dramatischer Anstieg bei häuslicher Gewalt gegen Frauen

Mehr Schutzplätze nötig

Das Ausmaß häuslicher Gewalt hat erschreckende Dimensionen angenommen; bundesweit erfährt etwa ein Viertel aller Frauen in ihrem Leben zumindest einmal Gewalt im häuslichen Bereich. Für Berlin sind über 17.000 aktenkundige Fälle allein im vergangenen Jahr zu verzeichnen. In Brandenburg waren es 2021 über 5.000.

Angesichts dieser Zahlen verlangt der SoVD, dass endlich die Istanbul-Konvention, die bereits 2011 als bisher stärkstes Instrument zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verabschiedet wurde, endlich umgesetzt wird. „Schon seit langem kritisieren wir den eklatanten Mangel an einer bedarfsgerechten Finanzierung von Frauenhäusern, sowohl in Berlin als auch in Brandenburg“, stellt die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer fest.



Heike Roß-Ritterbusch ist für den SoVD Mitglied im Fachausschuss „Gewalt gegen Frauen beenden - Zugang für alle zu Schutz, Hilfe und Unterstützung“ des Deutschen Frauenrates.

Zudem fehlen noch immer barrierefreie Schutzeinrichtungen und Schutzplätze für Frauen und Kinder mit Behinderungen. In Berlin und in Brandenburg gibt es nicht einmal die Hälfte der Frauenhausplätze, die von der Istanbul-Konvention als Mindeststandard vorgesehen sind.

Unerlässlich ist eine bundeseinheitliche Finanzierung aller Maßnahmen des Gewaltschutzes. Jede gewaltbetroffene Frau muss insbesondere in einer akuten Gefährdungssituation, Zugang zu wirksamem Schutz haben.

Nach den Vorgaben der Istanbul-Konvention läge der Mindestbedarf an Frauenhaus-

plätzen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in Berlin bei rund 920 Plätzen. Bisher gibt es jedoch nur sieben Frauenhäuser mit 422 Plätzen. Für Brandenburg läge der Bedarf gegenwärtig bei rund 250 Familienplätze. Es stehen aber derzeit nur 123 Familienplätze in 23 Frauenschutzeinrichtungen zur Verfügung.

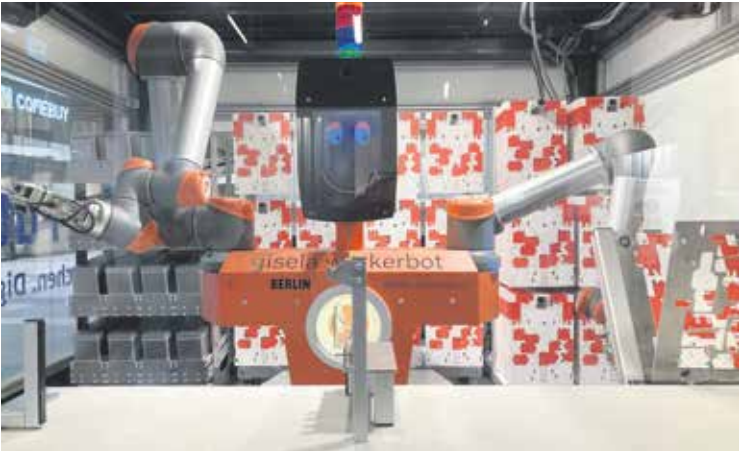
Die dramatische Lage ist mit einem eindrucksvollen Bild zu veranschaulichen: Würde es für jede vom (Ex-)Partner in Deutschland ermordete Frau eine Schweigeminute geben,

müsste über zwei Stunden geschwiegen werden. Das gleiche Gedenken für alle Frauen, die einen Tötungsversuch überlebt haben, würde bedeuten, über sechs Stunden zu schweigen.

Den Flyer in Leichter Sprache "Was ist ein Frauenhaus?" gibt es online auf dieser Seite: www.lebenshilfe.de/fileadmin/Redaktion/PDF/2_Informieren/Flyer_FHK_Lebenshilfe_6-seitig.pdf

Zur bundesweiten Frauenhaussuche gelangt man im Internet über diese Seite: www.frauenhaus-suche.de/.

Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Landesverband Berlin-Brandenburg

Landesverband BB
Im November letzten Jahres führte der SoVD-Spaziergang in die „retail GARAGE“ in Berlin, einen beeindruckenden Showroom, der über die neuesten Technologien im Einzelhandel informiert. Marcel Hedler führte fachkundig durch die Einrichtung und erläuterte innovative Konzepte wie Self-Checkout-Kassen, Verkaufsroboter Gisela (s. Foto, beim Bauen eines Papproboters), das Pick & Go-System, Chips zur Verfügbarkeits- und Lieferkettenverfolgung und die futuristische Grab & Go-Technologie. Online gibt es alle Informationen unter: digitalzentrumhandel.de/retailgarage/ weitere Infos.

Kreisverband Tiergarten-Wedding
Mehr als 40 Mitglieder kamen zum Mitgliedertreffen im November 2023, um Michael Kühl von der Präventionsstelle der Berliner Kripo zum Thema Seniorensicherheit zu hören. Kühl (s. Foto, stehend) beschrieb die verschiedenen Übertüppelungsversuche beim Einzeltrick. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass die Polizei nie Kauttionen verlange oder Wertgegenstände in Verwahrung nehmen würde. Ein Polizist betritt eine Wohnung nur im äußersten Notfall, bei Verdachtsfällen wird ein richterlicher Durchsuchungsbeehl vorgelegt. Er riet deshalb, niemals Fremde, auch nicht in



Kreisverband Reinickendorf

Uniform, in die Wohnung zu lassen. Auch beim Geld abheben und aufbewahren mahnte er zur Vorsicht. Das Interesse war so groß, dass der Vortrag wiederholt werden soll.
Kreisverband Reinickendorf
Beim Frühstücksbüfett im November kam Bezirksbürgermeisterin Emine Demirbüken-Wegner (s. Foto, 2. v. li.) zu Besuch. Sie lobte die Arbeit des SoVD, die dazu beitrage, die Gemeinschaft zu stärken und das Wohlbefinden der Bürger*innen zu fördern. Vorsitzende Angelika Golombek (s. Foto, rechts) hob die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Menschen mit Behinderung



Kreisverband Tiergarten-Wedding

im Bezirk Reinickendorf, Regina Vollbrecht, hervor. Gemeinsam sollen weitere Projekte auf den Weg gebracht werden.

Berliner Inklusionsratgeber

Neue Ausgabe

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) erstellt in enger Zusammenarbeit mit vielen Berliner Partnern den Ratgeber Inklusion für Menschen mit Behinderungen, der mit einer aktualisierten Version in der 23. Auflage erschienen ist.
Die Broschüre informiert umfassend über Unterstützungsleistungen und Hilfen in vielen Lebenslagen. Das Spektrum reicht vom Schwerbehinderterecht, über Arbeit und Beruf, Mobilität im Alltag, Steuervorteile, Kinder- und Jugendhilfe bis hin zur Gesundheit, Pflege und Mediennutzung. Auch eine Sammlung nützlicher Adressen ist vorhanden.
Verschiedene Versionen können hier heruntergeladen werden: www.berlin.de/lageso/behinderung/Neu in diesem Heft ist eine ausführliche Information zum Thema „Assistenzhunde - Hilfsmittel auf 4 Pfoten“.



Anerkannte Assistenzhunde dürfen Menschen mit Behinderungen in öffentliche und private Anlagen und Einrichtungen begleiten. Sie erhalten zur einheitlichen Kennzeichnung einen Lichtbildausweis und ein besonderes Abzeichen.
Die Anerkennung wird befristet ausgestellt. Sie bleibt gültig, bis der Assistenzhund das zehnte Lebensjahr vollendet hat. Die Anerkennung kann auf Antrag noch zwei Mal um jeweils bis zu zwölf Monate verlängert werden.
Für Menschen mit Behinderungen, die ihren Wohnsitz in Berlin haben, ist das Landesamt für Gesundheit und Soziales zuständig. Nach Prüfung der Unterlagen wird das Ausweisdokument erstellt und das besondere Abzeichen ausgegeben. Antragsformulare zur Anerkennung gibt es mit einer E-Mail an: assistenzhunde@lageso.berlin.de.



Foto: Andi Weiland / Pfotenpiloten e.V.
Assistenzhunde unterstützen im Alltag.

Interview

Selbst genähte Herzkissen tun Körper und Seele gut

Im letzten Jahr übergaben die Frauen der Landesgeschäftsstelle und des Kreisverbandes Spandau die in einer Aktion genähten Herzkissen an das Onkologische Zentrum des Evangelischen Waldkrankenhauses Spandau. Der SoVD sprach mit der Spandauer Kreisfrauensprecherin Yvonne Brückmann.

___Eine tolle Aktion, aber was sind denn Herzkissen?
Herzkissen ist eine weltweite Aktion, die Frauen mit Brustkrebs unterstützen wollen, diese schwere Krankheit zu überstehen. Dabei sind diese Herzkissen nicht nur eine mentale Unterstützung, sondern helfen auch die Wundheilung zu fördern, die Lymphe zu aktivieren und zu entlasten, wenn

man die Herzen unter dem Arm platziert.
___Wie sind Sie denn auf diese Aktion aufmerksam geworden?
Ein mir nahestehendes Mitglied meiner Familie ist an Brustkrebs erkrankt, da habe ich gemerkt, dass man zur Unterstützung bei der Heilung beitragen kann. Eine

Aktion des SoVD Wathlingen brachte mich auf die Idee, auch bei uns im Landesverband Berlin-Brandenburg so eine Kampagne ins Leben zu rufen.

___Als Sie dann aktiv wurden, was haben Sie gemacht?
Viele Frauen im SoVD hatten Interesse und Freude an der Aktion, so haben wir in der Landesgeschäftsstelle an einem Nachmittag in gemütlicher Runde die Kissen genäht und mit weicher Watte befüllt. Um die Herzen herstellen zu können, wurden im Vorfeld viele Stoffspenden gesammelt. Der Landesverband hat zur Information Flyer erstellt und verteilt. Eine große Unterstützung war Ingelore Frankenstein, die hauptsächlich das Nähen der Herzkissen übernahm.

Nach Fertigstellung der Kissen wurde der Kontakt zum Onkologischen Zentrum des Spandauer Waldkrankenhauses hergestellt

und die Kissen an Betroffene, die sich darüber sehr gefreut haben, übergeben.

___Wie geht es jetzt weiter?
Noch im November starteten die SoVD-Frauen gemeinsam eine weitere „Herzkissenaktion“, um wieder Herzkissen zu nähen, damit auch andere Brustkrebsstationen damit versorgt werden können. Auch für dieses Jahr ist geplant, die Herzkissenaktion fortzuführen.

___Können auch unsere Leserinnen und Leser helfen, diese Aktion zu weiterem Erfolg zu führen?
Wir freuen uns über jede und jeden, der Zeit und Lust hat, uns zu helfen. Aber auch Stoffspenden und Geld für die Füllungen werden noch benötigt. Bitte anmelden per E-Mail an: ehrenamt@sovd-bbg.de oder kv.spandau@sovd-bbg.de.



Herzkissen werden, meist von Frauen, ehrenamtlich hergestellt.

Termine und Ansprechpartner*innen im SoVD Berlin-Brandenburg

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem etwaigen Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!

Die Landesgeschäftsstelle ist ab dem 4. Januar geöffnet!

Landesverband Berlin-Brandenburg

Information / Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), *Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: post@sovd-bbg.de.*

Sozial- und Rechtsberatung: dienstags 9–12 Uhr und 13–15 Uhr sowie donnerstags 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, *E-Mail: sozialberatung@sovd-bbg.de.*

Geschäftsführung: Birgit Domrose, *Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domrose@sovd-bbg.de.*

Ehrenamtsbüro: Heike Roß-Ritterbusch, *Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sovd-bbg.de und ehrenamt@sovd-bbg.de.*

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Lofßin, *E-Mail: Ute.Lossin@sovd-bbg.de.*

Landesgeschäftsstelle

Anmeldungen: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Jeden Mittwoch, 14–16 Uhr: SoVD-Hörbibliothek. Spannende Geschichten und Themen



Im Namen des gesamten Vorstandes sowie des Mitarbeiter*innenteams wünscht der Landesverband seinen Mitgliedern von Herzen alles Gute, beste Gesundheit, Glück und zahlreiche positive Überraschungen für das neue Lebensjahr!

Jede Gabe sei begrüßt, doch vor allen Dingen; das, worum Du Dich bemühst, möge Dir gelingen.

Wilhelm Busch

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 5.1.: Eveline Schulz; 10.01.: Hannelore Kannengiesser; 22.1.: Irene Jörres, alle Berlin.

94 Jahre: 3.1.: Ingeborg Kortmann, Berlin.

96 Jahre: 27.01.: Ursula Hammel, Berlin.

98 Jahre: 20.1.: Edwin Günthermann, Berlin.

101 Jahre: 18.01.: Dora Seifert, Berlin.

Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband:

für 35 Jahre: 1.1.: Eveline Heller, Dieter Gottschalk, Michael Mader; 4.1.: Horst Halwass; 14.1.: Ursula Doßmann, alle Berlin.

für 45 Jahre: 1.1.: Rosel Hiller; 9.1.: Jutta Morzuch; 23.1.: Carola Fabianke; 23.1.: Gisela Fabianke, alle Berlin.

Stand: 24. November 2023

Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

Vorschau: 26. März, 14 Uhr: Mitgliedertreffen, Rathaus Johannisthal, Sterndamm 102, 12489 Berlin. *Ansprechpartner: Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Ansprechpartner: Bodo Feilke, Tel.: 030/81 78 682, E-Mail: kv.charwil@sovd-bbg.de.

Ortsverband Charlottenburg

16. Januar, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Stadtteilzentrum Nehringstraße 8, 14059 Berlin. *Ansprechpartner: Jürgen von Rönne Telefon: 030/263 938 02 E-Mail: ov.charlottenburg@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Wilmersdorf

18. Januar, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Seniorenzentrum Werner-Bockelmann-Haus, kleiner Saal, Bundesallee 48 b-50, 10715 Berlin. *Ansprechpartner: Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.*

27. Januar, 10 Uhr: Frauenstammtisch im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin. *Anmeldung bei Barbara Kubanke, Tel.: 030/38 12 703, E-Mail: babsika@gmx.de.*

Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

15. Januar, 16 Uhr: Mitgliedertreffen mit sozialpolitischen Themen, Gemeindesaal der ev. Dorfkirche, Alt-Buckow 36-38, 12349 Berlin. *Information und Anmeldung: Edith Massow, Tel.: 0173/27 29 497 (mobil) oder 030/263 938 03, E-Mail: kv.neukoelln@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Reinickendorf

14. Januar, 10 Uhr: Mitgliedertreffen mit sozialpolitischen Informationen, Neujahrstreffen mit Büfett. **Anmeldung bis 9. Januar.**

20. Januar, 14.30 Uhr: „Unser Nachmittagstreff“, sozialpolitische Themen. **Anmeldung bis 15. Januar.**

Ehrenamtliche Beratung, nur nach Absprache unter Tel.: 030/26 39 38 05.

Alle Veranstaltungen: Geschäftsstelle, Eichborndamm 96, 13403 Berlin, Anfahrt: Bus 221, Bus 322, S25 (Haltestelle S-Bahnhof Eichborndamm).

Ansprechpartnerin und Anmeldungen bei Angelika Golombek, Tel.: 030/26 39 38 05, E-Mail: kv.reinickendorf@sovd-bbg.de.

Sorgentelefon: 030/54 49 77 71.

Kreisverband Spandau

Sprechzeiten Sozialberatung: Dienstag 10–12 Uhr, Termine am Nachmittag nach Vereinbarung. *Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Spandau-Mitte

14. Januar, 14 Uhr: Kaffeetafel, Havelterassen, Spandauer Burgwall 27-29, 13581 Berlin. *Ansprechpartnerin: Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovd-bbg.de.*

25. Januar, 18.45 Uhr: Mitgliedertreffen, Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10, 13597 Berlin.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

18. Januar, 18.30: Mitgliedertreffen. Thema: Gute Pflege für alle sicherstellen, Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin. *Ansprechpartnerin: Susanne Witte, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: SoVD_OV_Spandau_Nord-Sued@gmx.de.*

Ortsverband Falkensee

Ansprechpartner: Roland Harnoth, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

4. Januar, 15 Uhr: Mitgliedertreffen. Ort: Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin. *Information und Anmeldung: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04 oder 030/76 40 32 10, E-Mail: kv.zehlendorf@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

13. Januar, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlenberg“, Am Mühlenberg 12, 10825 Berlin

Sprechstunde und Sozialberatung jeden dritten Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Treffpunkt für Ausflüge: U-Bahnhof Rathaus Schöneberg, Freiherr-vom-Stein-Straße.

Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

16. Januar, 14.30 Uhr: regelmäßiger Dienstagstreff/Mitgliederversammlung.

20. Januar, 10 Uhr: Neujahrstisch mit sozialpolitischen Informationen, geplante Veran-

staltungen 2024.

Sozialberatung nach Bedarf, bitte telefonisch anmelden.

Ort für alle Veranstaltungen: Waldstr. 48, 10551 Berlin, Anmeldung erforderlich.

Bis 9. Januar bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.

Ansprechpartnerin: Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

SoVD-Sozialmobil

Stützpunkt: SoVD-Beratungsstelle, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. *Ansprechpartnerin: Cornelia Schreiber, Tel.: 01511/56 54 036 (mobil), E-Mail: mobil@sovd-bbg.de.*

Sozialberatungsstelle Finsterwalde

Persönliche Beratungstermine nach Vereinbarung. *Ansprechpartnerin: Cornelia Schreiber, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde, Tel.: 01511/56 54 036 (mobil), E-Mail: ks.fensterwalde@sovd-bbg.de.*

Cottbus

Ansprechpartner: Michael Netzer, Tel.: 0176/93 22 85 83 (mobil), E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.

Bad Saarow / Oder-Spree

Ansprechpartner: Christoph Kröber, Tel.: 033631/40 96 98, oder 0177/46 31 307 (mobil), E-Mail: ks.bad-saarow@sovd-bbg.de.

Brandenburg an der Havel

Ansprechpartnerin: Dagmar Herz, Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg an der Havel, Tel.: 03381/55 15 131, oder 0152/58 57 78 46 (mobil), E-Mail: ks.brandenburg@sovd-bbg.de.

Jüterbog

Ansprechpartnerin: Marlies Zappe, Neuheim 6, 14913 Jüterbog, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: ks.jueterbog@sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665 (mobil), E-Mail: kv.brbnordost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665 (mobil), E-Mail: ov.prignitzruppin@sovd-bbg.de.

Landesverband Bayern auf der Bundesverbandstagung 2023 in Berlin

Zentrales Thema: Einsamkeit

Vom 10. bis 11. November 2023 trafen sich SoVD-Delegierte aus ganz Deutschland zur Bundesverbandstagung in Berlin. Natürlich war auch der Landesverband Bayern auf der wichtigen Veranstaltung vertreten und brachte sich ein.

Die Bundesverbandstagung wurde mit einem Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Kai Wegner (CDU), eröffnet.

Die gesamte Veranstaltung stand ganz unter dem Slogan „Gemeinsam gegen einsam“ und Familienministerin Lisa

Paus (Die Grünen) griff dieses Thema in ihrer Rede auf.

Rolf Schmachtenberg (Staatssekretär Arbeit und Soziales), Ricarda Lang (Die Grünen), Sabine Werth (Gründerin „Die Tafel“) und Kirsten Bruhn (Parasportlerin) beteiligten sich an der Podiumsdiskussion, welche

ebenfalls unter dem Motto „Gemeinsam gegen einsam“ stand. Sie berichteten von ihrem persönlichen, beruflichen und ehrenamtlichen Engagement. Die Diskussionsteilnehmer*innen setzten sich intensiv mit dem Thema auseinander und lieferten dazu viele Ideen und Denkanstöße.

Die Delegierten aus den Kreis- und Landesverbänden hatten viel zu tun und gaben in den Abstimmungen die Richtung des SoVD für die nächsten vier Jahre vor. Neben dem offiziellen Programm und den anschließenden Diskussionen blieb aber auch noch Zeit, sich mit anderen ehrenamtlichen Kolleg*innen zu weiteren wichtigen Themen auszutauschen und Kontakte zu pflegen.

Landesvorsitzende Meta Günther wurde mit anderen Mitgliedern des Bundesvorstandes für ihr Engagement mit einer Urkunde und einem herbstlichen Blumenstrauß geehrt.



Zum Kreis der Geehrten gehörte auch Meta Günther (Mitte).



Von links: Regina Ruckdäschel, Jutta König und Susanne Langhagel.

8. Landesfrauenkonferenz in Greifswald

Konstruktives Treffen

Am 15. November letzten Jahres fand die 8. Landesfrauenkonferenz in Greifswald statt. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern hatte die Veranstaltung unter das Thema „Die Umsetzung der Patientenverfügung in der Klinik“ gestellt.

Zur Veranstaltung waren auch Bundesfrauensprecherin Jutta König, Landesfrauensprecherin Susanne Langhagel aus Hamburg und für den bayerischen SoVD Landesfrauensprecherin Regina Ruckdäschel angereist. Ebenso waren Frauensprecherinnen aus den Unterorganisationen gekommen. Sie alle tauschten informativen Vorträgen und diskutierten darüber, wie das wichtige Thema der Patientenverfügung in Kliniken umgesetzt werden muss. Im Umfeld der Konferenz gab es Gelegenheit für die Teilnehmerinnen, sich untereinander auszutauschen.

Die Verbraucherzentrale Bund gibt Tipps für den Besuch des Medizinischen Dienstes zur Pflegegradermittlung

Richtige Vorbereitung auf die Begutachtung

Nach Beantragung eines Pflegegrades beauftragt die Pflegekasse den Medizinischen Dienst (MD) damit, die Pflegebedürftigkeit festzustellen. Bei privat Pflegeversicherten ist das meist der Gutachterdienst Medicproof. Die Gutachter*innen kündigen den Hausbesuch rechtzeitig an, sodass ein*e Angehörige*r oder eine Pflegeperson bei der Begutachtung dabei sein kann.

In der Begutachtung werden die Selbstständigkeit und Fähigkeiten in sechs Lebensbereichen, sogenannten Modulen, geprüft und erfasst:

- Mobilität
- Verhaltensweisen und psychische Problemlagen,
- Kognitive und kommunikative Fähigkeiten,
- Selbstversorgung,
- Bewältigung von und selbstständiger Umgang mit krankheits- und therapiebedingten Anforderungen und Belastungen,
- Gestaltung des Alltagslebens und soziale Kontakte.

Darüber hinaus werden die Bereiche „außerhäusliche Aktivitäten“ und „Haushaltsführung“ aufgenommen. Diese fließen jedoch nicht in die Bewertung ein.

Informieren Sie sich bereits

vor der Begutachtung, welche Kriterien entscheidend sind, um den Pflegegrad zu ermitteln und welche nicht.

- Legen Sie zum Begutachtungstermin Kopien folgender Unterlagen bereit:
- aktuelle Arzt- und Facharztberichte,
- aktuelle Entlassungsberichte vom Krankenhaus oder der Reha-Einrichtung,
- Medikamentenplan,
- Schwerbehindertenausweis (wenn vorhanden),
- Liste der genutzten Hilfsmittel (Brille, Hörgerät, Gehstock, Rollator, Vorlagen, ...),
- Pflegedokumentation (wenn Sie schon einen ambulanten Pflegedienst haben),
- eigene Notizen über den Verlauf der Pflege und Schwierigkeiten.

Bitten Sie eine*n Angehöri-

gen oder Ihre Pflegeperson, bei der Begutachtung dabei zu sein. So können sie Sie unterstützen und vielleicht auch wichtige Aussagen beisteuern.

Manchmal wird die Pflegesituation seitens des Pflegebedürftigen sehr schön dargestellt. Sei es aus Scham oder auch aufgrund einer fehlerhaften Selbsteinschätzung. Das kann beispielsweise der Fall sein, wenn eine demenzkranke Person von sich das falsche Bild hat, sie könne sich noch sehr gut alleine versorgen. Dann kann die*der Angehörige oder die Pflegeperson den Verlust der Fähigkeiten und der Selbstständigkeit realistisch beschreiben und ihren*seinen Eindruck wiedergeben. Hier kann auch ein Vier-Augen-Gespräch mit der Gutachterin oder dem Gutachter hilfreich sein.



Foto: Mediaphotos / Adobe Stock

Bei einer Begutachtung durch den MD ist es empfehlenswert, eine Vertrauensperson an der Seite dabei zu haben.

Die Fragen des*der Gutachter*in können als peinlich oder unangenehm empfunden werden, da es auch um Themen geht, über die man sonst selten mit Fremden spricht. Hier kann ein*e anwesende*r Angehörige*r oder eine Pflegeperson Halt und Unterstützung bieten. Das Gegenteil, nämlich

zu schauspielern, um die Situation schlechter darzustellen als sie tatsächlich ist, ist nicht zu empfehlen. Gutachter*innen sind erfahren in der Prüfungssituation und stellen dies schnell fest. Bleiben Sie glaubwürdig und zeigen sie den tatsächlichen Zustand der*des Pflegebedürftigen.

Die Verbraucherzentrale Bund gibt Tipps zur Reparatur von defekten Haushaltskleingeräten

Toaster kaputt – lohnt sich eine Reparatur?

Verweigert ein kleines Elektrogerät den Dienst, verführen die niedrigen Preise dazu, gleich ein neues Gerät zu kaufen. So manches Elektrogerät für den Haushalt landet in der Mülltonne statt zur Weiterverwertung der Rohstoffe im Wertstoffhof. Evtuell ließe sich das Kleingerät aber auch kostengünstig reparieren.

Ob sich eine Reparatur finanziell lohnt, hängt häufig vom Zeitpunkt ab, an dem das Gerät den Geist aufgibt. Tritt der Defekt innerhalb der zweijährigen gesetzlichen Gewährleistungszeit oder der vom Hersteller eingeräumten Garantiezeit ein, entstehen Ihnen durch die Reparatur keine Kosten. Das gilt aber nicht, wenn Sie den Defekt durch einen Bedienungsfehler verursacht haben.

Auch wenn der Defekt kurz nach Ablauf der Gewährleistungsfrist auftritt, sollten Sie versuchen, die Reparatur auf Kulanz kostenfrei abwickeln zu lassen.

Bewahren Sie Kaufbeleg und Garantie-Erklärung auf, damit Sie Ihre Rechte geltend machen können.

Richtige Werkstatt suchen

Auch bei günstigen Produkten kann sich eine einfache Reparatur auch nach Ablauf der Gewährleistung finanziell rechnen. Erkundigen Sie sich hierfür bei mehreren Anbietern nach den zu erwartenden Reparaturkosten.

Für teurere Produkte lohnt

sich auch eine anspruchsvollere Reparatur in einer autorisierten Fachwerkstatt. Vom Hersteller autorisierte Fachwerkstätten sind in der Regel in der Bedienungsanleitung aufgeführt. Sie sind meist etwas teurer als freie Werkstätten. Manche Geräte können aber nur in einer solchen Werkstatt repariert werden.

Bundesweite Adressen von freien Elektrowerkstätten können Sie in Datenbanken wie www.meinmacher.de und www.reparado.de recherchieren.

Verschiedene Werkstätten haben sich auf den kostengünstigen Austausch oder die Reparatur von fest verbauten Akkus in Elektrogeräten von der Elektrozahnbürste bis zum Rasierapparat spezialisiert.

Reparieren statt wegwerfen

Manche einfache Reparaturen können Sie als Laie oder technisch versierte Bastler*in mithilfe von Reparaturanleitungen im Internet selbst erledigen. Bei Elektrogeräten, die mit Netzspannung betrieben werden und bei denen das Gehäuse geöffnet werden muss, sollte

die Reparatur jedoch Elektrowerkstätten oder Repair-Cafés vorbehalten bleiben.

Wie Sie viele kleine Elektrogeräte selbst reparieren können, finden Sie im Internet. Zum Beispiel auf der Seite www.ifixit.com (teilweise in Englisch). Weitere Reparaturanleitungen finden Sie unter www.reparatur-initiativen.de.

Geräte pflegen

Oft reichen schon wenige Vorkehrungen aus, um die Lebensdauer Ihres Gerätes zu verlängern und Reparaturen vorzubeugen.

- Beachten Sie die Benutzungshinweise in der Bedienungsanleitung.
- Lassen Sie beschädigte Kabel in einem Repair-Café oder einer freien Reparaturwerkstatt ersetzen um Kurzschlüssen vorzubeugen.
- Entkalken Sie Dampfbügel-eisen, Wasserkocher oder Kaffeemaschinen regelmäßig.
- Bei Föns: Reinigen Sie den Lufteinlass und die Gebläseöffnung Ihres Föns bei ausgestecktem Gerät zum Beispiel mit dem Staubsauger von Flusen und Haaren.
- Bei Toastern: Entfernen Sie bei gezogenem Stecker die Brotkrümel aus den Schlitz-zen des Toasters und leeren Sie die Krümelschublade.



Foto: Алексей Филатов / Adobe Stock

Wenn der Toaster nicht mehr richtig funktioniert, lässt sich der Defekt manchmal leicht selbst beheben.

Billig kann teuer werden

Anhand von einfachen Informationen und Anhaltspunkten können Sie vor dem Kauf abschätzen, ob ein billiges Wegwerfprodukt im Regal steht oder ob es sich um ein langlebiges Produkt handelt, das sich gut reparieren lässt.

- Informieren Sie sich über die Testergebnisse der Stiftung Warentest.
- Nutzen Sie beim Kauf das Umweltzeichen „Der Blaue Engel“ als Wegweiser.
- Wählen Sie immer Elektrogeräte aus, bei denen eine einfache Reparatur möglich ist. Typische Verschleißteile müssen leicht zugänglich, austauschbar und einfach zu beschaffen sein. Beim Neukauf eines Föns oder Wasserkochers sollten Sie zudem darauf achten, ob das Gehä-

use Schrauben enthält – diese können auch unter Kunststoffclips verborgen sein – und so im Fall eines Defekts geöffnet werden kann.

- Bevorzugen Sie Produkte mit einer robusten Konstruktion, besonders bei beweglichen Teilen wie Schalter.
- Schauen Sie vor dem Kauf von Mix- und Rührgeräten in die Bedienungsanleitung, ob diese nur für den Kurzzeitbetrieb vorgesehen sind. Wenn minderwertige Elektronikbauteile oder Plastikzahnäder verbaut sind, können solche Geräte bei längerem Betrieb überhitzen und einen Defekt hervorrufen. Mixen Sie länger als angegeben, können vom Hersteller Gewährleistungsansprüche ausgeschlossen werden.

Quelle: Verbraucherzentrale

Glückwünsche

Es ist Unsinn, Türen zuzuschlagen, wenn man sie angelehnt lassen kann.

James William Fulbright

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im Monat Januar Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 4.1.: Alois Hettl, Garching.

70 Jahre: 5.1.: Bernd Kümpel, Lautertal; 20.1.: Willi Gercke, Mering; 30.1.: Anna Stürz, Nürnberg.

75 Jahre: 6.1.: Werner Dierauf, Ebensfeld; 22.1.: Harald Matuschek, Wörthsee.

80 Jahre: 11.1.: Erich Kraus, Coburg; 13.1.: Berta Trögl, Ingolstadt; 23.1.: Manfred Plank, Dietfurt.

85 Jahre: 8.1.: Helga Hohnhausen, Nürnberg; 21.1.: Heribert Ettinger, Coburg.

90 Jahre: 30.1.: Josef Sporer, Ingolstadt.

95 Jahre: 23.1.: Waltraud Flurschütz, Lautertal.

Jetzt Mitglieder werben

Die Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“ des SoVD-Landesverbandes Bayern geht weiter: Für jedes neu geworbene Mitglied, sei es für Einzel-, Partner- oder Familienmitglieder, bekommen SoVD-Mitglieder einen 15-Euro-Gutschein.

Weitere Informationen dazu gibt es unter Tel.: 089 / 53 05 27 oder mit einer E-Mail an: info@sovd-bayern.de.

Sozialberatung

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27–29, 90403 Nürnberg, Mo–Do, 9–11 Uhr, und nach telefonischer Vereinbarung. Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle Coburg: nach Voranmeldung bei Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Ober-

pfalz / Weiden: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache bei Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.



Bundenvorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier (li.) und Bundesgeschäftsführer Michael Meder überreichen Birgit Kömpel zum Einstands einen Firmen-Laptop.

Die neue 1. Landesvorsitzende des SoVD Hessen stellt sich vor

Engagiert und mit viel Erfahrung

Seit Ende des vergangenen Jahres ist der oberste Posten im Landesverband Hessen wieder besetzt. Birgit Kömpel hat in ihrem Berufsleben viel erlebt und viel Erfahrung im Umgang mit Menschen gesammelt. Gute Voraussetzungen, um den Landesverband kompetent zu leiten.

„1000 Einwohner und keine Ampel“, beschreibt die 1967 geborene Birgit Kömpel schmunzelnd ihren Wohnort Büchenberg. In dem Ortsteil der Gemeinde Eichenzell des Landkreises Fulda in der Vordere Hessischen Rhön hatte die neue Vorsitzende des Landesverbandes auch ihre Kinder- und Jugendtage verbracht.

Bereits früh war sie es gewohnt, auf die Kleineren und Schwächeren Rücksicht zu nehmen. „Als zweitältestes von vier Kindern hatten mich meine Eltern schon beizeiten zur Rücksichtnahme und Fürsorge erzogen“, erinnert sich Kömpel, die sich auch deswegen beim SoVD bestens aufgehoben fühlt.

Über ihre ausgeprägten sozialen Kompetenzen hinaus

glänzt das ehemalige Mitglied des Deutschen Bundestages aber auch mit zahlreichen weiteren Fähigkeiten, die sie als Idealbesetzung für den hessischen Landesvorsitz des SoVD erscheinen lassen.

Im Personalwesen im In- und Ausland tätig

Mit 19 Jahren zog Birgit Kömpel nach Frankfurt und sammelte dort erste Erfahrungen bei der Steigenberger Hotelgruppe. Zwei Jahre bei Hilton in London und ein berufs begleitendes Abendstudium im Bereich Personalmanagement mit einem dem Personalfachwirt gleichwertigen Abschluss folgten.

Wieder zurück in Deutschland arbeitete sie für verschiedenen Hotelgruppen im Personalbereich und bekleidete unter anderem im ehemaligen Holiday Inn in Fulda den Posten der stellvertretenden Direktorin.

Als sich ihre Tochter 1997 ankündigte, machte sie sich selbstständig und zog mit ihrer jungen Familie zurück in den Heimatort. Als Headhunterin war Kömpel dort 19 Jahre aktiv und suchte auf internationaler Ebene mit Schwerpunkt Osteuropa für die Hotellerie und Gastronomie Führungskräfte.

Einstieg in die Politik aus persönlicher Betroffenheit

Die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie begründete Ende der 90-er Jahre ihr

Engagement in der Gemeindevertretung. Im Kreis Fulda engagierte sie sich für die SPD alsbald im Bereich der Frauenpolitik.

Die Anfrage, für den Bundestag zu kandidieren, dem sie von 2013 bis 2017 angehörte und in dessen Ausschüssen „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ sowie „Verkehr und digitale Infrastruktur“ sie aktiv war, motivierte sie zusätzlich. Dort entwickelte sich auch eine Freundschaft mit Michaela Engelmeier, die sie für den hessischen Landesvorsitz vorschlug.

Seit Beendigung ihres Engagements im Bundestag ist sie als Senior Rekrutiererin bei der Deutschen Bahn aktiv und wirbt Fachkräfte in Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarbrücken an.

Engagiert im SoVD für soziale Gerechtigkeit

„Wenn ich etwas als ungerecht erachte, dann werde ich aktiv“, beschreibt Kömpel eine ihrer Eigenschaften und ihre Motivation, in der Politik, aber auch im SoVD aktiv zu sein. Gleichzeitig wirbt sie um Geduld während der Zeit ihrer Einarbeitung und bittet um die Unterstützung aller SoVD-Aktiven. „Im Gegenzug können Sie sich sicher sein, dass ich alle meine Energie, meinen Elan und meine Kraft für den Landesverband einsetzen werde und freue mich auf die gute Zusammenarbeit“, blickt sie hoffnungsfroh in die Zukunft.



Editorial

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde,

seit über einem Jahr bin ich nun Landesgeschäftsführer und durfte in dieser Zeit viele Dinge anstoßen und begleiten. Danke sagen möchte ich allen Ehrenamtlichen, aber auch den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kreisverbänden und in der Landesgeschäftsstelle, die mich auf meinem Weg immer unterstützt haben, auch wenn ich das ein oder andere Mal viel verlangt habe.

Aber im Gespräch miteinander konnte vieles bewegt werden. Anfang Oktober 2022 hatte ich den Landesverband mit 3.345 Mitgliedern übernommen. Ende des Jahres waren es bereits 3.432 und Ende November 2023 3.777 Mitglieder, was einem Zuwachs von über zehn Prozent seit Jahresbeginn und von fast 13 Prozent seit meinem Amtsantritt bedeutet.

Darüber hinaus sind wir im Wachstumsranking aller Landesverbände momentan der am zweitschnellsten wachsende Landesverband und damit noch vor den Großen wie Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen. Auch das zeigt mir, dass wir gemeinsam auf einem guten Weg sind. Besonders in den beiden Kreisverbänden Südhessen mit einem Wachstum von fast 30 Prozent und Osthessen mit nahezu 24 Prozent haben wir einen enormen Zuwachs. Aber auch die Steigerungen der Kreisverbände Marburg-Biedenkopf mit acht Prozent und Nordhessen mit fast fünf Prozent sind beachtenswert. Für diese Anstiege waren viele Aktive aber auch fleißig „uff de Gass“, wie man in der Pfalz sagt. Ihnen gilt ganz besonders mein herzlicher Dank.

Aber auch durch unsere guten Sozialberatungen vor Ort konnten wir sehr viele Mitglieder gewinnen. Mit den Standorten Freigericht und dem Berufsförderungswerk in Bad Vilbel haben wir zwei zusätzliche Beratungsstellen eröffnet. Nach dem Motto „Große Ziele stecken, um viel zu erreichen“ hatte ich bei meinem Antrittsbesuch in Berlin gesagt, dass ich bis Ende 2024 in Hessen die Mitgliederzahl auf 4.000 steigern möchte. Dafür hat mich der ein oder andere mit einem Lächeln oder gar Kopfschütteln bedacht. Aber dank Eurer Unterstützung sind wir Hessen von diesem Ziel gar nicht mehr so weit entfernt und ich sage hier gerne: „Wir schaffen das!“

Auf dem Weg dahin wird uns sicherlich auch die Präsenz auf der Wächtersbacher Verbrauchermesse vom 4. bis 12. Mai helfen, zu der alle herzlich eingeladen sind. Darüber hinaus sind natürlich auch die zahlreichen Infostände der Ortsvereine sowie die persönlichen und individuellen Beratungen durch unsere engagierten Sozialberaterinnen und Sozialberater wichtige Meilensteine.

In diesem Sinne blicke ich dankbar auf das vergangene Jahr zurück und freue mich mit Euch allen auf ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2024.

Ihr Thomas Hammer, Landesgeschäftsführer



Thomas Hammer



Birgit Kömpel ist eine tatkräftige Frau. Sie ist hoch motiviert, den SoVD Hessen voranzubringen.

HePAS: Inklusion auf dem Arbeitsmarkt

Ab 1. Januar gibt es eine Neuauflage des Hessischen Perspektivprogramms zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen (HePAS) mit einer Laufzeit bis Ende 2026. HePAS bringt Menschen mit Behinderungen in ein reguläres, möglichst dauerhaftes Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnis. Das Programm motiviert Unternehmen und Dienststellen, Menschen mit Behinderungen als Fachkräfte zu gewinnen. Mehr Infos unter: www.integrationsamt-hessen.de.

Quelle: Hessisches Sozial- und Integrationsministerium

Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag haben, gratuliert der SoVD Hessen herzlich. Kranken Mitgliedern wünscht er eine baldige Genesung.

60 Jahre: 19.1.: Katharina Riemer, Heusenstamm; 22.1.: Nikolaus Seng, Niedernhausen.

65 Jahre: 1.1.: Nazli Gülnergiz, Wiesbaden; 12.1.: Gabriele Bachmann, Reinhardshagen.

70 Jahre: 10.1.: Petra Herbold, Marburg; 15.1.: Berit Pitzer, Gladenbach und Theobald Schück, Marburg.

75 Jahre: 18.1.: Gudrun Schüler, Hofgeismar; 19.1.: Dieter Rosenthal, Calden; 25.1.: Brigitte Lukritz, Wetter.

80 Jahre: 8.1.: Ingrid Barié, Frankfurt; 18.1.: Heinrich Volland, Ludwigsau.

85 Jahre: 25.1.: Helga Heidenreich, Bad Wildungen.

90 Jahre: 29.1.: Armin Kunder, Hattersheim.

In den Geburtstagsgrüßen für hohe Jubiläen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen, in ihrem Wunsch gemäß nicht genannt.

Wir gratulieren

Margarete Satz feierte am 31. Oktober ihren 103. Geburtstag! Seit 2009 ist sie Mitglied im SoVD Hofgeismar. Bis zu ihrem 98. Lebensjahr versorgte sie sich noch allein. Jetzt lebt die geistig noch sehr rege Dame im evangelischen Altenhilfzentrum Gesundbrunnen in Hofgeismar. Ihr liebstes Hobby ist die Malerei

Jutta Kube, Schriftführerin des Ortsverbandes Hofgeismar, überbrachte der Jubilarin die Glückwünsche und Präsente des Kreis- und Ortsverbandes.



Margarethe Satz wurde 103.

Sprechstunden und Sozialberatung

Sollte nichts anderes vermerkt sein, finden die Sozialberatungen und Sprechstunden nach Terminvereinbarung statt.

Sozialrechts-Beratungstermine durch die Sozialjuristen Sigrid Jahr, Thomas Meinel, Markus Meyer zu Schlochtern, Annette Mülöt Carvajal Gomez und Frank Sunkomat werden über die Sozialberater oder die Landesgeschäftsstelle vermittelt.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Christine Weidenauer, Bürozeiten: montags bis freitags, 10–14 Uhr. Tel.: 0611/85 108, oder E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung Bad Wildungen

SoVD-Büro, Trumpe 2 (Eingang Bahnhofstraße), montags 13–18 Uhr und mittwochs 9–15 Uhr. Terminvereinbarung

bei Hans-Jürgen Schmidt, Sozialberater und Vorsitzender, unter Tel.: 05621/96 78 787, Tel.:0151/19 18 19 99 oder per E-Mail:hans-juergen.schmidt@sovd-hessen.de oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Calden

Irmgard Fohr, Kreisverbands-Vorsitzende, Tel.: 05674/65 67, E-Mail: irmgardfohr@gmx.de.

Beratung Hofgeismar

Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

Beratung Kassel

AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, Annette Mülöt-Carvajal-Gomez, dienstags 14–17 Uhr und donnerstags 10–13 Uhr, Tel.: 0561/14657.

Beratung Korbach

Ralf Wiegelmann, Tel.: 0171/76 30 410.

Beratung Vernawahlshausen

Sonja Hettler, Tel.:

05571/49 52.

Kreisverband Südhessen

Vorsitzender Rudolf Schulz, Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung bei Sekretärin Yvonne Hartwig, Tel.:0152/52 69 12 80, E-Mail: yvonne.hartwig@sovd-hessen.de

Beratung Bad Homburg

Sozialberatungsstelle Schöne Aussicht 24, Evelyn Kaletsch-Damm, Tel.: 06033/74 88 999.

Beratung Bad Vilbel

Berufsförderungswerk BFW, Huizener Straße 60, jeden zweiten Donnerstag ab 13 Uhr, Tel.: 0611/8 51 08.

Beratung Freigericht

Rathausstraße 13, jeden zweiten Samstag im Monat, 9–12 Uhr, Thomas Hammer, Tel.: 0151/50 71 01 56.

Beratung Gießen

Sozialberatungsstelle Curtmannstraße48,Evelyn Kaletsch-

Damm, Tel.: 06033/74 88 999.

Beratung Obertshausen

Friedensstraße 26, Vermittlung durch Sekretärin Yvonne Hartwig, Tel.:0152/52 69 12 80, E-Mail: yvonne.hartwig@sovd-hessen.de.

Beratung Wiesbaden

siehe Landesverband Hessen.

Kreisverband Osthessen

Terminvereinbarung bei Marita Schliephorst, Sozialberaterin und Vorsitzende, unter Tel.: 06655/74 02 26, Tel.: 0176/95 53 81 36 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Eschwege

AWO, An den Anlagen 8, jeden ersten Dienstag im Monat, 14–16 Uhr.

Beratung Fulda

Sozial- und Arbeitsgericht, Sitzungssaal im EG, Am Hopfen-

garten 3, jeden ersten Montag im Monat, 14 Uhr–16 Uhr.

Beratung Rotenburg

Neues Rathaus, Altenstube im 1. OG, Marktplatz 14-15, jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Beratung Sontra

Bürgerhilfe, Niederstadt 41, jeden ersten Montag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Terminvereinbarung bei Helga Kläs, Sozialberaterin und Vorsitzende, unter Tel.: 06422/89 87 202, per E-Mail: hklaes@sovd-hessen.de und bei Hans-Werner Dersch, Tel.: 06423/51 524 oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Wetter

Rathaus, Zimmer 2 im UG, Marktplatz 1, jeden ersten und dritten Montag im Monat, 15.30 –18 Uhr.

AOK Hessen zieht erste Bilanz zum Online-Hautcheck auf onlinedoctor.de

Steigende Nutzungszahlen

Hautausschlag oder ein verdächtiger Leberfleck? Seit Anfang des Jahres entfallen für AOK-Versicherte in Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz / Saarland lange Wartezeiten und Terminstress. Möglich macht das eine digitale fachärztliche Ersteinschätzung bei Hauterkrankungen: OnlineDoctor. Nun hat die AOK Hessen erstmals ausgewertet, wer das Angebot aus welchen Gründen nutzt – mit interessanten Erkenntnissen.

Menschen mit einem Hautproblem können über die Plattform onlinedoctor.de digital eine Anfrage bei einer Dermatologin oder einem Dermatologen ihrer Wahl stellen, indem sie drei Fotos der betroffenen Hautstelle hochladen und mithilfe eines Chatassistenten Fragen zu den Symptomen beantworten. Innerhalb von maximal 48 Stunden erhalten die Betroffenen anschließend eine schriftliche Diagnose und konkrete Handlungsempfehlung.

Die Zahl der Versicherten, die den OnlineDoctor nutzen, wächst von Monat zu Monat. Im dritten Quartal 2023 nutzen bereits doppelt so viele Versicherte wie im ersten Quartal den Service. Zwei Drittel der Anfragen gingen an Fachärztinnen oder -ärzte in Hessen, gefolgt von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Erwartungsgemäß waren 81 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer jünger als 44 Jahre. Und: 62 Prozent waren weiblich. Die häufigste Diagnose waren mit 13,6 Prozent nicht näher bezeichnet entzündlichen Ausschläge („Dermatiden“), gefolgt



Foto: luchschenF / Adobe Stock

Besonders Frauen nutzen die Möglichkeit, Hautprobleme mit selbst geschossenen Fotos online prüfen zu lassen.

von Akne. Auf dem dritten Platz rangierten die sogenannten melanozytären Nävi (gutartige, hell- bis dunkelbraune Hautveränderungen). Sie bedürfen in der Regel keiner Therapie.

Im Schnitt erhielten Patientinnen und Patienten nach 7,1 Stunden eine Rückmeldung. Die Weiterempfehlungsrate ist mit 88 Prozent hoch. 85 Prozent waren mit der ärztlichen Rückmeldung zufrieden.

„Die Dermatologie arbeitet

zum großen Teil mit Blickdiagnosen und eignet sich wie kaum ein anderes medizinisches Fachgebiet für die zeitversetzte Übermittlung von Bildern und schriftlichen Angaben zur Erkrankung. Daher möchten wir, dass unsere Versicherten von den Vorteilen der Teledermatologie profitieren können“, meint Bettina Schwarz, bei der AOK Hessen verantwortlich für ambulante und integrierte Versorgung. *Quelle: AOK Hessen*

Podiumsdiskussion des Ortsverbandes Rülzheim zur Baupolitik

Bezahlbarer Wohnungsbau

Am 23. November 2023 veranstaltete der Ortsverband Rülzheim gemeinsam mit der SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Katrin Rehak-Nitsche eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Bezahlbaren Wohnraum schaffen“.

Wolfgang Röhrling vom Ortsverband Rülzheim warf zum Einstieg einen Blick zurück in die Historie des SoVD und damit auf die in den Fünfigern gebaute sogenannten Reichsbundsiedlung in Rülzheim des damaligen Reichsbundes.

Die Einführung gab der Bürgermeister von Rülzheim, Matthias Schardt. Er führte aus, was im Ort und in der Region bereits erreicht worden ist und welche Herausforderungen anstehen, um bezahlbaren Wohnraum aus kommunaler Sicht bereitstellen zu können.

Daran schloss sich die Frage an, was überhaupt bezahlbarer Wohnraum ist – 6,70 oder 10,70 Euro pro Quadratmeter? Die Antwort der Wohnungswirtschaft war sehr eindeutig, nämlich eher 16 Euro, um annähernd im Baukostendeckungsbereich zu landen. Die Geschäftsführerin der Wohnbau Wörth, Petra Pfeiffer, sowie der Geschäftsführer Christian Rohatyn der GSW Speyer stellten nachvollziehbar dar, welche Herausforderungen sie meistern müssen, um bezahlbaren Wohnraum bauen zu können.

Da sind zum einen die hohen Baukosten. Zum anderen hohe bürokratische Auflagen, die lange Genehmigungsphasen verursachen. Von der Planung bis zur Fertigstellung eines Mehrfamilienhauses dauert es mindestens drei Jahre. Beide machen deutlich, dass sie mit ihren Organisationen sehr gerne mehr bezahlbaren Wohnraum bauen würden, wenn die Bedingungen insgesamt kalkulierbar wären.

Reto Schmitt von der Investitions- und Strukturbank Rhein-



Von links: Wolfgang Röhrling (Ortsverband Rülzheim), Dr. Katrin Rehak-Nitsche (MdB, SPD), Petra Pfeiffer (Wohnbau Wörth), Christian Rohatyn (GSW Speyer), Reto Schmitt (ISB Rheinland-Pfalz) und SoVD-Landesvorsitzender Norbert Weber.

land-Pfalz (ISB) erläutert die verschiedenen Förderprogramme, die sie im Auftrag des rheinland-pfälzischen Finanzministeriums aufgelegt haben, um sowohl bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wie Wohneigentum für Privatpersonen möglich zu machen oder Modernisierungen. Reto Schmitt betonte, dass sich das Förderangebot der ISB sowohl an die Wohnungswirtschaft als auch an Privatpersonen richtet – einfach von dem Team der Wohnraumförderung beraten lassen.

Die Landtagsabgeordnete Dr. Katrin Rehak-Nitsche (SPD) hob hervor, was die Politik tut, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen: zum Beispiel schnellere Prozesse, da circa 70 Prozent der versicherungspflichtig angestellten Menschen berechtigt sind, Mietförderung über einen Wohnungsberechtigungsschein zu erhalten.

Wolfgang Röhrling vom SoVD-Ortsverband kam schließlich wieder auf Rülzheim zurück und welche Möglichkeiten es konkret vor Ort gibt, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Der SoVD-Landesvorsitzende Norbert Weber wies auf die jüngst auf der Bundesverbandstagung getroffenen Beschlüsse zu diesem Thema hin, wie Mietpreisbindungsdauer von öffentlich gefördertem Wohnraum oder eine intensivere Förderung durch die Politik. Rheinland-Pfalz ist als Bundesland im Vergleich zu anderen sehr gut aufgestellt und unternimmt viel, um bezahlbaren Wohnraum zu fördern.

Aus dem Publikum kamen ebenfalls viele Fragen, die kompetent beantwortet wurden. In der Schlussrunde wurde deutlich, dass regionale Wohnungsbau-Gesellschaften unverzichtbar sind – damals wie heute.



Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen,

für das neue Jahr wünsche ich Ihnen alles Gute, viel Glück, Zuversicht und Gesundheit!

„An der Zukunft bauen, heißt Wachsein für die Gegenwart“ (Anna-Lena Mil). Und genau das werden wir dieses Jahr noch engagierter tun. Organisationen haben leider oft die Angewohnheit, sich primär mit sich selbst zu beschäftigen. Das ist im gebotenen Maß auch notwendig, um Wachsein zu können für die Gegenwart.

Auf Bundesverbandsebene ist erkannt worden, dass mehr Professionalität notwendig ist und ein zweiter Vorstand installiert werden muss. Damit sollen Entscheidungsprozesse erheblich beschleunigt und sich weniger „um die eigene Achse“ gedreht werden. Das passiert nun.

Auf Landesverbandsebene haben wir schon länger erkannt, im Vereinsleben agiler werden zu müssen. Hier greift nun der Beschluss der Landesverbandstagung: die verwaltungstechnische vielzählige Kreisverbandsebene wird ab jetzt durch zwei Netzwerkgruppen ersetzt, so dass die Konzentration des Vereinslebens voll bei den Ortsverbänden liegt. Schauen Sie mal, was Ihr Ortsverband für ein Angebot hat und nehmen Sie ruhig Kontakt zu Ihrem Ortsverband auf. Unsere Aktiven freuen sich auf Sie und auch auf Ihre Ideen.

Sie finden keinen Ortsverband in Ihrer näheren Umgebung? Kein Problem, wir freuen uns auf Ihr Engagement und sind jederzeit bereit, neue Ortsverbände zu gründen.

Thematisch werden wir uns als Landesverband intensiver mit dem Thema Einsamkeit beschäftigen. Sie fragen sich vielleicht, wieso, weshalb, warum? Sehenden Auges hat unsere Gesellschaft Vereinsamungstendenzen. Der demografische Wandel, Corona, persönliche wirtschaftliche Entwicklungen oder auch das Gefühl immer knapper werdende Gut Zeit sind nur einige Faktoren, die diese multipolare Tendenzen der Vereinsamung verursachen. In Gesprächen mit Politiker*innen thematisieren wir das und stellen häufig fest, dass das auch gesehen wird. Allerdings gibt es hierfür kein Patentrezept, außer „Gemeinsam gegen einsam“ zu handeln. Dieses Motto werden wir mit unseren Aktivitäten stärker noch verfolgen.

Damit uns das noch besser gelingt, brauchen wir Sie! Helfen Sie uns mit, den Menschen, die es nötig haben, gemeinsam zu unterstützen. Das kann auf vielfältige Art und Weise insbesondere im Kleinen geschehen. Ebenso wenn Sie sagen, dass Sie Unterstützung, Abwechslung oder auch ein offenes Ohr benötigen. Wenden Sie sich gerne an Ihren Ortsverband und gehen Sie zu den Veranstaltungen Ihres Ortsverbandes. Wir sind für Sie da und unterstützen Sie gerne, ganz im Sinne „Gemeinsam gegen einsam“.

Christian Dirb, Landesgeschäftsführer



Christian Dirb



Die Podiumsdiskussion widmete sich einem hochaktuellen Thema und stieß auf großes Interesse.

Falscher Rentenausweis

Ende November 2023 ist es in einem kurzen Zeitraum zu einem fehlerhaften Versand von Rentenausweisen durch den Renten Service der Deutschen Post AG gekommen. Dabei wurden Anschreiben und Rentenausweise fehlerhaft zugeordnet. Hierdurch haben Rentenberechtigte den Rentenausweis einer anderen Person erhalten. Betroffen waren vor allem Rentner*innen mit einem Rentenbeginn am 1. Dezember 2023. Der Renten Service der Deutschen Post AG hat den Fehler zwischenzeitlich behoben und den Betroffenen ein Entschuldigungsschreiben mit korrektem Rentenausweis übersandt.

Haben Sie so ein Schreiben erhalten, schicken Sie bitte den falschen Ausweis an den Renten Service zurück.

Termine

- Ortsverband Berzhahn**
21. Januar, 14 Uhr: Jahreshauptversammlung mit anschließendem Kriebelkaffee, Mehrzweckhalle Berzhahn.
- Ortsverband Homburg-Saarbrücken**
6. Januar, 15 Uhr: Neujahrsempfang mit Ehrungen, Essen und Getränken im Sportheim SV Schwarzenbach, Am Wacken, 66424 Schwarzenbach.
- Ortsverband Unnau**
21. Januar, 11 Uhr: Jahresauftaktveranstaltung im Landgasthof „Zur Quelle“, Brückenstraße 36, 57648 Nistertal. Über Kuchenspenden sowie über eine große Teilnahme würde sich der Ortsverband sehr freuen. **Anmeldungen bis zum 7. Januar** an Jürgen Metzger, Tel. 02661/53 64.

Sprechstunden

- Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen, dann wenden Sie sich bitte zunächst telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, unter Tel.: 0631/73 657 oder Tel.: 06131/69 30 165. Dort weist man Sie dann an die*den für Ihre Frage zuständige Berater*in.
- Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:
- Für die **Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
 - Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
 - Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480 zur Verfügung.
 - Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 zur Verfügung.
 - Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151/43 13 59 02 zur Verfügung.
 - Sozialrechtsberatung in **Andernach**, im Haus der Familie, Gartenstraße 4, 56626 Andernach, nach Terminvergabe bei Sigrid Jahr, Tel.: 0151/43 10 67 54.
- Die Vergabe von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.
- Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch ehrenamtlich Beratende (z. B. Gabriele Scheppelmann, **Spiesen-Elversberg**, Mobiltel.: 0176/34 03 41 58, Richard Dörzapf, **Rülzheim**, Tel.: 07272/61 60, und Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01) nach Terminabsprache mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erteilt die Landesgeschäftsstelle.
- Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:**
Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67655 Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.
Büro Mainz: Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz, Tel.: 06131/69 30 165.

- Sozialrechtsberatung im Saarland**
Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e. V. Sozialrechtsberatung vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an. Sozialrechtsberater Sven Heidenmann steht persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich.
Sprechtage nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 oder 0151/41 49 15 98 (mobil), Änderung vorbehalten.
- Spiesen-Elversberg:** 10. Januar, 9.30–12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.
- Homburg (Saar):** 10. Januar 13.30–16 Uhr, Mehrgenerationenhaus „Haus der Begegnung“, Spandauer Straße 10.
- Nonnweiler:** 17. Januar, 9.30–12 Uhr, AWO-Wohnheim (Sozialbüro links), Am Hammerberg 1.
- Saarbrücken:** 17. Januar, 13.30–16 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

- Ortsverband Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler**
Am 25. November letzten Jahres fanden im Rahmen der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler die Neuwahlen des Vorstandes statt. Gewählt wurden (siehe Foto 2, von links: 2. Vorsitzende Gabriele Scheppelmann, 2. Frauensprecherin Isabella Coquelin, Schatzmeisterin Inge Schmidt, 1. Frauensprecherin Nicole Feller, 1. Vorsitzender Volker Lieblang, 2. Vorsitzender Manfred Piro, Schriftführer Frank Fuchs, Beisitzer sind Karl-Heinz Schmidt und Rudi Haus. Nicht auf dem Foto sind die Revisor*innen Joachim Schaum und Gertrud Rauch).



Ortsverband Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler 1

Die Vorstandsmitglieder Inge Schmidt und Volker Lieblang waren am 28. November letzten Jahres bei Marianne Picke (siehe Foto 1, Mitte) aus Ottweiler zu Besuch, um ihr im Namen des SoVD zu ihrem 90. Geburtstag zu gratulieren. Frau Picke ist seit über 20 Jahren Mitglied im SoVD-Ortsverband und freute sich sehr über den Besuch.



Ortsverband Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler 2

- Ortsverband Steinweiler**
Am Volkstrauertag 2023 legten der 1. Vorsitzende Herbert Ößwein und seine Stellvertreterin Christel Hust (siehe Foto 1, von links) im Rahmen einer öffentlichen Feierstunde der Ortsgemeinde einen Kranz für den SoVD am Denkmal für die Kriegsoffer auf dem Friedhof in Steinweiler nieder.
Im Anschluss fand wieder das obligatorische Familienfest des Ortsverbandes statt. Dabei nutzte der 1. Vorsitzende des Kreisverbandes Germersheim, Thorsten Greiner, (siehe 2. Foto, rechts) die Gelegenheit und bedankte sich persönlich bei Christel Hust für ihr Engagement. Sie schied nach über



Ortsverband Steinweiler 1

24 Jahren als Frauensprecherin aus gesundheitlichen Gründen aus dem Kreisvorstand aus.



Ortsverband Steinweiler 2

Thorsten Greiner überreichte Christel Hust zur Verabschiedung noch ein Präsent.

Glückwünsche

- 60 Jahre:** 11.1.: Anette Heil, Hinzweiler; 15.1.: Waldemar Seifert, Zornheim; 18.1.: Stephan Ruh, Worms; Uwe Baumgärtner, Otterberg; 21.1.: Evi Christiane Spielberger, Kindsbach; 25.1.: Thomas Wendling, Rülzheim.
- 65 Jahre:** 2.1.: Kornelia Graf, Bingen; 3.1.: Helmut Gottfried Eiswirth, Hördt; 5.1.: Anton Frommer, Hillscheid; 7.1.: Ghinva Gherghelas, Kaiserslautern; 9.1.: Elvira Mattern, Wörrstadt; 13.1.: Gabriele Latour, Kandel; 14.1.: Inge Sorger, Olsbrücken; 16.1.: Alex Cunow, Hagenbach;
- 20.1.:** Gertrud Krieger, Monsheim; 22.1.: Michael Schaal, Kaiserslautern; Heidi Hoos, Hohenöllen; 24.1.: Maren Lindemann, Elmstein.
- 70 Jahre:** 5.1.: Edith Läufer, Bell; 7.1.: Raimund Heimann, St. Goar; 17.1.: Margot Hey, Landau; 18.1.: Inci Gehrlein, Rheinzabern; 29.1.: Klaus Kühlmann, Germersheim.
- 75 Jahre:** 9.1.: Christa Jocksch, Bobenheim-Roxheim; 12.1.: Siegfried Keller, Lohnweiler; 14.1.: Peter Häußler, Rülzheim; Irene Enk, Aspisheim; 21.1.: Helga Kleidt, Alsheim; 23.1.: Martin
- Baumann, Limburgerhof**
- 80 Jahre:** 4.1.: Helene Hartmann, Marpingen; 13.1.: Werner Lücking, Nieder-Olm; Dieter Junge, Frankenthal; 15.1.: Jürgen Eberspach, Lustadt; 19.1.: Günter Bender, Bad Dürkheim; Ursula Scherer, Kaiserslautern; 29.1.: Jürgen Bluhm, Herxheim.
- 85 Jahre:** 8.1.: Lothar Treptow, Herxheimweyher; 9.1.: Werner Beyerle, Römerberg.
- 92 Jahre:** 3.1.: Odilia Utzig, Spiesen-Elversberg; 29.1.: Karola Lange, Ludwigshafen.
- 94 Jahre:** 15.1.: Berthold Stenger, Spiesen-Elversberg.

SoVD-Landesverbände präsentieren sich auf dem Parteitag der Grünen

Gelungene Öffentlichkeitsarbeit

Vom 23. bis 26. Oktober 2023 fand die Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) von „Bündnis 90 / Die Grünen“ in Karlsruhe statt. Die Partei feierte – bedingt durch Corona – nachträglich das 40-jährige Jubiläum und kam dazu an einem der Gründungsorte, in Karlsruhe, zusammen.

Der SoVD nahm auf der begleitenden Ausstellung mit einem Infostand teil. Es ist geplant, den SoVD auf weiteren Parteitagen der demokratischen Parteien zu präsentieren, um mit den Politikerinnen und Politikern als sozialpolitischer Ideengeber ins Gespräch zu kommen und die Forderungen und Positionen des SoVD mit den Abgeordneten und Entscheidungsträger*innen aus Land und Bund zu diskutieren. Neben der Sozialberatung und der Gemeinschaft vor Ort, ist die sozialpolitische Interessenvertretung die dritte tragende Säule des Verbandes. Die Präsenz auf den Parteitagen der demokratischen Parteien ist ein wichtiges Element dieser Arbeit.

Die Delegation des SoVD auf der BDK bestand aus der Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier, die mit zahlreichen Politikerinnen und Poli-



Von links: Heike Sommerauer-Dörzapf, Katrin Langensiepen und Christian Dirb.

kern am Stand und im Plenum ins Gespräch kam, sowie dem Landesgeschäftsführer Christian Dirb vom Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland und der Landesgeschäftsführerin Heike Sommerauer-Dörzapf vom Landesverband Baden-



Von links: Michaela Engelmeier, Omid Nouripour und Heike Sommerauer-Dörzapf.

Württemberg, die auch die Organisation dieser Ausstellungsbeteiligung übernommen hatte.

Michaela Engelmeier und Heike Sommerauer-Dörzapf trafen unter anderem auf den wiedergewählten Parteivorsitzenden Omid Nouripour, die Fraktionsvorsitzenden Katharina Dröge und Britta Haßelmann, die Abgeordnete im Europäischen Parlament, sowie Katrin Langensiepen, die wie andere Politikerinnen, Politiker und Delegierte auch den Stand des SoVD besuchte.

Zentrale Diskussionsthemen waren die Kindergrundsicherung, Barrierefreiheit, die Reform der Rente- und Pflegeversicherung sowie das Bürgergeld.

Alles in allem waren es vier interessante Tage und der SoVD-Stand konnte sich nicht über mangelnde Besucherresonanz beklagen.



Christian Dirb (ganz links) und Heike Sommerauer-Dörzapf (rechts) kamen mit Delegierten der Grünen ins Gespräch.



Verbraucherzentrale Baden-Württemberg bietet kostenlose Seminare an

Verbraucherthemen vertiefen

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg bietet regelmäßig kostenlose Online-Seminare zu aktuellen Themen an, im Januar zum Beispiel zu Versicherungen, Geldanlagen, Smart Home, Strom- und Gasrechnung, mobile und digital Payment.

An den Seminaren kann jede*r Interessierte bequem von zu Hause aus teilnehmen. Übers Internet kann man live die Vorträge verfolgen und den Expertinnen und Experten über einen Chat Fragen stellen.

Als technische Voraussetzung

für die Teilnahme am Online-Seminar werden der aktuelle Firefox oder Chrome Browser empfohlen. Einen vollständigen Überblick über die geeigneten Browser und Endgeräte sowie über die angebotenen Seminare gibt es auf den Webseiten

der Verbraucherzentrale unter: www.verbraucherzentrale-bawue.de. Dort kann man sich auch online anmelden. Wer anonym bleiben will, meldet sich mit E-Mail-Adresse und einem Pseudonym an.

Quelle: Verbraucherzentrale BW



Editorial

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des SoVD,

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien, auch im Namen des Landesvorstandes, ein gesundes neues Jahr 2024. Ich hoffe, Sie haben ein paar erholsame und besinnliche Feiertage fernab der Hektik des Alltags im Kreise Ihrer Lieben verbringen können, um frischen Elan für das neue Jahr zu schöpfen.

Die erste Veranstaltung unseres Landesverbandes, nämlich der Neujahrsempfang der Stadt Mannheim, findet am 6. Januar im Rosengarten statt. Wir würden uns sehr freuen, Sie anlässlich dieser Veranstaltung an unserem SoVD-Infostand persönlich begrüßen zu dürfen.

Weiterhin wird der SoVD auch in diesem Jahr bei verschiedenen regionalen und überregionalen Veranstaltungen präsent sein. Die größte Präsentation unseres Landesverbandes wird in diesem Jahr wieder auf der Messe IBO von 20. bis 24. März in Friedrichshafen stattfinden. Hier wird der Landesverband die Messebesucher*innen mit einem neuen Messekonzept willkommen heißen.

Auch die einzelnen Ortsverbände werden in diesem Jahr wieder aktiv dazu beitragen, das Verbandsleben mit ihren Veranstaltungen zu bereichern. Leider wird der Vorstand des einen oder anderen Ortsverbandes in der Region um Mannheim aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für eine Wiederwahl im Frühjahr zur Verfügung stehen. Daher freue ich mich sehr darüber, wenn Sie mir Ihre Interessensbekundung zur Übernahme eines Amtes oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit mitteilen.

Nach wie vor steht auch die Erweiterung der Sozialberatungsstellen sowie das Angebot der Nutzung moderner Kommunikationsmittel wie einer Videoberatung in unserem Fokus. Dies, um unseren Mitgliedern und Ratsuchenden noch mehr Service bieten zu können.

Abschließend bedanke ich mich – auch im Namen des Landesvorstandes sowie den hauptamtlichen Mitarbeitenden im Landesverband Baden-Württemberg – ganz herzlich für Ihr wertvolles ehrenamtliches Engagement und Ihr Interesse für den SoVD, insbesondere im Landesverband Baden-Württemberg.

Ich freue mich über Ihre weitere aktive Mitarbeit, Ihre Ideen und Unterstützung auch im neuen Jahr.

Herzliche Grüße
Ihre Heike Sommerauer-Dörzapf
Landesgeschäftsführerin



Heike Sommerauer-Dörzapf

Nachruf

Betroffen nehmen wir Abschied von dem langjährigen 1. Vorsitzenden des Ortsverbandes Friedrichshafen,

Willy Pitzner,

der nach kurzer schwerer Krankheit am 5. Dezember im Alter von 76 Jahren verstorben ist.

Willy Pitzner trat 1995 in den SoVD ein. Er übernahm im Ortsverband Friedrichshafen Ämter als Schriftführer, Sprecher der Revisoren sowie 1. Vorsitzender und organisierte unter anderem Veranstaltungen. Ab 2006 war er Beisitzer, danach 2. Vorsitzender im Kreisverband Bodensee-Alb.

Der Landesvorstand, der Kreisverband Bodensee-Alb, die Ortsvorsitzenden, die Geschäftsführerin und Mitarbeitenden werden sein Andenken in Ehren halten. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und seinen Kindern mit Familien.

Barmer rät zur Impfung gegen Keuchhusten

Keine Kinderkrankheit

Keuchhusten wird von vielen Erwachsenen unterschätzt. Im Jahr 2021 wurde laut Barmer bei rund 41.000 erwachsenen Bundesbürger*innen Keuchhusten diagnostiziert. Pertussis, so der medizinische Fachbegriff, ist keine Kinderkrankheit.

In der Regel gibt es drei Krankheitsstadien bei Keuchhusten: In den ersten ein bis zwei Wochen gleicht Keuchhusten einer starken Erkältung mit leichtem Fieber. In dieser Zeit sind die Infizierten am ansteckendsten. Danach beginnt die sogenannte Anfallphase, mit krampfartigen Hustenanfällen und keuchenden Geräuschen beim Einatmen. Kinder müssen sich nach einer Hustenattacke oft übergeben. In der dritten Phase klingen die Symptome ab. Das kann bis zu zehn Wochen dauern.

„Keuchhusten verläuft bei Erwachsenen und Kindern nicht identisch. Der Husten ist bei Erwachsenen zwar langanhaltend, aber weniger heftig. Auch das typische Keuchen, Erbrechen und Fieber treten bei ihnen seltener auf als bei erkrankten Kindern. Das kann dazu führen, dass Keuchhusten bei Erwachsenen nicht immer diagnostiziert wird und wir eine hohe Dunkelziffer haben“, so Winfried Plötze, Landesgeschäftsführer der Barmer in Baden-Württemberg.

Erwachsene sollten daher ihren Impfstatus überprüfen und eventuelle Lücken schließen lassen

Nach einer überstandenen Erkrankung besteht keine lebenslange Immunität. Erwachsene sollten sich einmalig immunisieren lassen, mit einer Auffrischungsimpfung alle zehn Jahre. *Quelle: Barmer BW*



Foto: RFBSIP / Adobe Stock
Bei Husten ziehen Erwachsene kaum Keuchhusten in Betracht.

5 Termine

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden ersten Dienstag im Monat, 14–16 Uhr: Kaffeetreff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße 35, 88045 Friedrichshafen.

Ortsverband Höpfingen

Dienstags, 14.30 Uhr: Info- / Vesper-Nachmittage im „Ochsen“.

Landesverbandverband Baden-Württemberg

6. Januar, 10-18 Uhr: Infostand beim Neujahrsempfang im „Rosenpark“, Mannheim.

Glückwünsche

Man kann das Leben nur rückwärts verstehen,
aber leben muss man es vorwärts.

Sören Kierkegaard

Allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag haben, gratulieren wir recht herzlich. Gleichzeitig wünschen wir kranken Mitgliedern eine baldige Genesung.

65 Jahre: 9.1.: Harald Diehm, Hockenheim; 11.1.: Marion Seupt, Meßstetten.

75 Jahre: 9.1.: Gottfried Brändle, Tettnang; 23.1.: Marga Schniepp, Baienfurt.

80 Jahre: 24.1.: Brunhilde Ruppaner, Tettnang; 28.1.: Frieda Campbell, Leonberg.

92 Jahre: 13.1.: Theresia Wengle, Hörgenzell.

In den Geburtstagsgrüßen werden nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung ihres Geburtstages zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Jahresabschlussveranstaltung im Ortsverband Schwetzingen-Neulußheim

Weihnachtsstimmung verbreitet

Die letzte Jahresabschlussveranstaltung des Ortsverbandes im Vereinshaus Bassermann in Schwetzingen wurde für alle Besucher*innen zu einer überaus gelungenen Einstimmung in die Adventszeit. Auch der Bürgermeister der Stadt Schwetzingen, Matthias Steffan, war der Einladung gefolgt und nahm als Ehrengast an der Feier teil.

Ebenso kamen eine Abordnung der AWO sowie die Ortsvorsitzende des SoVD Hockenheim, Heidegard Busch, mit Ehemann.

Die Begrüßung der Gäste übernahm dieses Mal die SoVD-Landesgeschäftsführerin Heike Sommerauer-Dörzapf, da die Ortsvorsitzende Ursula Bäuerlein aufgrund einer überstandenen Erkältung noch nicht so gut bei Stimme war.

Bürgermeister Steffan hob in seiner anschließenden Rede hervor, wie dankbar er sei, dass es den SoVD mit seiner Sozialberatung für die Menschen in der Region gebe. Weiterhin betonte er, dass es eine schöne Tradition sei, dass er gemeinsam mit SoVD-Mitglied Gerda Schilling, jedes Jahr am Volkstrauertag einen Kranz am Ehrenmal der gefallenen Soldaten ablege und er dankte ihr dafür ganz herzlich.

Nach der Kaffeepause übernahmen die Sängerinnen und Sänger des „Gesangsvereins



Der Chor aus Ketsch begeisterte mit Weihnachtsliedern.

Sängereinheit 1885 e.V. Ketsch“ mit ihrem Chorleiter und Dirigent Konrad Knopf, der diese am Klavier begleitete, die musikalische Unterhaltung mit einem klassischen Potpourri.

Danach trug Heike Sommerauer-Dörzapf eine Geschichte zum Thema „Weihnachtsstimmung“ vor, da die eigentlich besinnliche, vorweihnachtliche Zeit von den Menschen oft in Hektik und Betriebsamkeit verbracht wird.

Hobbyfotograf Kurt Frey fing

die schönsten Motive der Veranstaltung ein. Er begleitet den Ortsverband schon mehrere Jahre zuverlässig fotografisch.

Abschließend brachte die Sängereinheit aus noch einige klassische Weihnachtsmelodien mit modernen Sequenzen zum Besten. Das Publikum war begeistert und nun endgültig in Weihnachtsstimmung.

Mit kleinen Geschenken, die Ursula Bäuerlein an die Gäste verteilt, ging die harmonische Veranstaltung zu Ende.

Sprechstunden

Eine persönliche Sozialrechtsberatung findet in den Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialrechtsberater*innen statt. Bei dringenden Anliegen können nach Terminvereinbarung auch außerhalb der Sprechzeiten telefonische Beratungen durchgeführt werden. Teilweise sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online- / Video-Beratungen möglich.

Sozialberatung in Albstadt

Die Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16, 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Kreisverband Bodensee-Alb

Die Terminvereinbarung für die Sprechstunden erfolgt durch die Rechtsberatungsstelle in Albstadt unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen

Die Sozialsprechstunden finden jeden dritten Donnerstag im Monat von 10 bis 13 Uhr statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter

Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden ersten Dienstag im Monat von 10 bis 13 Uhr in Kressbronn statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.

Der Sprechtag im Januar findet am 9. Januar statt!

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialrechtsberatung findet in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 14 172 statt.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag eines Monats von 10 bis 11.30 Uhr im Landgasthof „Zum Ochsen“ statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Leopold Lokotsch (1. Vorsitzender), Tel.: 06283/54 39.

Sozialberatung in Hockenheim

Die Sprechstunden finden am letzten Mittwoch eines Monats

(außer August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Heidegard Busch (1. Vorsitzende), Tel.: 06205/15 190.

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden sind jeden dritten Mittwoch von 9.30 bis 12 Uhr im Gebrüder Schmid Zentrum Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart. Bitte melden Sie sich unbedingt vorher bei Sozialrechtsberater Dario Becci unter Tel.: 0621/84 14 172 an. Bei dringenden Anliegen können auch außerhalb der Sprechzeit Telefonberatungen vereinbart werden.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 51 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68305 Mannheim unter Tel.: 0621/84 14 172 zur Verfügung.

Innovativer Ansatz der Gesundheitsförderung in Bremer Pilotprojekt

„Kunst auf Rezept“ erfolgreich

Für Deutschland nimmt Bremen als einziges Bundesland an einem Projekt teil, das Kunst und Kultur gegen psychische Erkrankungen verschreibt. Es wird von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, dem Senator für Kultur und der Bremer Volkshochschule umgesetzt.

Ziel des Projekts ist die Förderung der mentalen Gesundheit. Menschen mit psychischen Erkrankungen wie Depression, Stress oder Ängsten und Menschen, die gefährdet sind, eine solche Erkrankung zu entwickeln, werden von ihren Haus- und Fachärztinnen und Fachärzten sowie Psychologinnen und Psychologen keine Medikamente oder Therapien verschrieben. Stattdessen ermöglicht Kunst auf Rezept den Betroffenen, kostenlos an künstlerischen und kulturellen Aktivitäten in einer Gruppe teilzunehmen. Insbesondere benachteiligten und belasteten Bevölkerungsgruppen soll so der Zugang zu gesundheitsförderlichen Angeboten ermöglicht werden.

Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard: „Erkrankungen wie Depressionen, Stress und Angstzustände nehmen auch in Bremen zu. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, muss vermehrt auf alternative Unterstützungsangebote und Prävention gesetzt werden. Mit Kunst auf Rezept schaffen wir ein neues Angebot, bei dem der Präventionsgedanke im Vordergrund steht.“

Kulturstaatsrätin Carmen Emigholz: „Kunst und Kultur können die Lebensqualität in Bremen positiv beeinflussen und gegebenenfalls negative Nachwirkungen der Corona-Pandemie im psychosozialen Bereich auffangen. Um eine bessere Unterstützung für Betroffene zu ermöglichen, haben

KUNST AUF REZEPT
vhs Bremer Volkshochschule

Künstlerische Aktivitäten können Ihr Wohlbefinden fördern!

Name, Vorname:

geboren am:

Schreiben Sie hier die Telefonnummer an, unter der Sie erreichbar sind:

Datum:

Unterschrift:

Name der Praxis/Beratungsstelle (Stempel):

Mit diesem Kunst-Rezept besteht für Sie die Möglichkeit, kostenlos an einem Kunst-Kurs teilzunehmen. Weitere Informationen finden Sie auf der Rückseite.

Foto: Senat Bremen

Einmalig in Deutschland: In Bremen gibt es Kunst auf Rezept

wir uns entschieden, das Pilotprojekt „Arts on Prescription“ auch in Bremen anzuwenden. Der Dank geht daher auch an alle Beteiligten, die sich hierfür engagieren.“

Für das Projekt „Arts on Prescription in the Baltic Sea Region“ (AoP) stehen Mittel in Höhe von 3,5 Millionen Euro zur Verfügung. Es stützt sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse, die darauf verweisen, dass Kunst einen gesundheitsfördernden Effekt für psychisch belastete Menschen haben kann.

Ab April gibt es noch mehr Plätze und Angebote

Der Bremer Beitrag steht unter dem Titel Inklusion. Angeboten wird eine kostenlose Teilnahme an ausgewählten Kursen aus dem offenen Programm Bremer Kultureinrichtungen sowie begleitende Gruppentreffen. Die

erste Pilotphase in der Bremer Volkshochschule ging von Oktober bis Dezember 2023. Es gab Plätze in fünf VHS-Kursen aus den Bereichen Gesang, Zeichnen, Malerei, kreatives Schreiben. Zudem haben Beratungsgespräche stattgefunden, weitere sind bereits terminiert.

Für die zweite Pilotphase von April bis Juni werden noch mehr Plätze zur Verfügung stehen und das Angebot auf weitere Kultureinrichtungen erweitert.

Großes Interesse und positive Rückmeldungen

Knapp über 30 rezeptüberweisende Einrichtungen in Bremen beteiligen sich zurzeit an dem Projekt, darunter Hausärztinnen und Hausärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Beratungsstellen, eine Tagesklinik, ein Reha-Projekt sowie die Gesundheitskräfte im Quartier. Auch hier haben weitere Einrichtungen bereits Interesse angemeldet.

Ein insgesamt großes Interesse und positive Rückmeldungen gab es dabei sowohl aus dem Gesundheitsbereich als auch dem Kulturbereich. So erhofft sich der Gesundheitsbereich eine Diversifizierung der Gesundheitsangebote und Entlastung des Gesundheitssystems. Darüber hinaus können nicht-medizinische beziehungsweise nicht-therapeutische, aber gesundheitsrelevante Bedarfe adressiert oder lebensweltbezogene Prävention gefördert werden. Für den Kulturbereich geht es um Anerkennung der Bedeutung von Kunst und Kultur für das mentale und soziale Wohlergehen, die Erschließung neuer Zielgruppen und Weiterentwicklung der eigenen Angebote und zusätzlicher Finanzierungsmöglichkeiten.

Großes Potenzial sehen die Projektpartner insbesondere in der Verknüpfung beider Bereiche. „Die Bremer Volkshochschule ist seit jeher sowohl im Bereich der Gesundheitsförderung als auch im Kulturbereich aktiv. Wir freuen uns sehr, durch das Projekt diese Schnittstelle weiterzuentwickeln“, so Susanne Nolte, stellvertretende Direktorin der Bremer VHS.

Quelle: Senat Bremen

Jetzt 13.000 Mitglieder

Vor kurzem konnte der Landesverband das 13.000ste Mitglied begrüßen. „Das kontinuierliche Wachstum im letzten Jahr sehen wir als großes Lob für unsere Arbeit an“, freut sich der 1. Vorsitzende Joachim Wittrien, „gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig, sich als Sozialverband mit starker Stimme politisch einzumischen und soziale Gerechtigkeit zu fordern. Und gleichzeitig ganz praktisch Menschen darin zu unterstützen, ihre sozialrechtlichen Ansprüche durchzusetzen.“

Der Landesverband Bremen zählt nun 13.000 Mitglieder, die in 15 Ortsverbänden und den drei Kreisverbänden Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven organisiert sind.



Kranzniederlegung mit Ansprache auf dem Osterholzer Friedhof.

Teilnahme des SoVD am Volkstrauertag 2023

Erinnern ist wichtig

Die zentrale Gedenkfeier zum Volkstrauertag 2023 fand auf dem Osterholzer Friedhof statt. Auch Mitglieder des Landesverbandes waren zugegen.

Auf Initiative des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge fanden auch in diesem Jahr am vorletzten Novembersonntag die zentrale Gedenkfeier sowie eine Kranzniederlegung auf dem Osterholzer Friedhof statt. Grußworte sprach neben Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer (SPD) auch Bürgermeister und Finanzsenator Björn Fecker von den Grünen.

Im Mittelpunkt standen dabei der Terror der Hamas sowie der andauernde Ukraine-Krieg. Daneben kamen auch Vertreter*innen evangelischer, katholischer, jüdischer und muslimischer Gemeinden zu Wort.

„Ein Hoffnungsschimmer geht von dem religionsübergreifenden Engagement für Frieden aus“, so Landesschatzmeister Klaus Möhle, der auf dem Osterholzer Friedhof zugegen war.

„Der Volkstrauertag ist in dieser Zeit wichtiger denn je“, betonte der 1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien: „Kriege bringen unendliches menschliches Leid mit sich. Gerade wir Deutsche wissen das und es wird immer unsere Aufgabe sein, uns weltweit für Frieden einzusetzen.“

Die Landes- und Kreisvorsitzenden legten an weiteren Gedenkstätten in der Hansestadt Kränze nieder. Mitglieder aus den jeweiligen Ortsverbänden begleiteten sie.



Mit Kränzen wurde der Toten gedacht.



Foto: Ingo Bartussek / Adobe Stock

Kreativität tut der Seele gut. In einem Malkurs zum Beispiel kann man seine Ängste darstellen und damit verarbeiten.

Termine

- Kreisverband Bremen-Nord Ortsverband Blumenthal-Farge**
17. Januar, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen. Im Anschluss findet eine Vorstandssitzung statt. Lokal „Zum Grünen Jäger“, Farger Str. 100 in Bremen-Farge,.
- Ortsverband Lesum**
8. Januar, 16.30 Uhr: Gesamtvorstandssitzung / Mitgliedertreffen im „Lesumer Hof“, Oberreihe 8, 28717 Bremen,
- bitte anmelden bei Reinhard Röpke, Tel.: 0157 / 55 57 78 12.
- Ortsverband Vegesack**
25. Januar, 15 Uhr: Mitgliederversammlung im Bürgerhaus Vegesack, in Raum F 20, Anmeldung nicht erforderlich.
- Kreisverband Bremerhaven Ortsverband**
Ortsverband Leherheide
12. Januar, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Infonachmittag in der Lukas-Kirchengemeinde.

- Ortsverband Bremerhaven-Geestemünde**
23. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Infoveranstaltung im Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen, Anmeldung bei Karin Michalsen, Tel.: 0471 / 55 222 oder Rosemarie Mangels unter Tel: 0471 / 73 545.
- Bremerhaven Nord-Süd**
9. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen zum Jahresauftakt, Altbürgerhaus Lehe, Neue Landstraße 48, 27576 Bremerhaven.
- Ortsverband Gröpelingen**
Der Ortsverband sucht noch eine*n Schatzmeister*in und eine*n 1. Vorsitzende*n! Fragen zu den Ämtern beantworten gerne Marianne Stelzenmüller oder Guido Wilharm.
- Kreisverband Bremen Ortsverband Bremen-Süd**
Jeden dritten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Klönschnack

bei „Starke Bäcker“, Pappelstraße 89, 28199 Bremen.
Vorschau: 10. Februar, 11.30 Uhr: Kohlessen satt (Ausweichmenü bitte mitteilen), im Rotheo, Theodor-Billroth-Str. 30, 28277 Bremen Kattenturm, Anfahrt: Straßenbahnlinie 4 oder mit der Buslinie 26 bis Haltestelle Krankenhaus Links der Weser, 27,50 Euro pro Person.
Anmeldung bis 5. Februar bei Erhard Flemming, Tel. 0421 / 80 90 521.

Unterstützung gesucht

Sie möchten sich ehrenamtlich engagieren und suchen eine Aufgabe? Zur Unterstützung seiner Ortsverbände sucht der SoVD Bremen Interessierte. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle! Über Ihren Anruf freuen sich:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord, Tel.: 0421/16 38 490,
- Kreisverband Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006.

- Kooperationen im Norden**

Vorteile der Mitgliedskarte

Von Vergnügen bis Vorsorge: Die SoVD-Mitgliedskarte des SoVD Bremen bietet Ermäßigungen bei vielen Kooperationspartnern, auch regional in Bremen und Bremerhaven. Mehr auf der Internetseite des SoVD Bremen, www.sovd-hb.de, im Menü „Gemeinschaft“ unter „Kooperationen“.
- Neues bequem per E-Mail**

Monatlicher Newsletter

Mitglieder, die einmal im Monat (außer zur Sommerausgabe der Verbandszeitung) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks erhalten möchten, bittet der Landesverband, eine E-Mail zu schicken an: newsletter@sovde-hb.de.

Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Januar ihren Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich. Er wünscht ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.
Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünschen wir eine baldige Genesung.

Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord
Breitenweg 10–12, 28195 Bremen, Tel.: 0421 / 16 38 490, E-Mail: info@sovde-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven
Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovde-hb.de.

Verbraucherzentrale Bremen informiert über Pflichten bei Schnee und Eis

Ein Sturz kann teuer werden

Gesprenzte Wasserleitungen, fallende Schneebretter oder ausrutschende Passanten: Mit den ersten dicken Flocken beginnt für Hauseigentümer in der Regel auch der Winterdienst vor der eigenen Haustür.

Gehwege räumen
Gehwege und Zufahrten müssen geräumt, vereiste Flächen gestreut werden. Den Winterdienst haben Mieter*innen zu übernehmen, sofern das im Mietvertrag vereinbart wurde. Denn Hauseigentümer*innen können den Winterdienst über den Mietvertrag oder eine Hausordnung an ihre Mietparteien übertragen, sind aber nicht von der Pflicht entbunden. Rutscht eine Person wegen missachteter Räumpflicht auf einem schneebedeckten oder vereisten Weg aus und verletzt sich, können Ersatzansprüche auf diejenigen zukommen, die für die Streuung verantwortlich waren.

Wird Passant*innen ein vorschriftsmäßig geräumter Gehweg dennoch zum Verhängnis, springt bei Verletzungen unter anderem die gesetzliche Unfallversicherung ein – aber nur dann, wenn der so genannte „Wegeunfall“ auf dem unmittelbaren Weg zur Arbeit oder anschließend auf dem direkten Heimweg passiert ist. Auch für diesen und sonstige Ausrutscher mit schmerzhaften Dauerfolgen zahlt die private Unfallversicherung. Ist die eigene Arbeitskraft aufgrund eines Sturzes dauerhaft beeinträchtigt, ist dies ein Fall für die Berufsunfähigkeitsversicherung.

Umweltfreundlich streuen
Wer Gehwege eisfrei halten will, sollte zu umweltverträglichen salzfreien Streumitteln greifen, die eine abstumpfende Wirkung haben. Beispiele hierfür sind Sand, Splitt oder Granulat. Diese Stoffe bieten eine gute Alternative zum Salz, dessen Einsatz in vielen Kommunen verboten ist. Als Rutschschutz



Foto: New Africa / Adobe Stock

Ein Sturz auf ungestreuten Wegen kann böse Folgen haben. Wer für den Winterdienst zuständig war, muss im Klagefall zahlen.

bewährt haben sich Splitt und Sand. Sie erhöhen die Reibung zwischen Eis und Schuhsohle. Ein Ausgleiten wird dadurch verhindert.

Dächer überprüfen
Dächer, Wintergärten oder Garagen können einstürzen, wenn große Mengen Schnee auf ihnen lasten. Hält das Dach den Schneedruck nicht aus, springt keineswegs automatisch die Gebäudeversicherung ein. Solche Schäden müssen Eigentümer von Häusern durch zusätzlichen Versicherungsschutz für Elementarschäden absichern, die auch für die Folgen von Naturkatastrophen wie Hochwasser, Erdbeben oder Lawinen zahlt. Eine weitere Gefahr besteht durch rutschende Schneebretter oder große Eiszapfen, die von Hausdächern oder Vorsprüngen stürzen. Wird dabei ein Mensch verletzt und trifft den Verantwortlichen dafür eine Schuld, kommt dafür bei Einfamilienhäusern, die der Eigentümer selbst bewohnt, dessen private Haftpflichtver-

sicherung auf. Bei vermieteten Gebäuden übernimmt die Grundbesitzerhaftpflichtversicherung den Schaden. Haben Mieter*innen Streupflicht, greift auch deren private Haftpflichtversicherung.

Wasserrohre absperren
Wenn Wasser gefriert, dehnt es sich aus und kann auf diese Weise leicht Rohre sprengen. Noch größer wird der Schaden allerdings, wenn aufgetautes Wasser aus den geplatzten Leitungen in die Wohnung fließt. In der Regel übernehmen Hausrat- und Wohngebäudeversicherung einen solchen Schaden – vorausgesetzt, dieser spezielle Versicherungsschutz ist im Vertrag enthalten. Versicherte sollten sich aber nicht allein darauf verlassen, dass die Gesellschaft zahlt. Eine volle oder teilweise Übernahme kann der Versicherer auch verweigern, falls die Rohre nicht rechtzeitig entleert oder abgesperrt wurden oder der Wohnraum nicht ausreichend beheizt wurde. *Quelle: Verbraucherzentrale Bremen*

SoVD-Landesverband auf der Bundesverbandstagung 2023

Wichtige Impulse aus Hamburg

Hamburg hat mit diversen Anträgen auf der Bundesverbandstagung am 11. und 12. November 2023 Flagge gezeigt. Der SoVD Hamburg brachte verschiedene Anträge ein und konnte sich mit seinen Forderungen durchsetzen.

Angenommen wurden Anträge des SoVD Hamburg zu verschiedensten Themenbereichen:

Der soziale Wohnungsbau soll vermehrt in die Hände langfristig sozial orientierter Träger gelegt werden.

Ein Verbot sogenannter Indexmieten, welche die Miete an die Inflation koppeln, muss kommen.

Ein „Digitalpakt Alter“ soll gewährleisten, dass ältere Menschen nicht abgehängt, sondern über bundes- und landesweite Förderung niedrigschwelliger Fortbildungs-, Betreuungs- und Supportangebote in die Lage versetzt werden, mit digitalen Endgeräten und Internet sicher umzugehen.

Pflege- und Altenheime, Senior*innentreffs und -büros müssen flächendeckend mit funktionierenden Internetverbindungen ausgestattet werden.



Foto: Wolfgang Borrs

Hamburgs Landesvorsitzender Klaus Wicher gehörte zu den Rednern auf der Bundesverbandstagung.

Dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass der Landesverband Hamburg sich gesellschaftspolitisch engagiert.

Und es ist gelungen, für Hamburg die gleichen Voraussetzungen zu erreichen, die für die schon selbstständigen Lan-

desverbände Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Berlin-Brandenburg gelten. Damit ist die Möglichkeit eröffnet, dass Hamburg seinen erfolgreichen Weg mit mehr Eigenständigkeit fortsetzen kann.



Ansichten

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,

es reißt nicht ab. Auch das vergangene Jahr war wieder einmal für viele von Ihnen ein schwieriges Jahr. Da ist es oft ganz gut, wenn man mit positiven Nachrichten ins Jahr starten kann. Der Hamburger Landesverband kann jetzt noch selbstständiger arbeiten und ist genauso wie die Landesverbände Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Berlin-Brandenburg ein selbstständiger e. V. im Gesamtverband. Die Zustimmung zu diesem Schritt war auf dem Bundesverbandstag im November überwältigend. Dafür danken wir allen, die im Landesverband Hamburg und im Bundesverband daran mitgearbeitet haben. Danken möchte ich vor allem den Delegierten, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben, sodass wir diesen Schritt gehen konnten.

*Wir wachsen stetig und haben im Jahr 2023 mit weit mehr als 3.000 Eintritten einen neuen Rekordzuwachs verzeichnet. So konnten wir unsere Position in Hamburg als bedeutendster und stärkster Sozialverband noch weiter ausbauen. Das kommt Ihnen zu Gute, denn unsere Leistungen können sich trotz schwieriger Rahmenbedingungen sehen lassen: An sechs Standorten bieten wir Sozialrechtsberatung durch Fachjurist*innen und weiteren Beratungskräften an. Selbstverständlich beraten wir auch telefonisch und per Video, wenn das gewünscht wird. Während der Öffnungszeiten können Sie einfach ohne Termin in unseren Beratungsstellen vorbeikommen. Das bieten nur sehr wenige.*

Neu erhältlich sind bei uns auf der Website und als Broschüre unsere Wahlprüfsteine, damit Sie sich für die Bezirkswahlen im Juni orientieren können. Vertrauen ist ein bedeutendes Gut in der Politik. Deswegen müssen bereits zugesagte Leistungen wie die Erhöhung des Bürgergeldes und die Einführung der Kindergrundsicherung eingehalten werden.

*Ihnen, unseren Mitgliedern und Leser*innen dieser Zeitung, wünschen wir ein friedliches, gutes und erfolgreiches neues Jahr und vor allem eine stabile Gesundheit. Selbstverständlich sind wir auch im Jahr 2024 wieder gern für Sie da und freuen uns auf Ihren Besuch in einer unserer Beratungsstellen.*

Ihr Klaus Wicher, Landesvorsitzender

Gespräche des SoVD Hamburg mit der Politik zu sozialpolitischen Themen

Im steten Austausch bleiben

Die große Not beim Wohnungsbau, die Veränderungen und neuen Anforderungen an die Menschen im Straßenverkehr, Wege aus der Einsamkeit zu mehr Teilhabe – das waren nur drei von mehreren Themen, die Klaus Wicher bei seinen Treffen mit Politiker*innen ansprach.

Sabine Ritter und Thomas Iwan vom Landesvorstand der LINKEN kamen in die Beratungsstelle am Mundsburger Damm. Dort legte der SoVD Landeschef dar, dass vor allem die Grundsicherung im Alter,

zumindest für die Hamburger Seniorinnen und Senioren aufgestockt werden muss, ebenso wie die Grundsicherung für Pflegebedürftige.

„Der regelmäßige Austausch mit den politischen Parteien ist

ein Muss für mich“, so Wicher. „Bei diesen Treffen spreche ich sehr persönlich mit den politischen Vertreterinnen und Vertretern, denn oftmals lässt sich so mehr erreichen. Die Ohren sind zumindest offener.“

Ebenso angeregt verlief das Gespräch mit Heike Sudmann (DIE LINKE) und Andreas Grutzeck (CDU). Anlässlich des Festaktes „175 Jahre Diakonie“ im Hamburger Rathaus nutzte Wicher die Gelegenheit, bei den sozialpolitischen Sprecher*innen für die Idee des Aufbaus von Senior*innenzentren in den Quartieren zu werben: „Städtische Beratung und Unterstützung, Freizeitbeschäftigung, ehrenamtliche Angebote, nicht Einsamkeit, sondern Zusammensein mit anderen, alles unter einem Dach – das ist unsere Idee vom Leben im Quartier in Hamburg. Dafür wollen wir die Politik gewinnen.“



Von links: Klaus Wicher mit Heike Sudmann (DIE LINKE) und Andreas Grutzeck (CDU).

Bundeshaushalt muss gerecht verteilt werden

Nicht bei Bürgergeld und Kindersicherung sparen

17 Milliarden Euro fehlen im Bundeshaushalt, seit das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Haushaltsplanung der Bundesregierung über den Haufen geworfen hat. Vertreter*innen verschiedenster Hamburger Branchen forderten postwendend bereits versprochene Zahlungen ein.

In Hamburg werden offenbar die politischen Ellenbogen ausgefahren. Diejenigen, denen Geld aus dem Bundes-Corona-Topf versprochen wurde, beharren auf gegebene Zusagen: „So auch die Hamburger Industrie, die lautstark darauf pocht, dass sie trotz Milliarden einsparzwang doch bitteschön die Gelder für ihre Projekte bekommt.“ Wicher ist empört über das Vorgehen einzelner Unternehmen: „Hier wird angedeutet, dass die Hamburger Industrie existenziell gefährdet ist, wenn nicht ausreichend in den Ausbau von Wasserstoff und Energiespeicherung investiert wird. Wirtschaftsbetriebe brauchen sicher Investitionsansätze. Aber sie dürfen nicht am staatlichen Subventionstropf hängen, sondern müssen aus eigener Kraft Veränderungen abfedern und neue Wege

Fortsetzung auf Seite 14

Bundeshaushalt muss gerecht verteilt werden

Nicht bei Bürgergeld und Kindersicherung sparen

Fortsetzung von Seite 13

gehen können. Das ist Menschen, die am unteren Rand der Gesellschaft leben, nicht möglich. Sie sind existenziell von staatlichen Leistungen abhängig.“ Insofern dürfe beim Sparen der Rotstift auf keinen Fall vornehmlich im Bereich Soziales angesetzt werden. Die Parteien in der Stadt sollten dahingehende Einsparungsvorschläge gut abwägen: „Es ist ja so einfach, bei den sozialen Leistungen zu sparen. Wer behauptet, dass es erstrebenswert ist, von Bürgergeld zu leben, irrt gewaltig. Menschen, die davon leben, sind darauf angewiesen. Auch eine eigene Kindergrundsicherung hat ihre Daseinsberechtigung und muss endlich kommen. Sie wäre nicht ein Fass ohne Boden, sondern eine echte Investition in die Zukunft. Denn mit ihr haben junge Menschen, die finanziell nicht gut aufgestellt sind, bessere Voraussetzungen für Bildung, Teilhabe und die Chance, ein Leben zu führen, das nicht von Armut geprägt ist.“



Foto: Juefrateam / Adobe Stock

Jedes Jahr erfrieren in Deutschland obdachlose Menschen.

Mehr Tagesaufenthaltsplätze für Obdachlose

Vor Kältetod schützen

Die Temperaturen sind Ende des Jahres extrem ins Minus gerutscht. Für Menschen, die auf der Straße leben, ist der Kälteeinbruch lebensbedrohlich. Steigende Obdachlosigkeit ist in Hamburg ein großes Problem. Der SoVD Hamburg fordert deshalb mehr Tagesaufenthaltsplätze.

Immer mehr Menschen leben in Hamburg auf der Straße. „Wir gehen schon lange davon aus, dass deutlich mehr als die offiziell gezählten 2.000 obdachlosen Menschen in der Stadt unterwegs sind. Ich denke, es sind doppelt so viele“, vermutet Landeschef Klaus Wicher. Das Überleben auf der Straße ist jeden Tag wieder eine Herausforderung, doch bei Schnee und eisigen Temperaturen brauchen Betroffene die Möglichkeit, tagsüber für ein paar Stunden unterzukommen und sich aufzuwärmen. Das Thema ist nicht neu, immer wieder sterben Menschen in den Wintermonaten auf der Straße den Kältetod. „Die Versorgung ist seit langem notdürftig. 500 Tagesaufenthaltsplätze waren in den vergangenen Jahren für rund 2.000 Obdachlose eingeplant – das war noch nie besonders üppig“, stellt Wicher fest.

Doch jetzt werde die Lage zunehmend brisanter: „Immer mehr Hamburger*innen erleben hautnah, dass Obdachlosigkeit zunimmt. Nicht nur rund um den Hauptbahnhof, überall in der Stadt sind Menschen mit den unterschiedlichsten Notlagen auf offener Straße unterwegs. „Auch die ärztliche Versorgung muss gewährleistet sein“, fordert Wicher. „Diese Menschen haben, genau wie alle anderen, das Recht auf Gesundheit und ein wenig Menschlichkeit.“

Tagesaufenthalte sollten möglichst im Umfeld eingerichtet werden. Wicher sieht pragmatische Lösungswege: „In der Hamburger Innenstadt gibt es gerade viel Leerstand, dies wird sich auch nicht so schnell ändern. Dort gäbe es bestimmt Möglichkeiten, den Winter über Tagesaufenthalte einzurichten.“ Insgesamt sollte die Stadt auf sich abzeichnende Notstände schneller und pragmatischer reagieren. Begleitend dazu müsse außerdem für mehr Beratung und Angebote durch Sozialarbeiter*innen gesorgt werden.



Termine der Kreis- und Ortsverbände

KV Hamburg-Ost OV Barmbek

Am 2. Dienstag im Monat, 15 Uhr: Treff im Bürgerhaus, Lorchsstraße 28 A, 22307 Hamburg; Karin Schulz, Ortsvorsitzende, Tel.: 040/98 76 12 53.

OV Bergstedt / Sasel / Berne

Am 4. Dienstag im Monat, 15 Uhr, DRK-Treffpunkt Volksdorf, Farmsener Landstraße 202, 22359 Hamburg; Werner Rowoldt, Ortsvorsitzender, Tel.: 040/60 33 525.

OV Bramfeld-Farmsen

9. Januar, 15 Uhr: „Neues aus der Pflege- und Sozialversicherung“ mit Brigitte Krebelder, 2. Landesvorsitzende, Am Stühm-Süd 83, 22175 Hamburg; Birgit Lange, Tel.: 040/64428488, E-Mail: sovd-ov-bramfeldfarmsen@gmx.de.

OV Langenhorn

Vorschau: 16. Februar, 14 Uhr: „Mobil aber sicher im Alter“ mit Elke Ewald und Jörg Naused von der Polizei Hamburg, Bürgerhaus Langenhorn, Tangstedter Landstraße 41, 22415 Hamburg; Bärbel Zaplata, Tel.: 040/53 05 49 93, E-Mail: b.zaplata@yahoo.de.

OV Volksdorf

Jeden 2. Dienstag im Monat, 15 Uhr: Treffen im DRK-Treffpunkt Volksdorf, Farmsener Landstr. 202, 22359 Hamburg; Karin Nommensen, Ortsvorsitzende, Telefon: 040/64 03 262.

OV Wandsbek

Am 1. Mittwoch im Monat, 13 Uhr: Treffen im Restaurant Jannis, Walddörferstraße 115, 22047 Hamburg.

OV Winterhude

Vorschau: 12. Februar, 16 Uhr: „Mobil aber sicher im Alter“ mit Jörg Naused von der Polizei Hamburg, Epiphaniengemeinde, Großheidestraße 44 (Eingang Wiesendamm 125), 22303

Hamburg; Thomas Bohn, Tel.: 040/61 16 07 38, E-Mail: thomas.bohn@sovd-hh.de.

KV Hamburg-Mitte OV Billstedt

11. Januar, 15 Uhr: „Gesetzliche Regelungen für 2024“, LeNa Vierbergen, Legienstraße 45, 22111 Hamburg; Rüdiger Dutschke, Treff-Leitung, Tel.: 040/6471812, E-Mail: rdu@dutschke.de.

KV Hamburg-West OV Bahrenfeld

Jeden 3. Donnerstag im Monat, 15 Uhr: Treff im Nachbarschaftstreff Bahrenfelder Dreieck, Woyrschweg 21/23, 22761 Hamburg; Marianne Neumann, Ortsvorsitzende, Tel.: 040/43 29 02 24.

OV Eimsbüttel

Vorschau: 7. Februar, 15.30 Uhr: „Mobil aber sicher im Alter“ mit Jörg Naused von der Polizei Hamburg, Gaststätte am Sportplatzring, Sportplatzring 47, 22527 Hamburg; Thomas Bohn, Treff-Leitung, Tel.: 040/61 16 07 38, E-Mail: thomas.bohn@sovd-hh.de.

OV Iserbrook-Finkenwerder

12. Januar, 15 Uhr: „Neues vom Hamburger Verkehrsverband“ mit Michael Krieger und HVV-Quiz 2024, Taverne Zorbas, Heidrehmen 23, 22589 Hamburg.

OV Lurup

Jeden 4. Dienstag im Monat, 17.30 Uhr: Treff im Stadtteilforum Lurup (Lounge, Hauptraum), Flurstraße 15, 22547 Hamburg.

OV Niendorf / Schnelsen

Jeden 2. Donnerstag im Monat, 16.30 Uhr: AWO-Aktivtreff Niendorf, Tibarg 1 b, 22459 Hamburg; Michael Burkard, Tel.: 040/55 53 821.

OV Ottensen

24. Januar, 15 Uhr: „Sicherheit

im Alter“ mit Jörg Naused, Polizei Hamburg, DRK-Freizeittreff „Haus Ottensen“, Holstenring 6, 22763 Hamburg; Thomas Bohn, Tel.: 040/61 16 07 38, E-Mail: thomas.bohn@sovd-hh.de.

OV Osdorf

Jeden 3. Freitag im Monat, 16 Uhr: Treff im AWO-Seniorentreff Osdorf im Bürgerhaus Bornheide (orange Haus), Bornheide 76 e, 22549 Hamburg.

KV Hamburg-Süd OV Lohbrügge

Vorschau: 3. Februar, 13 Uhr, Grünkohlessen mit Mitgliedern und Gästen, Restaurant Holstenhof, Lohbrügger Landstraße 38, 21031 Hamburg; Heinz Reimer, Tel.: 040/73 02 414.

OV Harburg

10. Januar, 16 Uhr: Bingo.
28. Januar, 11 Uhr: Neujahrsfest (Anmeldung erforderlich), Landhaus Jägerhof, Ehestorfer Heuweg 12-14, 21149 Hamburg; E-Mail: petra.henze@sovd-hh.de.

OV Vierlande

25. Januar, 18 Uhr: „Gesetzliche Regelungen für 2024“, Gaststätte „Zum alten Bahnhof“, Odemanns Heck 5, 21039 Hamburg; Rüdiger Dutschke, Treff-Leitung, Tel.: 040/64 71 812, E-Mail: rdu@dutschke.de.

OV Vier- und Marschlande

Jeden 2. Mittwoch in den geraden Monaten, 16 Uhr: Treff, Gaststätte „Zum Alten Bahnhof“, Odemanns Heck 5, 21039 Hamburg; Christoph Mühlenfeld, Ortsvorsitzender, Tel.: 040/72 31 154.

Die aktuellen Programme der Treffs und Ortsverbände sowie alle Informationen zu Ansprechpartner*innen, Öffnungszeiten und Adressen finden Sie im Internet unter www.sovd-hh.de/wir-ueber-uns/kreis-ortsverbaende.



Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, ob unter Tel.: 040/611 60 70, per E-Mail an: info@sovd-hh.de, oder kommen Sie vorbei!

• SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle

Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/611 60 70, Fax: 040/611 60 750, Öffnungszeiten: Mo–Mi 9–16 Uhr,

Do 9–18 Uhr und Fr 9–14 Uhr.

• SoVD-Beratungszentrum Harburg

Mieterverein, Hölertwiete 2, 21073 Hamburg, Beratung zum Rentenantrag nach Terminvereinbarung. Öffnungszeiten: Di 9–12 Uhr.

• SoVD-Beratungszentrum Altona

Mieterverein, Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeiten: Di und Do 9–12 Uhr.

• SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt

Kulturhaus Eidelstedt, Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeiten: Mi 9–12 Uhr.

• SoVD-Beratungszentrum Bergedorf

DGB-Gewerkschaftszentrum, Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeiten: Fr 10–12 Uhr.

Weitere Infos online auf: www.sovd-hh.de oder telefonisch unter Tel.: 040/611 60 70.

Gedenkstunde am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen in Sachsen-Anhalt

Es gibt viele Arten von Gewalt

Sachsen-Anhalt Der Kampf gegen Gewalt an Frauen ist ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen. Aus diesem Grund hatten Dr. Gunnar Schellenberger, Präsident des Landestages Sachsen-Anhalt, Sarah Schulze, Landesbeauftragte für Frauen und Gleichstellungspolitik, und Michelle Angeli, Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt e. V., im November vorigen Jahres zu einer Gedenkstunde in und vor den Landtag eingeladen.

Dr. Gunnar Schellenberger hatte auch 2023 die Schirmherrschaft übernommen und machte in seinen Grußworten deutlich, dass die Gedenkstunde aktueller denn je ist. „Betroffene dürfen nicht allein gelassen werden“, so der Landtagspräsident wörtlich. Mit seinen Worten hob er das starke Engagement des Landesfrauenrates hervor, der sich für ein Leben ohne Gewalt in Sachsen-Anhalt einsetzt.

Schellenberger ging auch auf die Zahlen des Landeskriminalamts von 2023 ein. Insgesamt wurden 7.122 Fälle registriert, ein Jahr zuvor waren es 6.473. 80 Prozent der Opfer sind Frauen und mehr als 75 Prozent der Tatverdächtigen Männer.

Michelle Angeli, Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt e. V., sagte in ihrer Rede: „Ich möchte betroffene



Fotos: Monika Lück

Michelle Angeli, Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt e. V., hielt eine Rede.

Frauen ermutigen, die Hilfsangebote bei Organisationen, im Frauenhaus oder am Hilfefon zu nutzen.“ Das Hilfefon 0800/11 60 16 ist 365 Tage im

Jahr und 24 Stunden am Tag kostenfrei erreichbar. Mit Hilfe von Dolmetscherinnen ist eine Beratung in vielen Sprachen möglich.

Ines Hattermann von Wildwasser Magdeburg e. V., zeigte anhand einer Präsentation das Thema „Sexualisierte Gewalt an Frauen“ auf.

„Weltweit ist die Gewalt an Frauen die häufigste Menschenrechtsverletzung“, weiß Monika Lück, Landesfrauensprecherin des SoVD-Landesverbandes Mitteldeutschland, „diese Situation prägt den Alltag vieler Frauen in Deutschland und weltweit. Dabei zeigt sich die Gewalt in verschiedenen Formen wie häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, sexueller Ausbeutung, Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung. Und nicht zu vergessen, auch psychische Gewalt, Stalking, ökonomische Abhängigkeit und rassistische Formen von Gewalt hinterlassen schwerwiegende Spuren und richten unermesslichen Schaden an.“

Im Anschluss an die Reden im Landtag wurden 133 Kerzen für die Opfer von häuslicher Gewalt entzündet, denn 2022 wurden 133 Frauen durch ihren Partner bzw. Ex-Partner getötet. Jeden Tag gibt es in Deutschland einen polizeilich registrierten Tötungsversuch an einer Frau und von den im Jahr 2022 insgesamt erfassten 157.818 Opfern vollendeter und versuchter Delikte der Partnerschaftsgewalt waren 126.349 Frauen, das sind 80,1 Prozent.



Vor dem Landtag in Magdeburg entzündeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer 133 Kerzen für die Opfer von häuslicher Gewalt.



Fotos: Monika Lück

Auf dem Genthiner Friedhof legten Klaus-Peter Lück und Jörn Sanftleben ein Blumengebinde ab.

Gedenken am Volkstrauertag 2023

Wieder neue Kriegstote

Sachsen-Anhalt Jedes Jahr laden der Bürgermeister der Stadt Genthin und die Kirchengemeinden St. Marien und St. Trinitatis zu einer Gedenkstunde zum Volkstrauertag am Ehrenmal für den gefallenen Soldaten auf dem städtischen Friedhof ein. Auch der SoVD nimmt traditionell daran teil.

Das Gedenken in diesem Jahr erinnerte nicht nur an die Gefallenen und Opfer von Krieg und Gewalt der Vergangenheit, sondern schloss auch die Opfer der aktuellen Kriege in der Ukraine und in Israel ein.

Bürgermeister Matthias Günther und Pfarrerin Beate Eisert machten deutlich, dass sich alle Menschen nach Frieden sehnen. „Eigentlich wollten die Menschen aus der Vergangenheit lernen“, so Eisert, „stattdessen gehen Kämpfen und Töten weiter.“

An der Gedenkveranstaltung nahmen auch Jörn Sanftleben, stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Mittelbe, Kreisschatzmeisterin Monika Lück sowie Klaus-Peter Lück teil und legten ein Blumengebinde nieder. Die Bläsergruppe der St. Trinitatis Gemeinde übernahm auch in diesem Jahr die musikalische Umrahmung der Gedenkstunde.

So wie in Genthin gedachten in vielen Orten des Landes SoVD-Mitglieder den Opfern von Krieg, Flucht und Gewaltherrschaft. Im Namen des Kreisverbandes Halberstadt haben Kreisschriftführer Cornelia und Klaus-Dieter Schatter ein Gebinde niedergelegt. Und auch in Wernigerode und Wanzleben wurde in Stille mit Blumen an die Opfer gedacht.



Cornelia Schatter am Volkstrauertag auf dem Friedhof in Halberstadt.

Krankschreibung per Telefon

Gute Nachrichten in der aktuellen Infektwelle: Erkrankten bleibt der Weg zur Ärztin oder zum Arzt ab sofort wieder erspart. Sie können telefonisch bis zu fünf Kalendertage krankgeschrieben werden, sofern sie in den Praxen bekannt sind. Die Neuregelung gilt für alle Krankheitsbilder ohne schwere Symptome.

In der Pandemie gab es schon einmal die telefonische Krankschreibung, aber sie war auf leichte Atemwegsinfekte begrenzt. Zukünftig sollen alle Krankheitsbilder ohne schwere Symptome abgedeckt werden. Eine weitere Bedingung für die telefonische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ist, dass die Patientinnen oder Patienten

den Arztpraxen bekannt sind. Stellt der Arzt oder die Ärztin die Krankschreibung per Telefon fest, wird die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung wie üblich digital an die Krankenkasse geschickt. Hier holt sich der Arbeitgeber die Arbeitsunfähigkeitszeiten auf elektronischem Wege ab.

Quelle: AOK PLUS

www.sovd-md.de



Foto: Mike Mareen / Adobe Stock

Auch 2023 fand die Magdeburger Gemeinschaftsaktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ wieder statt

Immer noch erschreckend hohe Zahlen

Sachsen-Anhalt Trotz Schneeregens waren zahlreiche Frauen, Männer und Kinder vor die Bäckerei im Magdeburger Breiten Weg gekommen, um mit ihrer Teilnahme darauf aufmerksam zu machen, dass an jedem dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet und alle 45 Minuten eine Frau Opfer von gefährlicher Körperverletzung durch den Partner wird.

„Die Zahlen sind also weiterhin auf einem alarmierenden und erschreckenden Niveau“, betonte die Oberbürgermeisterin Simone Borris in ihrer Ansprache und ergänzte, dass es sich dabei nur um polizeilich erfasste Fälle handelt. Daher wird von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen, da viele Frauen ihren Partner oder Ex-Partner nicht anzeigen oder die Polizei nicht informiert wird. „Mit der Gemeinschaftsaktion wollen wir einen Beitrag leisten und auf die Gewalt gegen Frauen aufmerksam machen“, bekräftigte Borris.

Bereits zum vierten Mal fand am 25. November, dem Inter-

nationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, die Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ in der Landeshauptstadt Magdeburg statt, für die die Oberbürgermeisterin wieder die Schirmherrschaft übernommen hatte. Und auch zum vierten Mal nahm die SoVD-Landesfrauensprecherin Monika Lück an dieser Kundgebung teil.

Aus Anlass des Tages gegen Gewalt an Frauen wanderten in 60 Bäckereifilialen und Läden die bedruckten Brötchentüten über die Theken. In Kooperation des Netzwerkes Frauenschutz Magdeburg und dem Soroptimist-Club Magdeburg wurde die Aktion organisiert.

Auch das Frauenschutzhhaus und die Frauenberatungsstelle Rückenwind Bernburg e. V. beteiligten sich an der Aktion. Unterstützt wurde das Ganze 2023 auch vom Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt und der Landeskoordinierungsstelle zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure zur Umsetzung des Istanbul-Konvention (LIKO).

An der Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ beteiligen sich im vergangenen Jahr nicht nur Bäckereien in Magdeburg, sondern die Aktion wurde in den Landkreisen Stendal und Jerichower Land erstmalig umgesetzt. Der Landkreis Börde führte die Aktion bereits zum zweiten Mal durch.

Die 60.000 Bäckertüten sind mit den jeweiligen Adressen der Beratungsstellen und Hilfsangeboten gegen Gewalt vor Ort bedruckt.

Nach der Kundgebung gingen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer über den Domplatz zur Hubbrücke, um dort mit Transparenten, Bildern und Texten an die über 100 Frauen zu erinnern, die 2023 bundesweit Opfer von häuslicher Gewalt und durch Femizide getötet wurden.

Die Organisatorinnen hatten zu diesem Anlass orangefarbene Regencapes mit der Auf-



Fotos: Monika Lück

Von links: Yona und Julia machten ihr Anliegen mit den selbstgefertigten Schildern deutlich.



Zahlreiche Menschen gingen auf die Straße, um auf die hohe Zahl von Gewalttaten gegen Frauen aufmerksam zu machen.

schrift „Stoppt Gewalt“ sowie gleichfarbige Regenschirme beschriftet mit „Für ein Leben

ohne Gewalt in Sachsen-Anhalt“ an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verteilt.



Passend zum verregneten Wetter erhielten die Teilnehmer*innen selbst bemalte Regencapes.

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391 / 25 38 897. Fax: -98. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361 / 79 07 90 07, Fax: 0361 / 79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, Terminvereinbarung erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden s. Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931 / 54 50. Sprechstunden: erster und dritter Donnerstag, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151 / 57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345 / 77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 0160 / 42 13 163

(mobil). Sprechstunde: erster Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909 / 41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung: 03946 / 70 61 08 (Vorsitzender), 03946 / 34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901 / 65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928 / 70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldungen bitte unter Tel.: 03943 / 63 26 31 oder per E-Mail an: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209 / 60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1a, 38889 Blankenburg (Harz) / Oesig, Tel.: 03944 / 64 733. Sprechzeiten: jeden ersten

Montag und ersten Dienstag im Monat, 11–13 Uhr, sowie nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443 / 59 99 50, Fax: 034443 / 59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Sachsen Sozialberatung

Siehe Thüringen.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, 3. Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratung nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391 / 25 38 897, Ansprechpartner: Michael Fahr.

8. Landesfrauenkonferenz mit Schwerpunkt Patientenverfügung

Rechtzeitig Vorsorge treffen

Der SoVD Mecklenburg-Vorpommern hatte Frauensprecherinnen am 15. November zum Thema „Praktische Umsetzung der Patientenverfügung in der Klinik“ zur Landesfrauenkonferenz in die Universitäts- und Hansestadt Greifswald eingeladen.

Die SoVD-Landesfrauensprecherin und 2. Landesvorsitzende Erika Kannenberg begrüßte zur Landesfrauenkonferenz die Verbandsmitglieder, Bundesfrauensprecherin Jutta König, Frauensprecherinnen aus verschiedenen Landes- und Kreisverbänden sowie Gäste aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern und Mitarbeiterinnen von Pflegestützpunkten.

Nach der Eröffnung und den Grußworten von Jutta König und der Frauensprecherin des Landesverbandes Hamburg, Susanne Langhagel, sprach der Landtagsabgeordnete Dirk Bruhn über sein Leben und seine politische Arbeit.

Krankheitsbedingt musste die Referentin der Universitätsklinik Greifswald absagen. Dafür informierte Anne Eggebrecht vom Pflegestützpunkt Greifswald alle Teilnehmer*innen umfassend über Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen.

Die anschließende Diskussi-



Bundesfrauensprecherin Jutta König (re.) mit den Landesfrauensprecherinnen Susanne Langhagel aus Hamburg (li.) und Erika Kannenberg aus Mecklenburg-Vorpommern.

onsrunde war lebhaft, interessant und aufschlussreich. Viele Fragen konnten beantwortet und Ansätze für die konkrete Arbeit im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern entwickelt werden.

Erika Kannenberg zog ein positives Schlussresümee.

Der Landesvorstand bedankte sich bei allen für den gelungenen sozialpolitischen Nachmittag zu diesem wichtigen Thema.

Härtefallfonds für nach der Wende benachteiligte Rentenempfänger*innen

Die Frist läuft am 31. Januar ab

Bei der Rentenüberleitung nach der Wiedervereinigung wurde bei einigen Menschen die DDR-Zusatzrente nicht berücksichtigt. Um die dadurch entstandenen kleinen Renten aufzubessern, wurde ein Härtefallfonds eingerichtet, der eine einmalige Zahlung bewilligt.

Auch jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler können aus dem Fonds eine pauschale Einmalzahlung in Höhe von 2.500 Euro (in Meck-

lenburg-Vorpommern sind es 5.000 Euro) erhalten.

Anspruchsberechtigt sind z. B. ehemalige Beschäftigte bei der Deutschen Reichsbahn,

der Deutschen Post oder Krankenschwestern und ehemalige Bergleute. Insgesamt werden derzeit 17 Berufs- und Personengruppen Zusatzrentenanträge vorenthalten. Voraussetzung für eine Auszahlung ist der Bezug einer monatlichen Rente am 1. Januar 2021 von insgesamt unter 830 Euro nach Abzug der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung.

Der Antrag muss spätestens am 31. Januar 2024 bei der Geschäftsstelle der Stiftung per Post eingegangen sein. Postanschrift: Geschäftsstelle der Stiftung Härtefallfonds, 44781 Bochum, Infos per E-Mail: gst@stiftung-haertefallfonds.de, oder online unter: www.bmas.de auf der Seite Soziales im Kasten "Härtefallfonds" und dem Link Antragsformulare- und-Antragstellung.



Foto: Halfpoint/Adobe Stock

Nach der Wende wurden einige Zusatzrenten nicht anerkannt. Dadurch haben die Betroffenen zum Teil sehr wenig Rente.



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

welche Grüße soll ich Ihnen zum Beginn 2024 senden, welche Hoffnungen vermitteln, welche guten Wünsche aussprechen?

Das fällt schwer, in einer Zeit, da Kriege wüten, da Gesellschaften zerfallen, da Solidarität immer mehr verloren geht. Zwei uns sehr nahe Kriege gehen als unerbittliche Furien im Osten und Süden über Familien, Kinder, Frauen, Männer, Alte, Kranke, Pflegebedürftige, Gläubige und Atheisten. Im Krieg sind alle Opfer. Im Norden wie im Süden zeigen sich die Folgen verfehlter Diplomatie.

Das starke Europa, die starke NATO, das friedliebende Deutschland, niemand hat vermocht, das absehbare Leiden von Millionen Menschen zu verhindern. Gerade Deutschland hätte die Kraft dafür gehabt. Es wird ernsthaft über ein Kriegsszenario auf deutschem Boden nachgedacht. Kann man törichter sein?

Die Zahlen der Gefallenen in der Ukraine, in Russland, in Israel und in Palästina sind bekannt, ebenso die immer höheren Zahlen ausländischer Finanzierung von Material und Munition. Die Hilfe für die Ukraine erreichte die 100 Milliardenengrenze. Es sollen weitere Milliarden fließen. Ich mag den Preis für einen getöteten Menschen nicht berechnen.

Für das neue Jahr ist es unsere Aufgabe, alles zu tun, im Kleinen wie im Großen, die Werte unseres SoVD zu leben, für Frieden einzutreten.

Auch in schlimmsten Zeiten, in Kriegen, bei Hungersnöten und bei Epidemien, haben die Menschen ihr Leben gelebt, haben gelernt, gelacht, geliebt, haben Hoffnung verbreitet. So soll es auch jetzt sein. Die menscheitsbedrohenden Gefahren sollen uns alle ermahnen die bessere Alternative zu zeigen: Freude am Leben, Freunde daran, neues Leben zu gebären, Freude am Lernen, am Spielen, an der Arbeit, am freundschaftlichen toleranten Austausch.

Wir alle wissen es und sagen es auch, Waffen lösen keine Konflikte. Frieden schaffen ohne Waffen ist die einzige Lösung, ist die letzte Chance.

Der SoVD wird in diesem Sinne seine Arbeit für Menschen, die ausgegrenzt sind, und es werden immer mehr gerade in Zeiten wie diesen, weiterführen. Wir wollen Zeichen setzen für Hoffnung.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien, Ihren Freunden Bekannten, Kolleginnen und Kollegen einen guten Beginn des neuen Jahres und ein friedensorientiertes 2024.

Ihr Dr. Helmholt Seidlein,
1. Landesvorsitzender

Keine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge

Auf der Bundesverbandstagung vom 9. bis 12. November 2023 wurde eine allgemeine Beitragsanpassung beschlossen. Aufgrund der neu geschaffenen satzungsrechtlichen Möglichkeit, dass die Landesverbände zukünftig die Höhe ihrer Mitgliedsbeiträge selbst bestimmen können, hat sich der Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern dazu entschieden, zum 1. Januar 2024 keine Veränderung seiner Beiträge vorzunehmen.

Die Beitragsstaffelung ab dem kommenden Jahr sieht also weiterhin wie folgt aus:

- Einzelmitgliedsbeitrag monatlich 6,90 Euro.
- Partnermitgliedsbeitrag monatlich 10,40 Euro.
- Familienbeitrag monatlich 11,50 Euro.

Die Verbraucherzentrale Bund erklärt die körperlichen Veränderungen und gibt Empfehlungen

Richtig essen und trinken im höheren Alter

Mit dem Alter verändert sich der Körper und das Geschmacksempfinden und das Durstgefühl nehmen ab. Die Verbraucherzentrale gibt Tipps, wie sich Menschen bis ins hohe Alter den Genuss am Essen und Trinken lange erhalten können.

In Deutschland leben immer mehr ältere Menschen. Laut Statistischem Bundesamt waren Ende 2021 rund 18,4 Millionen Menschen 65 Jahre alt und älter. Unter ihnen variiert das Maß an körperlicher Aktivität und Einschränkungen durch eine Erkrankung stark. Körperliche Veränderungen und Beeinträchtigungen im Alter sind individuell und machen sich bei dem einen früher, bei dem anderen später bemerkbar. Mit zunehmendem Alter nehmen die Muskel- und Knochenmasse sowie der Anteil an Wasser im Körper ab, während der Anteil an Körperfett zunimmt.

Tipp: Bleiben Sie entsprechend Ihren Fähigkeiten körperlich aktiv. Das hilft die Muskel- und Knochenmasse möglichst lange zu erhalten und Osteoporose vorzubeugen. Eine kalziumreiche Kost kann dies unterstützen.

Weniger Energie, mehr Nährstoffe nötig

Nimmt die Muskelmasse ab, braucht der Körper weniger Energie bzw. Kalorien in Form von Kohlenhydraten und Fetten. Das liegt daran, dass sich der Grundumsatz verringert, da Muskulatur mehr Energie verbraucht. Die Menge an Protein (Eiweiß) und Mikronährstoffen wie Vitaminen und Mineralstoffen bleibt hingegen gleich.

Tipp: Greifen Sie zu bei unverarbeiteten Lebensmitteln mit hohem Gehalt an Mikronährstoffen. Dazu gehören:

- Gemüse und Obst,
- Hülsenfrüchte, Nüsse und Samen, da sie trotz vieler Kalorien und Fett stark sättigen,

- Vollkornprodukte und
- fettreduzierte Milchprodukte.

Schmecken, sehen, riechen – der Einfluss der Sinne

Geruchs- und Geschmackssinn nehmen mit dem Alter ebenfalls ab. Wie stark sich die Wahrnehmung für die Geschmacksrichtungen süß, sauer, salzig, bitter und umami verringert, ist von Person zu Person unterschiedlich. Häufig werden süß und salzig weniger intensiv wahrgenommen. Medikamente, Veränderungen der Mundschleimhaut oder Zahnprothesen können dies verstärken. Wer zudem nicht mehr gut sieht, kann Form und Farbe von Speisen schlechter unterscheiden. Dadurch kann die Lust am Essen schnell verloren gehen.

Tipp: Verwenden Sie Kräuter und Gewürze statt Salz, diese regen den Appetit an und liefern zusätzlich Vitamine und Mineralstoffe. Das Auge isst



Foto: Anke Thomass / Adobe Stock

Wenn sich im Alter der Geschmack verändert, wird oft zu salzig oder zu süß gegessen.

mit. Richten Sie das Essen appetitlich an und achten Sie auf farbliche Kontraste. Auch ein schön gedeckter Tisch, eine angenehme Beleuchtung und nette Gesellschaft erhöhen die Freude am Essen.

Warum der Appetit im Alter nachlässt

Insbesondere im hohen Alter ist Appetitlosigkeit weit verbreitet. Das kann viele Ursachen haben:

- Veränderungen im Hormonhaushalt,
- eine verringerte Speichelbildung,
- eine langsamere Magenentleerung und Verdauung,
- ein schnelleres Sättigungsgefühl,
- Kau- und Schluckbeschwerden,
- das Nachlassen der Sinneswahrnehmung,
- Erkrankungen und Medikamente,
- Einsamkeit und mangelnde Ansprache.

Diese Beeinträchtigungen können förmlich auf den „Magen schlagen“ – die Lust auf Essen schwindet. Hält die Appetitlosigkeit längere Zeit an,

kann das zu Gewichtsverlust und sogar Mangelernährung führen. Diese kann wiederum die Lebensqualität beeinträchtigen und das Risiko für weitere Erkrankungen potenzieren.

Tipp: Körperliche Bewegung im Freien wirkt appetitanregend. Essen Sie mehrere kleine Mahlzeiten über den Tag verteilt. Gestalten Sie das Speisenangebot bunt und abwechslungsreich.

Oft wird vergessen, genug zu trinken

Viele ältere Menschen trinken zu wenig. Sie merken nicht, dass dem Körper Flüssigkeit fehlt, weil ihr Durstempfinden nachlässt. Der Wasser- und Mineralstoffhaushalt gerät aus dem Gleichgewicht, oftmals noch verstärkt durch eine eingeschränkte Funktion der Nieren, welche die Wasserausscheidung regulieren.

- Das kann zu starken gesundheitlichen Problemen führen:
- Die Schleimhäute werden trockener,
- die Leistungsfähigkeit nimmt ab,
- Kopfschmerzen, Schwindel und Kreislaufprobleme,

- die Sturzgefahr nimmt zu.
- Nicht selten kommt es zur Verwirrtheit.

Daher ist es sehr wichtig, ausreichend Flüssigkeit zu sich zu nehmen. 1,5 Liter am Tag sollten es im Durchschnitt sein. Bei großer Hitze, höherer Aktivität oder Erkrankungen kann es auch mehr sein.

Tipp: Trinken Sie regelmäßig, auch ohne Durst zu haben. Geeignete Getränke sind Leitungswasser und Mineralwasser, ungesüßte Kräuter- und Früchtetees oder Saftschorlen aus einem Viertel Saft und 3 Vierteln Wasser. Auch Suppen und wasserhaltige Gemüse- und Obstsorten wie Gurke oder Wassermelone können dazu beitragen, dass Sie ausreichend Flüssigkeit zu sich nehmen.

Sie wollen Ihre Trinkmenge überprüfen? Dabei kann ein Trinkprotokoll helfen.

Die Farbe Ihres Urins kann eine alltagspraktische Möglichkeit sein, Ihre Trinkmenge einzuschätzen: Ist er dunkelgelb, nehmen Sie wahrscheinlich zu wenig Flüssigkeit auf. Ist er hingegen hellgelb, sind Sie mit genügend Flüssigkeit versorgt.

Quelle: Verbraucherzentrale

Rechtsberatung



pictsworx / Adobe Stock

Parchim: 24. Januar (Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Rostock); **Güstrow / Schwerin:** 17. Januar; **Grevesmühlen / Wismar:** 31. Januar. Es berät Doreen Rauch.

Greifswald: 9. Januar; **Bergen (Rügen) / Stralsund:** 23. Januar; **Röbel:** 30. Januar. Es berät Donald Nimsch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381 / 76 01 090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel. über Rostock unter: 0381 / 76 01 090.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843 / 68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883 / 51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931 / 12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381 / 76 01 090.

Kreisverband Nordvorpom-

mern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326 / 46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881 / 71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871 / 44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381 / 76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen / Rügen, Tel.: 03838 / 20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter der Glastür rechts, 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385 / 20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: über Rostock unter: 0381 / 76 01 090.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834 / 84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841 / 28 30 33.

SoVD-Forderungen zum „Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung“

Einheitliches Teilhabegeld statt Flickenteppich

Mehr als 660.000 Menschen in Niedersachsen haben eine Schwerbehinderung. Als Ausgleich für ihre Behinderung können sie verschiedene Leistungen bekommen. Das Problem: Diese sind sehr unübersichtlich und je nach Behinderung unterschiedlich gestaltet. Anlässlich des „Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung“ am 3. Dezember fordert der SoVD in Niedersachsen deshalb ein einheitliches Teilhabegeld, das allen Betroffenen gleichermaßen zugutekommt.



Foto: vladstar / Adobe Stock

Der SoVD ist der Auffassung, dass alle Menschen mit Behinderung ein einheitliches Teilhabegeld erhalten sollten – nicht nur in Niedersachsen, sondern in ganz Deutschland.

Menschen mit Behinderung erhalten in einzelnen Bundesländern unterschiedliche Leistungen. In Niedersachsen und Berlin gibt es zum Beispiel ein Landesblindengeld – allerdings liegt der Betrag in Berlin mehr als 250 Euro über dem in Niedersachsen. Auch für gehörlose oder taubblinde Menschen gibt es Unterschiede: Während etwa Berlin, Nordrhein-Westfalen oder Hessen ein Gehörlosengeld zahlen, gehen Betroffene in Niedersachsen leer aus. „Das ist eine extreme Ungleichbehandlung. Es kann nicht sein, dass es vom Wohnort abhängt, ob jemand finanzielle Unterstützung bekommt oder nicht“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Nach Auffassung des größten Sozialverbands in Niedersachsen wäre ein bundeseinheitliches Teilhabegeld die richtige Lösung.

„Das Teilhabegeld muss einkommens- und vermögensunabhängig und vor allem allen Betroffenen gezahlt werden – egal, welche Behinderung sie haben“, erläutert Swinke.

Dass die Bundesregierung diese weitaus gerechtere Leistung bislang ablehne, sei ein enttäuschendes Signal. „Dadurch würden Menschen mit Behinderung mehr Flexibilität und Selbstbestimmung in punkto Teilhabe erhalten“, so der Vorstandsvorsitzende. Deshalb fordert der SoVD von der niedersächsischen Landesregierung, mit gutem Beispiel voranzugehen. „Für die Menschen mit Behinderung in Niedersachsen muss es ein einheitliches Teilhabegeld geben, um mehr Gerechtigkeit herzustellen. Außerdem sollte sich Niedersachsen mit einer Bundesratsinitiative für eine bundesweite Lösung einsetzen“, betont Swinke.

Bürgergeld und Grundsicherung: Fast 15 Prozent der Betroffenen zahlen zu hohe Mieten selbst

Tatsächliche Kosten müssen übernommen werden

Wer Bürgergeld oder Grundsicherung erhält, bekommt die Kosten für Unterkunft und Heizung erstattet, solange diese angemessen sind. In Niedersachsen ist das bei etwa 15 Prozent der Bezieher*innen jedoch nicht der Fall. Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der ehemaligen Fraktion Die Linke. Die Folge: Miete und Heizkosten müssen aus dem ohnehin knapp bemessenen Regelsatz bezahlt werden. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb, die angemessenen Kosten zu überprüfen und anzupassen. Außerdem müsse es mehr bezahlbaren Wohnraum geben.

In Niedersachsen entscheidet jede Kommune selbstständig, welche Kosten für Unterkunft und Heizung bei Bürgergeld- oder Grundsicherungsbezug angemessen sind. In zahlreichen Fällen liegt dieser Betrag jedoch unter dem tatsächlichen Mietenniveau des jeweiligen Wohnorts. Das führt dazu, dass Betroffene in Niedersachsen durchschnittlich etwa 90 Euro aus ihrem Regelsatz dazuzahlen müssen. „Das ist für die meisten fast unmöglich, denn mit 520 Euro monatlich ist der Regelsatz ohnehin schon zu niedrig. Auch die Erhöhung zum 1. Januar um 61 Euro reicht nicht. Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Deshalb fordert Niedersachsens größter Sozialverband, dass die gezahlten Kosten jedes Jahr überprüft und angepasst werden.

„Nur so kann dafür gesorgt werden, dass Bezieher*innen von Bürgergeld und Grundsicherung nicht weiter in die Armut getrieben werden“, betont Swinke weiter. Allerdings sei damit das Problem der fehlenden Sozialwohnungen noch nicht gelöst. „Die Mieten steigen auch in Niedersach-

sen immer weiter. Hier muss die Landesregierung endlich dafür sorgen, dass es mehr bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum gibt“, so der nie-

dersächsische SoVD-Chef. Es sei notwendig, dass die Landeswohnungsgesellschaft umgehend ihre Arbeit aufnehme. Die Zeit dränge.

Die Zeit dränge.

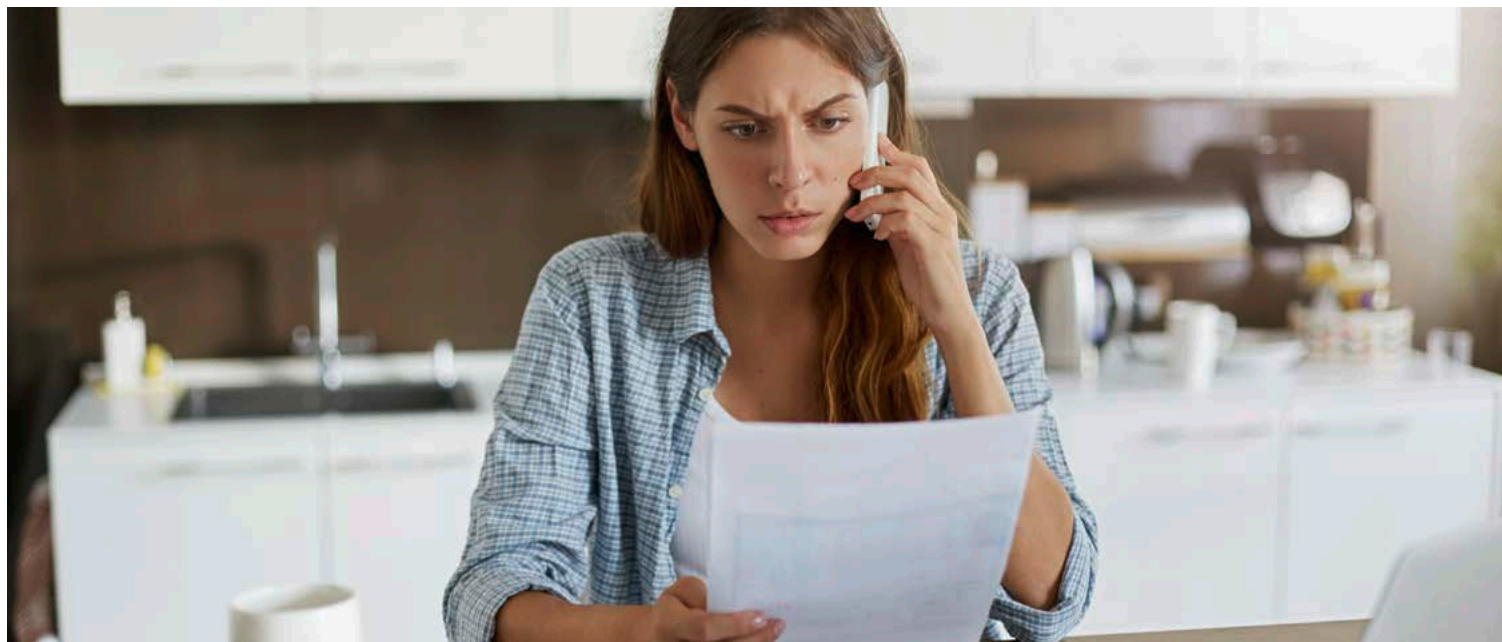


Foto: Wayhome Studio / Adobe Stock

An vielen Orten ist die Mietbelastung erheblich höher als der Betrag, der für Bürgergeldbezieher als angemessen definiert wird.

NEUE PODCAST-FOLGE

Komplizierte Be-
hördenschreiben

Wer kennt das nicht? Man bekommt ein Schreiben von der Rentenversicherung oder einer Behörde und versteht kein Wort. Das ist insbesondere für Menschen, die nicht gut Deutsch sprechen oder Lernschwierigkeiten haben, ein Problem. Auch andere wissen oft nicht, was sich hinter dem Behördendeutsch verbirgt. Die Folge: Betroffene sind unsicher und haben Schwierigkeiten, Leistungen zu erhalten. Darüber sprechen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel in der neuen Folge des SoVD-Podcasts „Kein Ponyhof“. Sie zeigen auf, wo die Herausforderungen liegen und was man tun kann. Mit Prof. Christiane Maaß von der Forschungsstelle Leichte Sprache an der Uni Hildesheim reden sie darüber, warum Behörden ihre Schreiben so kompliziert verfassen und wie die Anschreiben formuliert sein müssten, damit viele Menschen sie verstehen.

Die neue Folge ist unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.

EUTB®-Jubiläumsveranstaltung erörtert Teilhabechancen und Veränderungspotenziale

„Psychische Gesundheit für alle?!“

Anlässlich des fünfjährigen Jubiläums der elf Beratungsstellen der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB®) in Trägerschaft des SoVD in Niedersachsen luden EUTB® und SoVD zur Online-Veranstaltung „Psychische Gesundheit für alle?! Folgen mangelnder Inklusion und Teilhabe“ ein. In Impulsvorträgen kamen Expertinnen aus der Wissenschaft und Beratung zu Wort. Im Anschluss entwickelten die rund 80 Teilnehmenden in Workshop-Gruppen politische Forderungen rund um gleichberechtigte Teilhabe und psychische Gesundheit.

In seinem Grußwort dankte der SoVD-Vorstandsvorsitzende Dirk Swinke den EUTB®-Berater*innen für ihren Einsatz in den zurückliegenden Jahren und erinnerte an die umfassende Aufbauarbeit, die alle an den verschiedenen Standorten bewältigt haben, um das Beratungsangebot bekannt zu machen. Die EUTB® nahm deutschlandweit 2018 ihre Arbeit auf und berät von Behinderung Betroffene und deren Angehörige unabhängig, niedrigschwellig und kostenfrei.

Die Idee für die Veranstaltung „Psychische Gesundheit für alle?!“ entstand aus der Erfahrung der Berater*innen heraus, dass viele Ratsuchende Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit ihrer Behinderung haben, sagte Moderatorin Stefanie Jäkel. Häufig komme eine psychische Belastung der Betroffenen hinzu.

Im ihrem Impulsvortrag „Gesundheit – Teilhabechancen – Diskriminierungsrisiken“ führte die Diversitätssoziologin Prof. Dr. Elisabeth Wacker in die Thematik ein und beleuchtete Zusammen-



Abbildung: Logo der EUTB® und Förderungshinweis

hänge. Sie stellte die Lebenslage von Menschen mit Behinderung anhand des dritten Teilhabeberichts der Bundesregierung vor und unterstrich, dass Behinderung eine soziale Dimension habe, die in sozialer Ungleichheit sichtbar werde. Im Gesundheitswesen äußere sich diese darin, dass die Versorgung von Menschen mit Behinderung beeinträchtigt sei. Dies habe viele Gründe, etwa fehlende Barrierefreiheit in Arztpraxen. Normalitätsvorstellungen seien auch im Gesundheitssystem verankert. Es müsse Raum für eine „gleichberechtigte Unterschiedlichkeit“ geschaffen werden, so Prof. Wacker. Ziel müsse sein, gesundheitliche

Chancengleichheit herzustellen. Teilhabe als Menschenrecht beziehe selbstverständlich die Gesundheitsversorgung mit ein.

Der Vortrag der Psychologin und Aktivistin Charlotte Zach setzte sich mit den Fragen auseinander, ob Psychotherapie auf Diskriminierungserfahrungen eingehen muss und ob sie dies leisten kann. Zach ging auf die Facetten von Ableismus ein und definierte, wie sich diese Diskriminierungsform im Alltag äußern kann. Es gebe einen nachweisbaren Zusammenhang von Ableismuserfahrungen und psychischer Belastung, so Zach. Denn diese beschädigen das Selbstwirk-

samkeitsgefühl der Betroffenen. Ableismus werde in der Psychotherapie jedoch kaum berücksichtigt und sei Therapeut*innen wenig bekannt, sagte Zach. Dabei wäre eine Unterscheidung zwischen der Belastung durch eine Behinderung und der Belastung durch eine Ableismuserfahrung wichtig. Der Zugang zur Therapie müsse niedrigschwellig gestaltet werden. Ebenso sei das Angebot barrierearmer Kommunikation (Leichte Sprache, Gebärdensprache) in der Therapie essenziell.

Nach dem fachlichen Input arbeiteten die Teilnehmenden in Workshop-Gruppen unter Anleitung der EUTB®-Berater*innen zu verschiedenen Themen. Gemeinsam stellten sie Veränderungspotenziale heraus und formulierten Forderungen an die Politik, damit Chancengleichheit und psychische Gesundheit für alle verwirklicht werden können. Die Ergebnisse werden die EUTB® und der SoVD zeitnah aufgreifen und in ihrem Einsatz für Inklusion und Teilhabe konsequent weiterverfolgen.

SoVD fordert konsequenten Wiederaufbau der Inneren Medizin in Varel

Stationäre Gesundheitsversorgung

Nachdem es in der Inneren Medizin des Vareler St.-Johannes-Hospitals nicht mehr ausreichend ärztliches Personal gibt, um die Versorgung der Patient*innen zu gewährleisten, ist die Schließung der Abteilung zum 22. Dezember angekündigt worden. Ob diese wieder aufgebaut werden wird, ist unklar. Der SoVD-Kreisverband Friesland appelliert an Leitung und Aufsichtsrat der Klinik, eine gute und wohnortnahe Versorgung der Menschen in Varel aufrechtzuerhalten. Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, beteiligte sich der SoVD zudem an einer Mahnwache – gemeinsam mit Bürger*innen und Vertreter*innen anderer Organisationen.

Nachdem mehrere Ärzt*innen die internistische Abteilung des St.-Johannes-Hospitals verlassen hatten und deren Schließung zum Jahresende beschlossen wurde, erreichten den SoVD-Kreisverband Friesland viele Nachfragen von Bürger*innen. Sie sorgen sich um die stationäre medizinische Versorgung in Varel und Umgebung. Dass sich Aufsichtsrat und Leitung der Klinik bislang nicht festgelegt haben, ob und wann man die Innere Abteilung wiederaufbauen werde, sei nicht akzeptabel, meint Bernd Piper, Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Friesland. „Auch wenn es nicht einfach ist, die vakanten Stellen nachzubeseetzen, darf dies nicht länger aufgeschoben werden“, so Piper. Auf keinen Fall dürfe die vorläufige Schließung der internistischen Abteilung zu einem

dauerhaften Aus führen, um Kosten zu sparen.

Einschränkungen gibt es künftig auch bei der Notfallambulanz des Hospitals. Diese wird täglich von 8 bis 16.30 Uhr geöffnet sein. „Notfallpatienten in den Abendstunden müssen in weiter entfernte Krankenhäuser nach Oldenburg oder Wilhelmshaven gefahren werden. Das ist besorgniserregend, zumal gerade in Varel viele ältere Menschen leben, die besonders unfallgefährdet sind“, so der SoVD-Vertreter. Auch bräuchten die Fachbereiche Gynäkologie und Geburtshilfe eine Chirurgie vor Ort. Die Geburtshilfe in Varel sei zudem auch für die umliegenden Landkreise essenziell.

Um ein deutliches Zeichen für den Erhalt der Inneren Medizin und der wohnortnahen stationären Versorgung zu setzen,



Foto: GordonGrand / Adobe Stock

Die Notfallambulanz in Varel ist künftig nur tagsüber besetzt. Außerhalb dieser Zeiten gibt es dort eine pflegerische Versorgung.

beteiligten sich Vertreter*innen des SoVD in Friesland und seiner Ortsverbände gemeinsam mit weiteren Organisationen und Bürger*innen an einer Mahnwache auf dem Parkplatz Bleichenpfad in Varel.

Online-Vortrag für alle Interessierten im Januar

SoVD informiert zu Altersrenten

Auch 2024 bietet der SoVD-Landesverband Niedersachsen im Rahmen seiner digitalen Vortragsreihe Veranstaltungen zu verschiedenen Themen an. Die erste im neuen Jahr findet am 25. Januar 2024 von 16 bis 17.30 Uhr statt. Kai Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig, informiert zu „Altersrenten: Welche steht mir zu? Und reicht sie später zum Leben?“.

Auch 2024 nutzt der SoVD wieder seine digitale Vortragsreihe, um Interessierte online und ganz bequem von zu Hause aus zu informieren. Wegen des großen Interesses gibt es für vergangene Veranstaltungsthemen 2024 weitere Termine.

In seinem Vortrag über Altersrenten verschafft Kai Bursie den Teilnehmenden einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Arten der Altersrente und erklärt alles Wichtige zum Anspruchsalter und den Anspruchsvoraussetzungen. Außerdem spricht der Referent über die Grundzüge

der Rentenberechnung sowie mögliche Rentenlücken und thematisiert, wie sinnvoll eine weitere Altersvorsorge sein kann.

Mitglieder und Interessierte können sich per E-Mail an weiterbildung@sovnd-nds.de bis zum 23. Januar für den kostenlosen Vortrag anmelden. Weitere Termine der digitalen SoVD-Vortragsreihe sind unter www.sovd-nds.de abrufbar.



Foto: Studio Romantic / Adobe Stock

Alle Interessierten können kostenfrei und bequem von zu Hause aus teilnehmen.

SoVD in Wolfenbüttel setzt sich gegen Gewalt an Frauen ein

Zeichen für eine gewaltfreie Zukunft

Der SoVD-Kreisverband Wolfenbüttel beteiligte sich am 25. November, am internationalen Tag der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen – auch „Orange Day“ genannt –, an einer Aktion in der Innenstadt von Wolfenbüttel.

Vertreter*innen zahlreicher Vereine und Organisationen wie Amnesty International oder Frauenschutzhaus waren ebenfalls dabei. Gemeinsam informierten die Engagierten Bürger*innen rund um Gewalt an Frauen und klärten sie über Hilfsmöglichkeiten auf. Um schon im Vorfeld auf die Aktion aufmerksam zu machen, hatte SoVD-Kreisfrauensprecherin Angelika Kaatsch einen orangefarbenen Stuhl im SoVD-Beratungszentrum platziert. Dieser Stuhl verdeutlicht, dass dort eine Frau sitzen könnte, die Opfer von Gewalt wurde. Viele der Ortsfrauensprecherinnen im Kreisverband waren Kaatschs Einladung gefolgt und unterstützten die Aktion in der Innenstadt. Die Engagierten kamen mit vielen interessierten Bürger*innen ins Gespräch.



Fotos: Heinz Kaatsch

Die Ortsfrauensprecherinnen des SoVD-Kreisverbands Wolfenbüttel beteiligten sich gemeinsam an der Aktion.

SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt organisiert Demo-Rundfahrt durch Hannover Engagement zum „Orange Day“

Das eigene Zuhause ist für viele Frauen der gefährlichste Ort. Für den SoVD-Kreisverband Hannover ist das ein Thema, das alle Menschen angehen muss. Deswegen hat der Kreisverband auch 2023 mit einer eigenen Veranstaltung die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Forderungen des SoVD zum Gewaltschutz gelenkt. Die Engagierten organisierten zum „Orange Day“, Aktionstag gegen Gewalt an Frauen, eine Infoveranstaltung und mieteten außerdem einen Bus, der – orange beleuchtet – mit den Teilnehmenden in der Innenstadt die Blicke auf sich zog.

„Wir fordern weiterhin eine bessere Beratung der Frauen nach tätlichen An- und Übergriffen. Vor allem dürfen die finanziellen Mittel in diesen Bereichen nicht weiter gekürzt werden – im Gegenteil, es müssen mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden“, sagt Ingrid Beyer, Sprecherin des Gesellschaftspolitischen Ausschusses des Kreisverbands. Beyer, weitere Ausschussmitglieder sowie Mitglieder der Ortsverbände in Hannover-Land organisierten die Informationsveranstaltung zum „Orange Day“ gemeinsam.

Über 30 Teilnehmende konnten die Engagierten begrüßen. Nach der Eröffnung durch die 2. Kreisvorsitzende Petra Stittgen folgte das Grußwort von Kerstin Tack, Vorsitzende vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen. Das Grußwort wurde von Barbara Kastien, stellvertretende Kreisfrauensprecherinnen, vorgetragen. Tack betonte darin, wie sehr der SoVD als starker



Foto: Timo Stöner

Teilnehmende mit orangefarbenen Leuchten vor dem Bus

Partner im Einsatz für eine faire und gerechte Gesellschaft geschätzt werde und sie stellte fest, dass dieser international vergangene Tag zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen auch 2023 noch bitter nötig sei.

Beyer schilderte anschließend, wie sich häusliche Gewalt entwickle. Häufig ändere sich eine Beziehung schleichend und es gebe zunächst Demütigungen, Ignoranz oder Überwachung ohne körperlicher Gewalt. Es sei wichtig, so Beyer, dass es in weiten Kreisen

bekannt werde, dass sich Frauen bereits in einem frühen Stadium an eine kostenfreie Beratungsstelle wenden können. Nach diesem Informationsblock führen die Teilnehmenden mit einem angemieteten Bus öffentlichkeitswirksam durch Hannovers Innenstadt. Den Bus-Innenraum hatten die Ausschussmitglieder mit selbst angefertigten Leuchten in Orange ausgeleuchtet. Die SoVD-Aktiven wollen auch im kommenden Jahr eine Veranstaltung zum „Orange Day“ durchführen.

„Soziales Engagement ist Engagement für Demokratie“

Gespräch mit Hanna Naber

Meinungsaustausch und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Jung und Alt liegen Hanna Naber (SPD) am Herzen. Dazu brauchte die Landtagspräsidentin beim SoVD-Dialog des SoVD-Kreisverbands Oldenburg-Delmenhorst kein Manuskript.

Naber ist in Sorge, da sich die Demokratie zunehmender Bedrohung ausgesetzt sieht. Knapp 75 Jahre nach der ersten Bundestagswahl wenden sich immer mehr Menschen von der Demokratie ab. Naber sieht den demokratischen Diskurs und die respektvolle Debatte in Gefahr. Heute „haben viele eine kurze

Lunte“ und gehen sofort hoch, wenn jemand anderer Meinung ist oder nicht alles sofort klappt. Diese Stimmung rutscht einen Hang hinunter. Unten positionieren sich extreme Kräfte, die darauf warten, vom Erdbeben zu profitieren. Früher gab's die Eckkneipe, wo schwadroniert wurde. Heute ist die dicht. Dafür

bleiben viele in Social-Media-Meinungsblasen unter sich. Was tun? „Wer sich für einen Sozialverband engagiert, arbeitet für die Demokratie“, sagt Naber.

Der SoVD ist die Stimme derer, die häufig keine Lobby haben – für die, die die Politik nicht immer ganz oben auf der Agenda hat. Themen zur sozialen Gerechtigkeit gebe es viele, so Benjamin Kruse, SoVD-Kreisvorsitzender und Renate Ripken, SoVD-Ortsvorsitzende Oldenburg: Altersarmut, zu wenig bezahlbarer Wohnraum in Oldenburg, Pflege oder kleine Renten. Einig ist man beim Thema Rente: Die große Welle der Altersarmut komme noch, weil heute viele gebrochene Erwerbsbiografien und prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben. Kruse sagt, es könne nicht sein, dass die, die ein Leben lang gearbeitet haben, „zum Amt müssen“, gerade nicht, wenn sie im Alter Hilfe brauchen. Die Runde plädierte außerdem dafür, die Selbstkosten in der Pflege zu deckeln.



Foto: Dr. Hergen Riedel

Benjamin Kruse, Vorsitzender des Kreisverbands Oldenburg-Delmenhorst, Landtagspräsidentin Hanna Naber und Renate Ripken, Vorsitzende des Ortsverbands Oldenburg (v.l.)

BERATUNG



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: Januar-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am 2., 16. und 30. Januar, jeweils Dienstag, von 17 bis 18 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sov-d-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-92

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Kleiderspenden für Kinder mit Gewalterfahrung

SoVD in Verden unterstützt Kinderheim

Nachdem Günter Bergmann, Vorsitzender des SoVD-Kreis- und Ortsverbands Verden, vom Kinderheim „Kleine Strolche“ in der Zeitung gelesen hatte, entstand schnell die Idee, dieses zu unterstützen. Es sei wichtig gewesen, als SoVD auch etwas für junge Menschen, für die junge Generation, zu unternehmen. Das Kinderheim nimmt Kinder von null bis sechs Jahren auf, die körperliche Gewalt oder Missbrauch erlebt haben und gibt ihnen bestmögliche, auch psychologische, Betreuung, damit sie gut ins Leben zurückfinden. „Da kann man nicht weggucken“, sagt Bergmann, denn die Erlebnisse



Foto: Felix Bergmann
Günter Bergmann überreichte die Spenden an Dr. Sonja Risse von den „Kleinen Strolchen“.

dieser noch ganz jungen Menschen machten betroffen. Er und seine Frau Gudrun Bergmann, die sich beim SoVD als Kreis- und Ortsschatzmeisterin engagiert, besuchten das Kinderheim und sprachen vor Ort mit den Betreiber*innen. Zum damaligen Zeitpunkt suchte das Kinderheim dringend nach Kleiderspenden für die Kinder. Mit vereinten Kräften gelang es den Ehrenamtlichen aus Kreis- und Ortsvorstand die benötigten Kleidungsstücke zu organisieren. Eine der Ehrenamtlichen sprach die Deutsche Kleiderstiftung in Helmstedt an, andere Ehrenamtliche stellten Kartons bereit oder beschafften einige Kleiderspenden über einen Kindergarten. Anschließend wurde alles gesichtet und die passenden Kleidungsstücke für die „Kleinen Strolche“ mussten gepackt werden. Zum Abschluss mietete Günter Bergmann einen Anhänger und übergab 12 Umzugskartons voller Kinderkleidung an Dr. Sonja Risse vom Kinderheim.

In Holzminden lässt der Weiterbau des Frauenhauses auf sich warten

SoVD spendet an Frauenhaus Hameln

Anlässlich des „Orange Day“, des weltweiten Protesttags gegen Gewalt an Frauen, haben die SoVD-Kreisverbände Holzminden und Hameln Spenden an das Frauenhaus Hameln übergeben. Der SoVD in Holzminden hat an das Frauenhaus Hameln gespendet, weil es ein Frauenhaus in Holzminden derzeit noch nicht gibt. Ein geplanter Umbau stockt. Aus Sicht der SoVD ist diese Situation nicht hinnehmbar.

„Im August haben wir bei unserem Tag der offenen Tür Bratwurst und Kuchen kredenzt, das eingenommene Geld sollte eigentlich als Spende an das Frauenhaus Holzminden gehen“, verrät SoVD-Kreisvorsitzender Hermann Schlieker aus Holzminden. „Doch nun geht es mal wieder nicht weiter, ein zugesagter Förderbescheid des Bundesamts für Familie kommt nicht an Land“, so Schlieker weiter. Der Bescheid solle bis Ende 2024 gelten, was äußerst knapp bemessen sei. Auch Bürgermeister Christian Belke sieht die Zeitnot und erinnert an die zweihundertjährige Bausubstanz des Objekts. Die Gelder werden dringend benötigt, damit weitergebaut werden kann. Da der SoVD um die Lage in den Frauenhäusern insgesamt weiß, hat der Kreisvorstand beschlossen, seine Spenden nach Hameln zu geben. Denn Frauenhäuser können jeden Euro gebrauchen. Im Kreisver-



Foto: SoVD-Kreisverband Holzminden
Joanna Bugowska und Katrin Meister vom Team Frauenhaus Hameln, Hermann Schlieker vom SoVD in Holzminden, Barbara Rudge, Vorsitzende des SoVD in Hameln, und Evelyn Mitwer, Kreisfrauensprecherin Hameln (v.l.)

band Hameln wurde ebenfalls an eine Spende zum „Orange Day“ gedacht und so kam der gemeinsame Termin zustande. In Hameln, so wie in allen Frauenhäusern auch, müssen viele suchtsuchende Frauen abgewiesen werden. Elf Plätze gibt es dort, nach den Vorgaben der Politik müssten es jedoch allein für den Kreis Hameln 16 sein. Schlieker hatte den NDR um Unterstützung gebeten. Ein Redakteur kam zur Spendenüber-

gabe und veröffentlichte einen Beitrag im NDR Radio Niedersachsen. Womöglich habe dieser dazu beigetragen, dass es inzwischen einen sogenannten „Inaussichtstellungs-Bescheid“ des Bundesamts gebe, so Schlieker. „Bleibt zu hoffen, dass der Bundesfinanzminister die Haushaltsmittel bereitstellen darf“, sagt der Kreisvorsitzende. Der SoVD in Holzminden werde sich weiterhin konsequent für das Frauenhaus einsetzen.

Wenn Rente und Vermögen nicht ausreichen: Wohngeld und Hilfe zur Pflege möglich

Entlastung bei Pflegeheimkosten

Wissen Pflegeheimbewohner*innen aufgrund der stark gestiegenen Pflegeheimkosten nicht, wie sie mit ihrer Rente den Platz im Pflegeheim noch finanzieren sollen, können sie unter Umständen Wohngeld oder Hilfe zur Pflege beziehen. Welche Voraussetzungen Betroffene für einen Anspruch auf die Leistungen erfüllen müssen, erklärt der SoVD.

Viele Pflegeheimbewohner*innen können durch die enorm gestiegenen Pflegeheimkosten die Finanzierung ihres Heimplatzes oft nicht mehr stemmen. Reichen die Rente und etwaiges weiteres Einkommen sowie das Vermögen zusammen mit den Zahlungen der Pflegekasse nicht aus, um die Kosten zu tragen, können Betroffene Anspruch auf Wohngeld haben und die Leistung über den Wohngeldantrag für Heimbewohner*innen beantragen. „Als wichtigste Voraussetzung gilt, dass keine anderen Sozialleistungen wie beispielsweise die Hilfe zur Pflege bezogen werden“, informiert Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Die Hilfe zur Pflege selbst kann ab Pflegegrad 2 auch eine weitere Möglichkeit zur finanziellen Entlastung sein. „Hierbei handelt es sich um eine Form der Sozialhilfe. Daher werden Einkommen und Vermögen einer Bedarfsgemeinschaft insgesamt betrachtet“,



Foto: WavebreakMediaMicro / Adobe Stock
Der von Pflegeheimbewohner*innen zu zahlende Eigenanteil ist in den vergangenen Monaten nochmals deutlich gestiegen.

weiß Lorenz. Wohnt zum Beispiel nur der*die Ehepartner*in in einer Pflegeeinrichtung, muss der*die Zuhausewohnende sich nur in einer Höhe an den Pflegeheimkosten beteiligen, die es ihm*ihr weiterhin erlaubt, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Reichen die finanziellen Mittel der Eltern nicht aus, kann das Sozialamt Unterhaltsfor-

derungen an die Kinder stellen. „Das ist allerdings nur ab einem Jahresbruttoeinkommen von 100.000 Euro möglich“, so Lorenz. Gerne beantworten die Berater*innen des SoVD auch weitere Fragen zum Thema Pflege. Beratungstermine können über das Mitglieder-Servicetelefon unter 0511 65610720 vereinbart werden.

Kreisverband Braunschweig beantwortet Fragen zum Sozialrecht

Offene SoVD-Telefonberatung

Der SoVD in Braunschweig veranstaltet am Mittwoch, 17. Januar, von 10 bis 11.30 Uhr für alle Interessierten eine offene Telefonberatung zu allen Fragen des Sozialrechts. Anliegen rund um die gesetzliche Renten-, Pflege-, Kranken- und Unfallversicherung werden dann beantwortet. Außerdem können Interessierte zu den Themen Existenzsicherung (Erwerbsminderungsrente, Arbeitslosengeld 1, Bürgergeld, Grundsicherung, Sozialhilfe, Wohngeld), Schwerbehindertenrecht, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht Rat einholen. Sie können sich unter der Telefonnummer 0531 2444192 kostenlos über diese Themen informieren. Am Telefon wird Kai Bursie, Experte im Sozialrecht und Regionalleiter des SoVD, die Fragen beantworten. Bei stärkerem Beratungsbedarf können im Anschluss auch persönliche Gespräche, eine Videoberatung oder weiterführende Telefonate vereinbart werden. Ohne Namensnennung werden besonders interes-

sante Gespräche dieser Beratung am Freitag, 2. Februar, von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 – zugleich per Livestream und App – ausgestrahlt. So können sich auch Interessierte, die während der Telefonberatung verhindert waren, informieren. Die offene Telefonberatung des SoVD in Braunschweig findet etwa alle drei Monate statt.

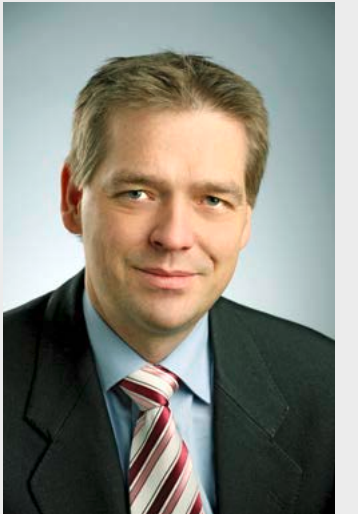


Foto: Sascha Gramann
Sozialrechtsexperte Kai Bursie bietet etwa alle drei Monate die offene Telefonberatung an.

Hilfe für Kinder in der Ukraine – Kreisvorstand unterstützt Aktion der Direkthilfe-Ukraine

SoVD spendet wieder Weihnachtspakete

Zum zweiten Mal hat der SoVD-Kreisverband Emsland eine Spendenaktion für Kinder in der Ukraine durchgeführt. Dazu wurden erneut 100 Pakete gepackt und an die Organisation Direkthilfe-Ukraine übergeben. Die Mitarbeiter der Hilfsorganisation werden die Geschenke pünktlich zum orthodoxen Weihnachtsfest am 7. Januar 2024 zu den Kindern in den vom Krieg betroffenen Regionen in die Ukraine liefern.

Die Organisation Direkthilfe-Ukraine hat sich das Ziel gesetzt, 1.000 Weihnachtspakete für Kinder in der Ukraine zu sammeln. „Schon im vergangenen Jahr hatten wir Pakete für Kinder in der Ukraine gespendet. Daher haben wir uns an dieser Aktion gerne wieder beteiligt“, berichtet Josef Ossevorth, der den Organisationsausschuss des SoVD-Kreisverbandes Emsland leitet.

Abermals gab der Vorstand des SoVD-Kreisverbandes Emsland die Gelder für das Hilfsprojekt unkompliziert frei. Rund 2.000 Euro hat der SoVD hierfür aufgewendet. „Wir waren uns im Vorstand einig, die Aktion der Ukrainehilfe nochmals zu unterstützen“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des Kreisverbandes. Kinder, die im Kriegsgebiet lebten, seien von den Folgen stark betroffen. „Wenn wir einen Beitrag leisten können, um ihnen zu Weihnach-

ten eine kleine Freude zu bereiten, machen wir das gerne“, so Sackarendt.

Daneben fanden sich viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die bei der Durchführung unterstützten. Christiane Bentlage, zweite Vorsitzende des SoVD-Kreisverbandes, erklärt: „Es mussten Spielwaren, Süßigkeiten, Mützen, haltbare Lebensmittel und Hygieneartikel eingekauft werden.“ Danach wurden alle Spendenartikel in einer Gemeinschaftsaktion im Beratungszentrum Meppen in Pakete verpackt. „Obwohl die Zeitspanne in diesem Jahr knapp bemessen war, konnten wir die Aktion innerhalb weniger Tage organisieren und die Geschenke rechtzeitig übergeben“, so Bentlage.

Dennis Post, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Direkthilfe-Ukraine, hat sich für die Unterstützung der Aktion dankbar gezeigt. Die Situation in der



Foto: Heinrich Schepers

Die Vorstandsmitglieder Bernhard Többen, Josef Ossevorth, Frank-Eric Jansen, Christiane Bentlage, Bernd Kossen und Irmgard Terveer (v.l.n.r.) beim Packen der Geschenke für Kinder in der Ukraine.

Ukraine sei derzeit schlimm. Menschen, die noch in den umkämpften Gebieten wohnten, seien auf Hilfen angewiesen, berichtet Post, der regelmäßig die Hilfslieferungen begleitet. „Leider müssen wir feststellen, dass das Spendenaufkommen

in den vergangenen Monaten zurückgegangen ist“, so Post. Umso mehr freue es ihn, dass der SoVD an die Kinder gedacht habe.

Die Pakete werden zeitnah in Meppen abgeholt. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter der

Ukraine-Direkthilfe fahren diese nicht nur an die Grenze, sondern direkt in die Gebiete, die vom Krieg betroffen sind. Wer die Direkthilfe-Ukraine unterstützen möchte, findet Kontaktdaten unter: www.direkthilfe-ukraine.com.

Seit 25 Jahren im Einsatz für den SoVD im Emsland

Ehrung für Anita Donker

Seit 25 Jahren arbeitet Anita Donker für den SoVD-Kreisverband Emsland als Sozialberaterin im Beratungszentrum Aschendorf. Dafür wurde sie im Kreis ihrer Kolleginnen und Kollegen ausgezeichnet.



Foto: Heinrich Schepers

Anita Donker (Mitte) ist für ihre 25-Jährige Betriebszugehörigkeit geehrt worden. Es gratulierten unter anderem Pierre Knäuper, Bernhard Sackarendt (1.u.2. v.l.) sowie Elsbeth Telgen und Jörg-Christian Hülper (1.u.2.v.r.).

Anita Donker begann ihre Tätigkeit beim SoVD am 1. April 1998. Zuvor hatte sie nach einer dreijährigen Ausbildung 15 Jahre in der Samtgemeinde Lathen als Verwaltungsfachkraft gearbeitet und während einer zehnjährigen Erziehungs-

zeit drei Kinder großgezogen. Zwar ist die Fresenburgerin seit dem 1. Januar 2020 offiziell in Rente, doch sie arbeitet weiterhin im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung beim SoVD. Zudem bleibt sie auch im Ehrenamt mit dem So-

zialverband verbunden. So ist Donker im Vorstand des SoVD-Kreisverbandes Emsland als 2. Schatzmeisterin tätig und leitet als Ortsvorsitzende den SoVD-Ortsverband Lathen.

Auch nach 25 Jahren arbeitet sie noch gerne für den SoVD und hilft den Mitgliedern bei ihren Problemen mit Ämtern oder Krankenkassen und bei der Einreichung eines Rentenantrags. „Mir macht die Arbeit noch immer Spaß“, so Donker.

Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Kreisverbandes Emsland, lobte Donker für ihren langjährigen Einsatz: „Es spricht für den Sozialverband, dass sich Menschen, wie Anita Donker, so lange auf beruflicher Ebene und im Ehrenamt engagieren.“ Regionalleiter Jörg Christian Hülper schloss sich den Worten des Kreisvorsitzenden an. „Wir wissen Ihre Arbeit sehr zu schätzen und sind dankbar für die langjährige und treue Mitarbeit“, so Hülper..

Vorwort

Liebe Freundinnen und Freunde im SoVD,

das Jahr 2023 war im SoVD das Jahr großer Veränderungen. Auf der außerordentlichen Bundesverbandstagung im März, auf der Landesverbandstagung im Juni und auf der ordentlichen Bundesverbandstagung im November 2023 sind die Weichen gestellt worden für eine Neuausrichtung des Verbandes.

Mit der Umstrukturierung erhält der SoVD sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene einen hauptamtlichen Vorstand. Daneben gibt es dann auf beiden Ebenen einen ehrenamtlichen Verbandsrat.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Diskussion über das Ausmaß von notwendigen Sozialleistungen angesichts der großen Lücken in den Haushalten von Bund und Ländern in vollem Gange ist, ist es umso wichtiger, dass der SoVD den betroffenen Menschen

eine starke Stimme gibt. Der SoVD setzt sich ein für Menschen, die es schwer haben. Das zeigen auch wieder die zahlreichen Beiträge aus unserem Kreisverband, die in dieser Ausgabe enthalten sind.

Ob Hauptamt oder Ehrenamt, auf unseren Einsatz kann man sich verlassen. Der SoVD lebt und ist weiterhin in unserem Gemeinwesen auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene unverzichtbar.

Allen, die sich im SoVD in den vergangenen Monaten und Jahren engagiert haben und weiterhin engagieren, danke ich für Ihre Aktivitäten. Für das neue Jahr 2024 wünsche ich Ihnen allen viel Glück und Erfolg, gepaart mit Zuversicht und Gelassenheit.

Ihr

Bernhard Sackarendt
1. Kreisvorsitzender

Otto Liesen blickt auf langjährige Vorstandsarbeit als Ortsvorsitzender in Meppen zurück

Über 30 Jahre im Einsatz für den SoVD

Seit rund 40 Jahren ist Otto Liesen Mitglied beim Sozialverband Deutschland (SoVD). Im Jahr 1995 übernahm er zudem das Amt des ersten Vorsitzenden im Ortsverband Meppen. Zuvor war er bereits vier Jahre im Vorstand aktiv. Für seine langjährige Mitgliedschaft und sein Engagement für den Sozialverband ist Liesen nun geehrt worden.



Foto: Heinrich Schepers

Seit fast 30 Jahren engagiert sich Otto Liesen für den Sozialverband Deutschland (SoVD) als Vorsitzender des Ortsverbandes Meppen.

Wenn Otto Liesen an die Zeit zurückdenkt, in der er ein aktives SoVD-Mitglied wurde, muss er ein wenig schmunzeln. „Ein Arbeitskollege bei der Stadt Meppen kam wegen der Mitarbeit im Vorstand auf mich zu. Der hat nicht wirklich gefragt sondern einfach gesagt: Du machst das jetzt“, sagt der

75-Jährige lachend. Das war der Grundstein für sein 30-jähriges Engagement als Vorsitzender des Ortsverbandes Meppen. Gemeinsam mit Albert Schipmann, der ihn lange Jahre als zweiter Vorsitzender unterstützte, musste der ehemalige Stadtbeamte zunächst viel Überzeugungsarbeit beim alten

Vorstand leisten, um neue Ideen durchzusetzen. „Nicht immer war das leicht“, erinnert sich Liesen. Er sei dabei stets auf Ausgleich und Fairness bedacht gewesen. „Das ist wichtig, damit die Arbeit im Vorstand klappt. Man muss zuhören und sich bei wichtigen Entscheidungen durchsetzen können.“ So hatte er die Idee, jährlich vor dem ersten Adventssonntag einen adventlichen Nachmittag mit Unterhaltungsprogramm durchzuführen. Es habe zunächst niemand von den Älteren im Vorstand an den Erfolg dieser Veranstaltung geglaubt. Doch schon die erste Feier sei gut angekommen. „Bis heute nehmen regelmäßig über 100 Mitglieder daran teil. Das freut mich“, so Liesen. Auch ein Reiseprogramm entstand in Zusammenarbeit mit einem Busunternehmen. Gerne erinnert er sich an Fahrten nach Ungarn oder nach Bad Kissingen.

Daneben unternahm der SoVD-Ortsverband Meppen viel für die Mitglieder. Die durchgeführten Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen, Infostände oder Teilnahme an sozialpolitischen Aktionen kann Liesen nicht mehr zählen. Ein Highlight sei die Feier zum 50-jährigen Bestehen des SoVD in Meppen gewesen. Dass Liesens Arbeit erfolgreich ist, lässt sich auch an den Mitgliederzahlen ablesen. Zu Beginn seiner ersten Amtszeit als Vorsitzender 1995 zählte der SoVD in Meppen noch 430 Mitglieder. Im Jahr 2010 wurde das 1.000ste Mitglied aufgenommen. Mittlerweile sind es 1.619 Mitglieder im SoVD-Ortsverband Meppen. Obwohl Otto Liesen mit dem SoVD schon gut ausgelastet war, unterstützte er lange Jahre auch den Behindertensportverband Meppen als zweiter Vorsitzender. Der Einsatz für Mitmenschen

ist für Liesen selbstverständlich. Es habe viele positive Rückmeldungen zu seiner Arbeit gegeben, die ihn motiviert hätten. Außerdem mache ihm das Netzwerken Spaß. Eine Rolle spielte auch seine eigene Erfahrung mit einer durch eine Impfung ausgelöste Teil-Lähmung rechts in seiner Kindheit. Manchmal habe er wegen dieser Beeinträchtigung Widerstand erfahren. „Einige haben gemeint, mir erzählen zu müssen, dass ich dies und das nicht schaffe. Ich habe trotzdem immer alles erreicht, was ich erreichen wollte“, macht Liesen deutlich. Aber es gab immer auch Menschen, die ihn sehr unterstützt hätten. Das habe ihn motiviert, selbst etwas zurückzugeben. Im Jahr 2024 will der 75-Jährige sein Amt als erster Vorsitzender abgeben. Ein Nachfolger wurde bereits gefunden. Ihm sei es wichtig, dass die Arbeit im Vorstand weitergehe.

SoVD macht mit Rollstuhlparcours auf Barrierefreiheit aufmerksam

Aktion sorgt Spaß bei Kindern

Gemeinsam mit vielen ehrenamtlichen Helfern hat der SoVD-Kreisverband Emsland in Meppen und Börger in diesem Jahr erneut erfolgreich einen Rollstuhlparcours angeboten.

In Meppen war der SoVD im September mit insgesamt sechs ehrenamtlichen Helfern beim Kinderfest im Jugendzentrum JAM vertreten. In Börger durften sich die Teilnehmer des Pfarrfestes, das ebenfalls im September stattfand, an einer Fahrt mit dem Rollstuhl versuchen. Die Kinder und auch viele Eltern hatte Spaß an der Fahrt über den Parcours. Gleichzeitig konnte der SoVD ein Bewusstsein dafür schaffen, wie wichtig Barrierefreiheit für Menschen ist, die auf einen Rollstuhl oder andere Hilfen zur Mobilitätsunterstützung angewiesen sind.

Der SoVD-Ortsverband Emmeln hatte zudem an einem Wochenende im September einen Blindenparcours beim Pfarrfest im Harener Ortsteil Emmeln aufgebaut, um ein Bewusstsein für Menschen mit einer Sehbehinderung zu schaffen. Unterstützt wurde die Aktionen vom Blinden- und Sehbehindertenverein Ostfriesland, der dem Ortsverband Emmeln den Blindenparcours ausgeliehen hatte. Außerdem stellte die Firma Harener Orthopädietechnik zwei Kinderrollstühle für den Rollstuhlparcours kostenlos zur Verfügung.



Fotos (2): Heinrich Schepers

Für Spaß hat der Rollstuhlparcours bei den Besuchern des Kinder-tags im Meppener Jugendzentrum JAM gesorgt.



Auch beim Pfarrfest in Börger erregte der Rollstuhl-Parcours viel Aufmerksamkeit. Viele Kinder und auch einige Erwachsene fuhren eine Runde und versuchten die Rampen und Hindernisse zu bewältigen.

Spende vom SoVD

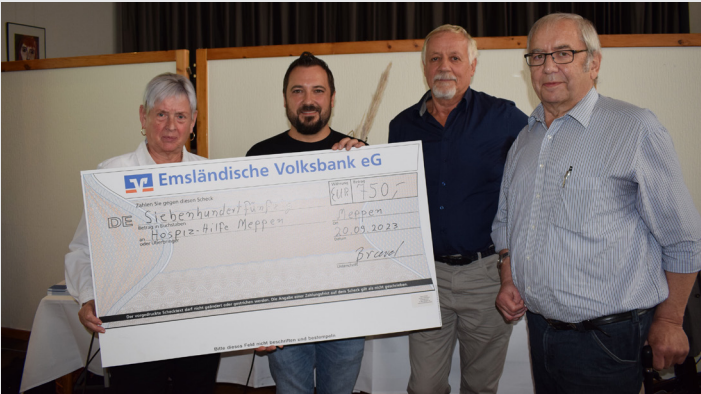


Foto: Heinrich Schepers

Während eines informativen Frühstückstreffes des SoVD-Ortsverbandes Meppen wurden die Mitglieder über die Arbeit der Hospiz-Hilfe Meppen e.V. informiert. Referiert hat der Koordinator der Hospiz-Hilfe, Stephan Wendt. Er führte aus, dass Betroffene, Familienangehörige und Freunde Unterstützung bei den ehrenamtlichen Helfern der Hospiz-Hilfe Meppen finden. Es werden Gespräche angeboten, um Orientierung zu bieten. Zudem hat der Verein viele Informationsangebote zur Gestaltung und Bewältigung des letzten Lebensabschnitts und stellt Kontakt zu den relevanten Institutionen her. Die Sterbegleitung erfolgt nach einem ersten Beratungsgespräch mit Betroffenen und Angehörigen. Im Anschluss wird die Begleitung nach den Wünschen der Sterbenden und Angehörigen ausgerichtet. Der Vorstand des SoVD-Ortsverbandes Meppen dankte Wendt für die Ausführungen und überreichte einen Spendenscheck in Höhe von 750 Euro als Anerkennung für die vom Hospiz-Verein geleistete Arbeit.

Impressum

SoVD-Kreisverband Emsland
Lingener Straße 30, 49716 Meppen
Tel. 05931 2891
Fax: 05931 29124
emsland@sovd-presse.de
www.sovd-emsland.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Heinrich Schepers (Leitung)
Tel. 0174 2796798
Irmgard Terveer
Tel. 04961 3820
Christel Wekenborg
Tel. 05931 13445

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

500 Euro Spende – Informationen über Hospiz für Mitglieder beim Themenfrühstück

SoVD in Haselünne unterstützt Hospiz-Hilfe

Über die ehrenamtliche Arbeit der Hospiz-Hilfe Meppen e.V. hat Koordinator Stephan Wendt beim SoVD-Ortsverband Haselünne/Herzlake im Rahmen des diesjährigen Themenfrühstücks berichtet. Bei dieser Gelegenheit überreichte der Vorstand einen Spendenscheck über 500 Euro für die Hospiz-Hilfe.



Foto: SoVD-Ortsverband Haselünne

Der SoVD-Ortsverband Haselünne hat 500 Euro an die Hospiz-Hilfe Meppen gespendet und seine Mitglieder über die wertvolle Arbeit des Vereins informiert.

Laut Stephan Wendt können Menschen in ihrem letzten Lebensabschnitt mit Hilfe der Hospizarbeit Ruhe und Geborgenheit finden, aber auch gemeinsam mit Freunden und Angehörigen die letzte Lebenszeit nach ihren Vorstellungen mitgestalten. „Es geht nicht darum, dem Leben mehr Tage, sondern den Tagen mehr Leben zu geben. Es ist unsere Aufgabe, den Pflegebedürftigen die letzten Tage, Wochen oder gar Monate so angenehm wie möglich

zu gestalten“, erläuterte Wendt. Der Referent stellte heraus, dass die Begleitung und Betreuung schwer kranker und sterbender Menschen zu den Kernaufgaben der Hospizarbeit gehören.

Nach einer kurzen Darstellung der Entwicklung der Hospizbewegung schlossen sich viele Fragen der Zuhörer an. So ging es unter anderem um die praktische Umsetzung der Sterbebegleitung und um Voraussetzungen, die für eine Begleitung und den Begleiter ge-

geben sein müssen. Wie Wendt ausführte, bleibe eine wesentliche Voraussetzung für diese Arbeit eine Haltung ehrenamtlichen Mitarbeiter sowie der hauptberuflichen Pflegekräfte, die geprägt ist von Respekt vor dem Leben und der Autonomie des Menschen. Diese wesentlichen Grundpfeiler ihrer Arbeit lieferten die nötige Energie, um die ehrenamtliche Hospizarbeit sowie auch die Pflege alter und schwerstkranker Menschen bewältigen zu können.

Meppener ärgert sich über Bürokratie der Behörden, Kranken- und Pflegekassen

Anträge werden immer wieder abgelehnt

Seit Hans Meyer (Name wurde von der Redaktion geändert) unter den Folgen einer schweren Erkrankung leidet, streitet er sich mit der Krankenkasse DAK Gesundheit über die Bewilligung von dringend benötigten Hilfsmitteln. Nachdem er zusätzlich Probleme bei der Beantragung des Pflegegrades und des Schwerbehindertenausweises bekam, hat sich der Rentner an den SoVD gewendet, der ihn jetzt bei der Antragstellung unterstützt.

Im September 2022 traf Hans Meyer (die Namen der Beteiligten wurden geändert) aus dem emsländischen Meppen ein schwerer Schicksalsschlag. Der sonst so rüstige Rentner war plötzlich kaum ansprechbar und desorientiert. Seine Lebensgefährtin Monika Eilers rief den Rettungsdienst. Ein Notarzt musste hinzugezogen werden. Im Krankenhaus stellten die Ärzte ein akutes Nierenversagen fest, ausgelöst durch einen massiven Infekt. Fünf Tage verbrachte Meyer auf der Intensivstation. Dann folgten stationäre Aufenthalte in Krankenhäusern und eine Reha. Fünf Monate war Meyer nicht zu Hause. Zwar retteten die Ärzte das Leben des Rentners. Doch die schwere Erkrankung führte zu starken Beeinträchtigungen, die bis heute nachwirken. Es musste ein Dauerkatheter gelegt werden. In den Beinen und Füßen blieben Nervenschäden zurück. „Ich kann nur wenige Schritte mit einer Gehhilfe oder einem Rollator gehen und habe starke Schmerzen“, berichtet der 71-Jährige.

Obwohl Hans Meyer gesundheitlich schwer angeschlagen war, wollte er sich zurück ins Leben kämpfen. Der anfänglichen Motivation standen allerdings einige Hürden entgegen. Denn mit Beginn der Erkrankung begann auch ein zähes Ringen mit Krankenkassen und Behörden, um eine adäquate Versorgung mit Hilfsmitteln und eine angemessene Behandlung. Besonders das Verhalten der Krankenkasse DAK, bei der Meyer bereits seit seinem 16. Lebens-

jahr versichert ist, machte dem Rentner und seiner Lebensgefährtin schwer zu schaffen. „Ich bin noch heute fassungslos. Ich hätte nicht gedacht, dass man uns so viele Steine in den Weg legen würde“, sagt Eilers.

Schon während eines Rehaufenthalts in einer Klinik in Bad Oeynhausen merkten Meyer und Eilers, die ihren Lebensgefährten in der schwierigen Zeit zur Seite stand, dass sich die Kommunikation mit der Krankenkasse schwierig gestalten würde. Da sich Meyers Gesundheitszustand nur langsam besserte und er die dort angebotenen Krankengymnastikanwendungen dringend benötigte, beantragte die behandelnde Ärztin schon frühzeitig eine Verlängerung des Rehaufenthalts. Das lehnte die DAK aber zunächst ab. Die Frist für den Widerspruch bei der Kasse versäumte die Medizinerin. Das stellte Meyer vor große Probleme, denn Gesundheit und auch die fehlende Barrierefreiheit seines häuslichen Umfeldes ließen eine Entlassung eigentlich nicht zu. Erst nachdem Eilers mit Hilfe der Ärztin intervenierte, gab die DAK nach und verlängerte den Rehaufenthalt, wenn auch nur um eine Woche. „Das war schon eine Herausforderung, denn in dieser Zeit musste ich dafür sorgen, dass bei uns zu Hause alles vorhanden war, damit Hans gut zurecht kommen konnte“, so Eilers.

Auch bei der Bewilligung einiger Hilfsmittel stellte sich die DAK quer. „Es gab Konflikte um Kleinigkeiten, die aber wirklich dringend gebraucht wurden“,

berichtet Eilers. So wurde ein zweiter Toilettensitz für den unteren Teil der Wohnung zunächst abgelehnt. Erst nach langen Diskussionen bewilligte die DAK die zweite Sitzerrhöhung, nachdem Eilers deutlich gemacht hatte, dass Meyer sich nur mühsam bewegen kann und deshalb dringend ebenfalls das WC im Erdgeschoss nutzen muss. „Dazu waren aber einige Telefonate und Schriftwechsel nötig, obwohl so ein Sitz nicht so viel kostet“, sagt Eilers.

Auch bei der Versorgung mit Medizinprodukten kam es zu Problemen. Regelmäßig müssen bei Meyer die Urinbeutel gewechselt werden. Allerdings besteht die DAK darauf, dass diese nur von Vertragsapotheken herausgegeben werden. Die gibt es in Meppen aber nicht. Auf einer von der DAK übermittelten Liste ist im näheren Umkreis nur eine Apotheke aufgeführt, die seit drei Jahren nicht mehr existiert. Nach Rückfrage verwies eine DAK-Mitarbeiterin Eilers auf eine Apotheke in Ibbenbüren. Doch die Telefonnummer, die Eilers von der Kasse übermittelt wurde, stimmte nicht. Nachdem sie aus ihrem Bekanntenkreis einen Hinweis erhielt, bekam sie die dringend benötigten Hilfsmittel in einer Apotheke, die 20 Kilometer entfernt liegt. Ähnlich ging es Meyer, als er auf Anraten seines Arztes orthopädische Schuhe beantragte, die ihn beim Laufen unterstützen sollten. Wieder lehnte die Kasse den Antrag ab. Erst nach Eilers energischer Rückfrage lenkte die Kasse ein. Erhebliche Schwierigkeiten



Foto: Johannes Fichtner - JfF photography

Pierre Knäuper (hier mit SoVD-Mitarbeiterin Katharina Roch) ist Sozialberater und Jurist. Er unterstützt die SoVD-Mitglieder im Beratungszentrum Meppen bei Anträgen und Widersprüchen.

hatte Meyer, trotz der unermüdlichen Hilfe seiner Lebensgefährtin, zudem mit der Beantragung des Pflegegrades und des Schwerbehindertenausweises. Der Meyer zustehende Pflegegrad drei wurde erst nach einer harten Auseinandersetzung gewährt. „Der Antrag auf Schwerbehinderung ist noch immer nicht bewilligt, trotz mehrfacher Rückfragen“, sagt Meyer.

Schließlich wandten sich Meyer und Eilers nach einem Tipp von einem Bekannten an den Sozialverband Deutschland (SoVD). Nun lassen sie sich vom SoVD in Meppen bei ihren sozialrechtlichen Angelegenheiten vertreten. „Wir sind an unsere Grenzen gestoßen. Die Sozialberater nehmen uns jetzt viel Arbeit ab“, sagt Meyer.

Pierre Knäuper, Jurist und Sozialberater im SoVD-Beratungszentrum Meppen, kennt die Probleme, mit dem sich Meyer und

Eilers konfrontiert sehen, aus seinem Beratungsalltag. „Versicherte haben immer wieder Schwierigkeiten, wenn es um die Bewilligung von Hilfsmitteln oder Pflegegraden geht. Oft werden beispielsweise Hilfsmittel abgelehnt, die nicht sehr teuer sind, aber das Leben der Betroffenen stark verbessern könnten“, so der Sozialberater. „Gut wäre es, wenn auf die Bedürfnisse der Betroffenen mehr Rücksicht genommen werden würde“, erklärt Knäuper.

Der SoVD unterstützt seine Mitglieder beim Widerspruch und hilft den Mitgliedern bei der Begründung eines Folgeantrags. Auch beim Stellen des Erstantrags ist der SoVD für seine Mitglieder da.

Der Verband kann im Emsland bei Fragen telefonisch unter 05931 2891 sowie per E-Mail an info.meppen@sovd-nds.de erreicht werden.

SoVD und Landkreis Emsland diskutieren über soziale Themen

Ärzttemangel bleibt eine große Herausforderung

14 Vorstandsmitglieder des SoVD-Kreisverbandes Emsland haben sich mit Marc André Burgdorf, Landrat des Landkreises Emsland, über soziale Themen ausgetauscht. Intensiv diskutiert wurde unter anderem über den Ärztemangel sowie den sozialen Wohnungsbau.



Foto: Wilfried Ripperda

Landrat Marc André Burgdorf (L.) sprach mit Vorstandsmitgliedern des SoVD-Kreisverbandes Emsland über soziale Themen.

Neben Burgdorf nahmen von Seiten des Landkreises Emsland Sozialdezernentin Dr. Sigrid Kraujuttis sowie Wilfried Ripperda, Leiter des Fachbereichs Soziales, teil. Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Kreisverbandes Emsland, zeigte sich dankbar, dass der Landrat den Austausch möglich gemacht hatte. Bernd Többen, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) des SoVD, berichtete, dass viele SoVD-Mitglieder mit Sorge auf die bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen blickten

und davon zum Teil auch selbst betroffen seien. Dazu zählte er die medizinische Versorgung auf dem Land, die Pflege, die Folgen der Digitalisierung für ältere Menschen, die Inklusion, den sozialen Wohnungsbau sowie den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Matthias Otto vom SoVD-Kreisvorstand erläuterte, dass der bestehende Ärztemangel besonders ältere Menschen betreffe. Wenn in einem kleinen Ort der Hausarzt aus Altersgründen die Praxis aufgeben und sich kein Nachfolger finde,

sei das für viele Senioren ein Problem. Burgdorf erklärte, dass es bei der medizinischen Versorgung zwei große Herausforderungen gebe. So sei die Allgemeinmedizin für viele Ärzte nicht mehr attraktiv. Auch bei der Förderung von Ärzten müsse man eingestehen, dass es Grenzen gebe. „Viele Landkreise fördern und werben um Ärzte“, sagte der Landrat. Die Erhöhung der Anzahl an Medizinstudienplätzen werde das Problem erst mittelfristig entschärfen. Dennoch konnten aus Sicht des Landkreises durch die getroffenen Maßnahmen Erfolge erzielt werden. Das Projekt „Meilenstein“, eine Weiterbildungsgesellschaft für Medizinstudenten im Verbund mit den emsländischen Krankenhäusern, werde sehr gut angenommen und habe Vorbildcharakter. Zudem würden die Förderungen von Niederlassungen von Hausärzten und von Fachärzten durchaus abgerufen. Auch die Vergabe von Stipendien für Medizinstudenten habe in einigen

Fällen dazu geführt, dass junge Ärzte eine Praxis im Emsland übernahmen. SoVD-Vorstandsmitglied Peter Diehl sprach den sozialen Wohnungsbau an. In fast allen Städten im Emsland gebe es zu wenig Wohnraum für Menschen, die nur über geringe finanzielle Mittel verfügen. „Der Landkreis müsste eigentlich gegensteuern“, erklärte Diehl. Dass der soziale Wohnungsbau auch im Emsland notwendig ist, bestritt Burgdorf nicht. Er sah aber nicht den Landkreis, sondern die emsländischen Kommunen bei diesem Thema in der Pflicht. In den kleineren Kommunen sehe er derzeit keinen Bedarf. Burgdorf ergänzte aber, dass der Kreis einer finanzschwachen Kommune helfen könne. Zur Inklusion führte SoVD-Mitglied Thomas Egbers aus, dass die UN-Behindertenrechtskonvention seit 2009 bestehe. Aus Sicht des SoVD seien noch nicht alle Ziele erreicht. Bei der Barrierefreiheit im All-

gemeinen sei im Emsland viel passiert, sagte Burgdorf. Er gab aber auch zu, dass noch Baustellen vorhanden seien. Diskutiert wurde im Anschluss über die Herausforderungen in der Pflege. Ripperda erläuterte, dass der Landkreis, in Anlehnung an das Projekt „Regionales Pflegekompetenzzentrum“, das Beratungsangebot des Pflegestützpunktes Emsland ausweite. Dazu werden drei Vollzeitstellen geschaffen, die Ansprechpartner vor allem für die pflegenden Angehörigen sind sowie bei komplexen Pflegefällen unterstützend tätig sein werden. Bei der Digitalisierung wurden Barrierefreiheit sowie niederschwellige Bildungsangebote für ältere Menschen vom SoVD angemahnt. Einig waren sich alle, dass der ÖPNV auf dem Land zwar nicht das Niveau der Städte erreichen werde, die Taktung der Buslinien sowie die Vernetzung von Bus und Bahn insgesamt aber verbessert und ausgebaut werden könne.

SoVD-Ortsverband Rütenbrock spendet Lebensmittel an die Tafel

Solidarische Aktion in Haren

Vorstandsmitglieder des SoVD-Ortsverbandes Rütenbrock haben Lebensmittel im Wert von rund 500 Euro eingekauft und an die Tafel in Haren übergeben.



Foto: Heinrich Schepers

Marieanne Ströer, Leiterin der Harener Tafel, dankte Doris Jaspers und Hans-Hermann Nüsse (v.l.) vom SoVD-Ortsverband Rütenbrock für die Lebensmittelspende.

Haltbare Lebensmittel wie Nudeln oder Konservenfrüchte, aber auch Tee, Hygieneartikel sowie Süßigkeiten hat der Vorstand des SoVD-Ortsverbandes Rütenbrock in einem Supermarkt eingekauft. „Das sind Dinge, die den Tafeln nicht so oft gespendet werden und die als Ergänzung für das übrige Angebot der Tafelkunden gedacht sind“, sagt Hans-Hermann Nüsse, Vorsitzender des SoVD-Ortsverbandes Rütenbrock, zur Aktion. Da die Tafeln immer mehr Menschen versorgen, entschloss sich der Ortsverband dazu, einen Beitrag zum

Lebensmittelangebot zu leisten. „Wir haben das Vorhaben im Rahmen unserer Mitgliederversammlung angekündigt. Unsere Mitglieder stimmten sofort zu“, berichtet Doris Jaspers, Schatzmeisterin des Ortsverbandes. Die Lebens- und Genussmittel sind vom Rütenbrocker Sozialverband nun an die Tafel in Haren übergeben worden. Marianne Ströer, Leiterin der Tafel in Haren, die zur Tafel Lingen e. V. gehört, hat sich erfreut über die Lebensmittelspende gezeigt und den SoVD-Mitgliedern für die Unterstützung gedankt. „Die Lebensmittel sind

uns wirklich sehr willkommen und eine Bereicherung für unser Angebot“, betont Ströer. Die Anzahl derjenigen, die zur Tafel gehen, habe zugenommen, sagt die Tafelleiterin. Im Schnitt besorgen 90 bis 100 Kunden in der Woche Lebensmittel für sich und ihre Familienangehörigen. Rund 300 Menschen würden so im Harener Stadtgebiet mit Lebensmitteln versorgt. Die Zunahme der Kundenzahlen liege zum einen an den Flüchtlingen aus der Ukraine. Es gebe aber auch eine wachsende Zahl älterer Menschen, die aufgrund der steigenden Inflation nicht mehr mit ihrer Rente hinkommen. Von einem Engpass bei der Versorgung mit Lebensmitteln will die Tafel-Leiterin jedoch nicht sprechen. „Das klappt in Haren gut, dank der Spendenbereitschaft der Supermärkte, Firmen und der vielen Institutionen, die uns helfen“, sagt Ströer. Zudem habe die Tafel in Haren ein sehr gutes ehrenamtliches Team, sodass die Versorgung der Kunden gut funktioniere. Wichtig sei, dass weiterhin gespendet werde.

Frauensprecherinnen tauschen sich aus

Frauentreffen

Die Frauensprecherinnen der emsländischen Ortsverbände haben sich zu einem informativen Austausch in Haren getroffen.



Foto: Heinrich Schepers

Auf Einladung der Kreisfrauensprecherin Annemarie Hunfeld (1.v.r.) kamen die Ortsfrauensprecherinnen aus dem Emsland nach Haren, um sich über aktuelle Frauenrechtsthemen zu informieren.

Annemarie Hunfeld, Frauensprecherin des SoVD-Kreisverbandes Emsland, referierte zu den wichtigen Neuerungen im Sozialverband sowie über die in diesem Jahr durchgeführten und die geplanten Veranstaltungen des Kreisfrauenausschusses. Unter anderem fand der Equal Pay Day mit den Aktionspartnern des Kreises Emsland am 7. März 2023 in der Kunsthalle Lingen statt. 130 Teilnehmerinnen waren dabei. Auch der SoVD beteiligte sich mit einer Abordnung. „Wir machen bei den Veranstaltungen

darauf aufmerksam, dass es immer noch ungleiche Bezahlung zwischen Männern und Frauen gibt“, erklärte Hunfeld. Während die Männer ab dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt wurden, mussten Frauen im Jahr 2023 bis zum 7. März umsonst arbeiten. Die Lohnlücke betrage 18 Prozent in Deutschland, im Landkreis Emsland sei sie mit 29 Prozent sogar noch größer. Erläuterungen gab es zu den digitalen Angeboten des SoVD, wie dem Pflegegradrechner, dem Wohngeldrechner, dem SoVD-Podcast sowie der digitalen Vortragsreihe.



Interview

Teilerfolg bei Landesbauordnung

**Dr. Michael Spörke leitet im SoVD NRW die Abteilung Sozialpolitik und ist in dieser Funktion auch Lobby und Sprachrohr unserer Mitglieder gegenüber der Politik. Im Gespräch mit unserem Landespres-
sesprecher Matthias Veit berichtet er von einem Teilerfolg beim Thema barrierefreies Wohnen in NRW.**

___Hallo Herr Spörke, reden wir über Barrierefreiheit – was hat der SoVD NRW zu dem Thema für seine Mitglieder erreichen können?

Ganz konkret geht es wieder einmal um die Landesbauordnung. Gefühlt wird die ja jedes Jahr überarbeitet, also novelliert, wie es in der Fachsprache heißt. Die aktuelle Novelle, das kann ich sagen, stellt jedenfalls einen ganz wichtigen Schritt dar, für den wir aber auch viele, viele Jahre gekämpft haben.

___Wichtiger Schritt inwiefern?

Weil es dort jetzt endlich klipp und klar heißt: Wohnungen, öffentlich zugängliche Gebäude müssen barrierefrei sein – Punkt. In früheren Versionen der Landesbauordnung wurde das schwammig formuliert, verwässert, verunklart – jetzt haben wir eine klare Formulierung, so wie es auch sein muss.

___Was hat der SoVD NRW dazu beigetragen?

Wir haben uns mit anderen zusammengetan, damit unsere Kritik noch lauter wird. Dann haben wir natürlich viele Stellungnahmen verfasst und die Lage aus unserer Sicht sehr klar und unmissverständlich geschildert. Und wir haben viele Gespräche im Landtag geführt, auch mit der Bauministerin. Ohne unsere Lobbyarbeit wäre da, das kann man schon sagen, denke ich, nichts passiert.

___In der Novelle von 2021 stand noch etwas von barrierefreiem Bau „in erforderlichem Umfang“, richtig?

Genau gegen solche Formulierungen sind wir damals schon Sturm gelaufen und jetzt endlich wurde unsere Kritik beherzigt. Damit ist die Barrierefreiheit aber noch lange kein Selbstläufer.

___Wieso nicht?

Weil hinter dem Gesetz eine Verordnung steht. Und in dieser Verordnung wird geklärt, welche DIN-Normen beim Bau verbindlich sind. Und da geht es jetzt darum, dass viele dieser

DIN-Normen auch eingeführt werden, denn nur dann gelten sie. Ansonsten hätten wir zwar wunderbar klare Gesetzesformulierungen, aber keine klaren Ausführungen des Gesetzes.

___Welche DIN-Normen wären das, die noch fehlen?

Es fehlen zum Beispiel viele DIN-Normen für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen, die werden bisher nicht berücksichtigt. Also, es gibt diese Normen, aber dann muss die Landesregierung sie auch entsprechend in die sogenannten technischen Baubestimmungen einführen. Nur dann sind sie verbindlich.

___Was ist der Standpunkt des SoVD NRW bei dem Thema?

Der ist ganz klar. Wir vom SoVD NRW fordern seit langem, dass selbstverständlich alle DIN-Normen zur Barrierefreiheit in die Liste der technischen Baubestimmungen aufgenommen werden. Da sind wir aber noch weit von entfernt, da muss noch viel passieren.

___Welche Probleme sehen Sie noch?

Definitiv beim Thema Aufzüge. Da ist das Gesetz nach wie vor nicht klar. Man kann es so lesen, dass nur bei Gebäuden mit mehr als fünf Stockwerken der Aufzug auch Rollstühle transportieren können muss. Da gibt es eine blöde Formulierung, die bedeuten würde: Ja, kann sein, dass man



**Dr. Michael Spörke,
Leiter der Sozialpolitik
im SoVD NRW**

mit dem Rollstuhl die oberen Stockwerke erreicht, vielleicht aber auch eben nicht.

Aufzüge sind für die Bauwirtschaft offenbar ein Riesenproblem, ein heikles Thema. Dieser Punkt bleibt also. Aber, wie gesagt, über die klare Formulierung in der Novelle freuen wir uns erst mal.

___Hat sich beim Umbau im Bestand eigentlich etwas getan?

Ein Umbau im Bestand ist nach wie vor nicht vorgeschrieben. Da braucht es auch viel mehr Förderung für Menschen, die umbauen wollen. Aber ein Umbau ist oft ehrlicherweise auch gar nicht möglich, wenn man sich diese Bauten aus den Sechzigerjahren anschaut. Umso wichtiger ist uns, dass der Neubau konsequent barrierefrei erfolgen muss. Dafür werden wir uns auch weiterhin mit aller Kraft einsetzen.



Foto: Andi Weiland / Gesellschaftsbilder.de

Viel zu oft fehlen Aufzüge, auf die besonders Menschen mit Behinderungen angewiesen sind. Und natürlich gehört auch dazu, dass sie funktionieren beziehungsweise schnell repariert werden.



Editorial

Sehr geehrte Freundinnen und Freunde,



Franz Schrewe

in normalen Zeiten würde ich Ihnen an dieser Stelle vielleicht einfach nur meine Wünsche für das neu angebrochene Jahr übermitteln, so ist es guter Brauch, auch für mich als Landesvorsitzenden eines großen Sozialverbandes. Wir leben aber nicht in normalen Zeiten und deshalb, das müssen Sie mir nachsehen, muss ich leider die Tonlage wechseln und, gelinde gesagt, auf den Putz hauen. Es kann doch nicht wahr sein, dass die Politik immer noch nicht verstanden hat, was auf dem Spiel steht, wenn sie weiter an Glaubwürdigkeit und Akzeptanz einbüßt! Und nichts dagegen tut, wenn der Eindruck entsteht, mit diesem Land ginge es bergab!

Es geht mir um Folgendes: Vor einiger Zeit hat Finanzminister Christian Lindner uns alle auf einen Sparkurs eingeschworen. Nach Kindergrundsicherung und Bürgergeldhöhung müsse jetzt mal Schluss sein mit den Sozialreformen, mehr gebe der Bundeshaushalt auf Jahre nicht her. Hallo, geht es hier etwa um Barmherzigkeit, um milde Gaben? Das Schlimme ist: Dieser „Sound“ wird immer mehr zum Mainstream im politischen Diskurs, auch bei uns in NRW, wie mir scheint.

Landessozialminister Karl-Josef Laumann, von dem wir solche Töne eigentlich nicht gewohnt sind, war vor einiger Zeit bei einer Sitzung des Inklusionsbeirates zu Gast. Das ist natürlich zunächst einmal erfreulich und wir hätten erwartet, dass der Minister Pläne vorlegt: Wie wird sich die Landesregierung künftig für mehr Barrierefreiheit einsetzen? Wie will sie für mehr Beteiligung von Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt sorgen? Welche Investitionen sind geplant? Stattdessen schwor der Minister die Beteiligten auf einen Sparkurs ein. Frei nach dem Motto: „Für Extrawünsche haben wir kein Geld mehr.“

Hier setzt meine Kritik an und hier beginnt auch meine Verärgerung. Natürlich wäre Geld da! Wir verzichten nur darauf, es einzunehmen! Keine Steuererhöhung für niemanden, auch nicht für Reiche und Superreiche. Keine höhere Steuer auf Spekulationsgewinne und Wetten an der Börse, keine höhere Steuer auf Millionen-Erbschaften. Die Welt geht unter, wenn Menschen, die es sich locker leisten könnten, sich stärker am Gemeinwohl beteiligen müssten. Mit Verlaub, was für ein Unsinn.

Wir vom SoVD halten hier ganz klar ein Stopp-Schild hoch und sagen „So nicht!“. Jeder Politiker und jede Politikerin möchte doch gestalten können, möchte doch nicht nur den eigenen Wählern, sondern auch den eigenen Kindern und Enkelkindern ein Deutschland hinterlassen, „in dem wir gut und gerne leben“, wie es die ehemalige Bundeskanzlerin einmal gesagt hat. Aber das gibt es eben nicht zum Nulltarif. Wir müssen Investitionen in die Zukunft tätigen! Das würde nicht nur gefühlt für mehr Gerechtigkeit sorgen. Es würde den Menschen neuen Mut schenken, Vertrauen wiederherstellen, Vertrauen in einen funktionierenden Staat, einen vertrauenswürdigen Regierungsapparat, Zuversicht für die Zukunft.

Was wäre mit diesen dringend benötigten Milliarden – die wir früher übrigens eingenommen haben, da gab es schließlich höhere Steuern auf Erbschaften, da gab es die Vermögenssteuer – was wäre mit diesem zusätzlichen Geld nicht alles möglich! Saubere Schulen, reparierte Brücken, digitalisierte Ämter, gut ausgestattete Kommunen, attraktive und barrierefreie Innenstädte, ein flächendeckender und bezahlbarer ÖPNV, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser ohne Investitionsstau und vieles, vieles mehr.

Mehr Steuergerechtigkeit und ein größeres Investitionsvolumen durch eine verbesserte Einnahmenseite – das wäre eine echte Demokratie- und Wirtschaftsstärkungsinitiative für unser Land. Und daher auch bitter nötig, wenn man an die aktuelle Stimmung denkt. Mein Appell an die NRW-Landesregierung daher: Setzen Sie sich im Bundesrat mit einer Initiative für eine solche Kehrtwende ein. Die Vermögenssteuer käme den Bundesländern zugute. Worauf noch länger warten?

Ihr Franz Schrewe, 1. Landesvorsitzender

SoVD-Verbände gedenken am Volkstrauertag mit Kranzniederlegungen der Opfer von Krieg und Gewalt

Der Ruf nach Frieden ist aktueller denn je

Mit Kränzen und eigenen Redebeiträgen hat sich der SoVD auch 2023 an zahlreichen Veranstaltungen zum Volkstrauertag beteiligt, der diesmal auf den 19. November fiel. Dabei wurde deutlich, dass sich das traditionelle Gedenken an die Opfer von Krieg, Gewalt und Vertreibung durch die aktuellen Geschehnisse stark verändert hat.

„Der Schmerz über das Leid des Krieges, die Not, das Elend und die Trauer über die Opfer von Kriegen und Verfolgung sind in diesem Jahr noch viel unmittelbarer spürbar als in früheren Jahren“, hieß es in einer Redevorlage des SoVD, die von vielen genutzt wurde, um auch der veränderten Weltlage mit sensiblen Worten Rechnung zu tragen.

Ins Leben gerufen wurde der Volkstrauertag 1922 vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge – als Gedenktag für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges. Es war ein Krieg, der mit Giftgas und modernsten Waffen geführt wurde und ein bis dahin ungekanntes Ausmaß an Zerstörung brachte, Millionen Menschen das Leben kostete und daher ein tiefgreifendes Ereignis auch in der deutschen Geschichte war. Männer, die diesen Horror überlebten, die als Invaliden von den Schlachtfeldern und Schützengräbern zurückkehrten, gründeten damals den Reichsbund der Kriegsverwundeten, der heute als SoVD nicht nur die Interessen von Menschen mit Behinderungen, sondern die Interessen aller Benachteiligten vertritt.

Der Volkstrauertag mahnt zur Verantwortung. Er ruft nach Frieden und ist ein Appell zur

Aussöhnung. „Er führt uns die Schrecken des Krieges und das Leid der Opfer vor Augen. Und er muss uns sensibel machen – für das Heute und das Morgen.“ Diese Botschaft haben die Rednerinnen und Redner des SoVD auch in diesem Jahr unmissverständlich klargemacht. „Wir haben aus der Geschichte gelernt, dass es möglich ist, sich auszusöhnen und in Frieden mit seinen Nachbarn zu leben. Die bedrückende aktuelle Weltlage zeigt aber auch: Frieden, soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie sind Werte, für die wir immer wieder neu eintreten müssen. Eines ist dabei ganz gewiss und überall gültig: Hass kann niemals die Antwort sein.“

Auf dem Südfriedhof in Köln-Zollstock sprach der Kreisvorsitzende Wolfgang Eckhoff.

Der Kreisverband Köln-Bonn-Aachen gedachte mit einem Kranz der Opfer von Krieg und Vertreibung.

Bernd Kaiser, 2. Vorsitzender des Ortsverbandes Oberes Versetal und 1. Vorsitzender des Kreisverbandes Märkischer Kreis, sprach am Kriegerdenkmal in Lüdenscheid-Brüninghausen vor rund 80 Teilnehmenden. Er fand auch persönliche Worte zum Volkstrauertag – sein Vater war im Ersten Weltkrieg schwer verletzt worden und gab diese



KV Märkischer Kreis



KV Herne



KV Köln



OV Duisburg-Marxloh



OV Ennigloh-Muckum

schrecklichen Erfahrungen des Krieges mahnend an seinen Sohn weiter.

Mitglieder des Ortsverbandes Duisburg-Marxloh versammelten sich am Ehrenmal in Duisburg-Beeck zum stillen Gedenken.

Auch Mitglieder des Ortsverbandes Ennigloh-Muckum und Kreisverband Herford waren am Volkstrauertag präsent und legten einen Trauerkranz ab.

Der Kreisverband Herne legte ein Gesteck am Ehrenmal auf dem Waldfriedhof Herne/Wanne-Eickel nieder.

Die Vorsitzende Hanne Ulbrich ging in ihrer Rede auf die aktuelle Lage ein.

Rolf Steuernagel sorgte dafür, dass der Kreisverband Iserlohn-Hagen am Volkstrauertag einen Kranz auf dem Friedhof an der Oehde in Schwelm ablegte.

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

KV Hamm-Unna-Münster

Nach fast 10-jähriger Tätigkeit als Kreisvorsitzender trat Udo Schulte aus gesundheitlichen Gründen zurück. Sein Rücktritt traf alle Aktiven im Kreisverband, entsprechend

waren auch die Abschiedsreden an „unseren“ Udo, in denen ihm für sein Engagement und seine verschiedensten Aktivitäten gedankt wurde. Gleichzeitig begrüßte der geschäftsführende Kreisvorstand Elke Brückner in

ihrem neuen Amt und wünschte ihr viel Erfolg in der neuen Aufgabe und bezeugte vollste Loyalität gegenüber seiner neuen „Chefin“. (Auf dem Foto: Udo Schulte und Elke Brückner, beide in der Mitte).

OV Waltrop

„Stoffstückchen“ nennt sich die Gruppe Nähbegeisterter, die Patchworkdecken, Kuscheltiere, Einkaufstaschen, Handtaschen, Schlüsselanhänger und vieles mehr für gute Zwecke

fertigen. Die Gruppe engagiert sich schon lange für das soziale Projekt „Bildung schenken“ für Schüler*innen einer Schule in Tansania und ist ein Teil des Fördervereins. In Ausstellungen wie z. B. das Museumsfest am Hebewerk Waltrop präsentieren sie ihre kunstvoll gestalteten Arbeiten. Jedes Jahr werden circa 500 verschiedene Nähprojekte für Tombolas angefertigt. Eine dieser Tombolas fand im Oktober beim SoVD Waltrop statt. Nähbegeisterte sind übrigens immer herzlich willkommen.

OV Wellensieck

Der Ortsverband ehrte am 26. Oktober letzten Jahres folgende Mitglieder für ihre Treue: für 10 Jahre Mitgliedschaft Georg Anhuth, Matthias Biernath, Mecht-

Fortsetzung auf Seite 13



KV Hamm Unna Münster



OV Waltrop

Aus den Kreis- und Ortsverbänden



OV Wellensiek



KV Düsseldorf



KV Witten

Fortsetzung von Seite 12
hild Buss, Ulrike Karim-Ike, Gabriele und Thomas Kuhlmann, Annette Moritz, Klaus Renner, Herta Ritsche, Regina Schäfer, Karin und Bernd Wagner; für 20 Jahre Karin Bauer, Ulrike und Peter Hübner, Maria Jagiella, Ingrid Kootz, Crista Kroll und Krimhild Malniek-Kramer; für 25 Jahre Anita Höcker, Otmar Rüdiger Schweda und Gertrud Sorge; für 30 Jahre Susanne Rosenberg-Stork; für 35 Jahre Luzie Diekmann, Hannelore Funke und Anna Marie Wriedt; und für 45 Jahre Werner Kamphausen.



OV Suderwich



OV Bergkamen-Mitte

KV Düsseldorf
Mit einem Bollerwagen mit SoVD-Banner, Kuchen und Kaffee ging der Vorstand am 6. November auf die Straßen Düsseldorfs. Schnell konnte der Kontakt zu wohnungslosen Menschen aufgenommen werden. Die Betroffenen freuten sich über die heißen Getränke und das Gebäck – und über das Interesse an ihnen und ihren Anliegen. Die Aktion sorgte für Aufmerksamkeit und Lob von Passant*innen, die Flyer und Infos zum SoVD erhielten. (S. Foto, v. li.: Renate Neddermann und Brigitte Hütten mit zwei Obdachlosen.)

KV Witten
SoVD-Aktive aus dem Haupt- und Ehrenamt des Kreisverbandes Witten besuchten zum Jahresende 2023 den NRW-

Landtag in Düsseldorf. Josef Neumann, MDL der SPD, (s. Foto, 1. Reihe, Mitte) stand der SoVD-Gruppe nach der Plenarsitzungszeit für Fragen und Diskussionen zur Verfügung.
OV Recklinghausen-Suderwich
Während des gemütlichen Kaffeetrinkens beim diesjährigen Herbstfest des Ortsverbandes Recklinghausen-Suderwich begeisterten „Square-Dance“-Akteure der Seniorensportgruppe „FitAb50“ die Mitglieder mit ihren Darbietungen. Auch die beiden bei Suderwicher Festen immer gern gesehenen Drehorgelspieler kamen gut an.

OV Bergkamen-Mitte
Da freuten sich nicht nur der 2. Kreisvorsitzende Dietmar Griesse und der Ortsvorsitzende Gerd Bolchowski: 120 Mitglie-

der kamen zur Jahresabschlussfeier des SoVD Bergkamen-Mitte. Auch der stellvertretende Bergkamener Bürgermeister Kay Schulte und drei Ortsvorsteher erschienen persönlich. 86 Mitglieder feierten ihr Jubiläum, 23 davon waren anwesend und konnten ihre Geschenke und Urkunden persönlich entgegennehmen. Für 20 Jahre Mitgliedschaft wurden Margit und Ingo Wingen, Bettina, Hans-Michael und Patrick Thomas, Doris und Rudolf Mause sowie Christa und Jürgen Schmidt geehrt; für 25 Jahre Aldona Herrmann und Gerd Bolchowski; für 30 Jahre Alfred Otto, Helmut-Paul Kolodzey, Brigitte und Michael Grünschloß, Ruth Müller sowie Klaus Römer; für 35 Jahre Wolfgang Hellwig, Irmgard Meyer und Johanna Gasch; für 40 Jahre Horst

Draeger und für 55 Jahre Klaus-Peter Hilsmann.
KV Recklinghausen
Hoher Besuch beim Jahresabschluss des Kreisvorstandes Recklinghausen. Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier kam zum Treffen nach Haltern-Lippamsdorf ins Landhaus Föcker und berichtete dort über die Ergebnisse des Bundesverbandstages und die Arbeit der neuen Gremien Bundesverbandsrat und Bundeskonferenz. Ein Dank galt der SoVD-Kreisvorsitzenden Gabriele Helbig (s. Foto 2, links neben Michaela Engelmeier) für ihr langjähriges Engagement nicht nur im Kreis Recklinghausen. Auch Kreisgeschäftsführerin Janina Wenzel nahm an dem Treffen teil, die als Juristin und Ansprechpart-

nerin für alle Mitglieder im Kreis stets ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der SoVD-Familie hat. Erfreulich ist die Mitgliederentwicklung. Das neue Vorstandsteam bedankte sich bei der Zusammenkunft unter anderem auch für die gute Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt.
KV Köln-Bonn-Aachen
Auf ein erfolgreiches und aktives Jahr 2023 kann der Kreisverband zurückblicken. Die Neuwahlen am 5. November haben im Kreisverband Köln/Leverkusen/Rhein-Erft-Kreis/Aachen (wie er damals noch hieß) einen Aufbruch hervorgebracht, auch in der Frauenarbeit. Dafür und für die Unterstützung durch die Frauen des Kreisverbandes bedankt sich Kreisfrauensprecherin Waltraud Brandt.



KV Recklinghausen 1



KV Recklinghausen 2



KV Köln Bonn Aachen

Termine

- Ortsverband Brackwede-Quelle**
Vorschau: 8. Februar, 17 Uhr: Mitgliederversammlung, Gaststätte Taverne Sprungmann, Osnabrücker Str. 65, 33649 Bielefeld-Quelle.
- Ortsverband Essen Süd / Ost / West**
Jeden ersten Mittwoch im Monat ab 17 Uhr: Stammtisch im Café Extrablatt in Rüttenscheid.
- Ortsverband Heepen-Milse**
Vorschau: 6. Februar, 15 Uhr: Mitgliedertreffen / Klöntreff, ev. Gemeindehaus Vogtei Str. 5, 33719 Bielefeld. **Anmeldung erbeten** bei Peter Ilic, Tel.: 0521 / 14 38 639.
- Ortsverband Hürth**
Vorschau: 2. Februar, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen, Gaststätte Braustuben, Nordring 3 (Ecke Sudetenstr./Horbeller Str.), 50354 Hürth.
- Kreisverband Köln-Aachen-Bonn**
21. Januar, 12 Uhr: Kreisfrauenarbeit, Besuch mit Führung im Duftmuseum Farina, Obenmarspforten 21, 50667 Köln. **Anmeldung** bei Waltraud Brandt, E-Mail an: brandt.w27@gmail.com.
Vorschau: 1. Februar, 14.30 Uhr: Frauentreffen, DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, Parterre 1. Raum links.

- Ortsverband Köln-Südwest**
2. Januar, 17 Uhr: Mitgliedertreffen, Gaststätte „Klaaf im Franz-eck“, Lindenthalgürtel 58 (Ecke Lindenthalgürtel/Franzstr.), Köln-Lindenthal.
- Ortsverband Marl**
3. Januar, 15 Uhr: Mittwochstreff.
Vorschau: 25. Februar, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung. Mehrere Vorstandsmitglieder scheiden aus, neue Bewerber*innen sind sehr willkommen. **Anmeldung erforderlich bis 4. Februar** bei: Martina Bartz, Tel.: 02362/95 04 404, Uschi Klein-Lindner, Tel.: 02365/38 41 486, Helmuth Schöbel, Tel.: 02365/26 286 und Si-grid Radunski, Tel.: 02365/17 349.
Ort für alle Veranstaltungen: Pfarrheim St. Josef, Bergstraße 115, 45770 Marl.
- Ortsverband Neuenrade**
Jeden ersten Dienstag im Monat, 11 Uhr: Kaffeetrinken im Hotel Kaisergarten.
- Ortsverband Waldbröl / Rupichterath-Oberberg**
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken in den Räumen der AWO Waldbröl, Schladerner Straße 10–12, 51545 Waldbröl.

Sozialberatung

Mitglieder können Termine in den SoVD-Beratungszentren tele-fonisch vereinbaren. Unterstützung bietet die Landesgeschäftsstel-le an unter Tel.: 0211 / 38 60 30.
Weitere Informationen gibt es online unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren.

OV Eitorf-Windeck informiert

Leider konnte auf der Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Eitorf-Windeck am 18. November 2023 kein neuer Vorstand gebildet werden. Der Kreisverband Köln-Bonn-Aachen wird versuchen, die Mitglieder einem anderen Ortsverband zuzuordnen.
Mitglieder richten ihre Fragen und Probleme bitte ab sofort an das Sozialbera-tungszentrum in Köln: SoVD SBZ Köln, Neumarkt 1 a, 50667 Köln, Tel.: 0221 / 51 24 02, Fax: 0221 / 51 32 58, Mail: koeln@sov-d-nrw.de.
Weitere Informationen finden sich auf der Homepage.
Für die Region kann je nach Bedarf in Bonn Bad-Godesberg an jedem zweiten Dienstag im Monat von 9 bis 12 Uhr eine Außensprechstunde abgehal-ten werden.
Dazu ist es unerlässlich, dass sich die Mitglieder vorher mit dem SBZ in Köln in Verbin-dung setzen. Die Anschrift der Außensprechstunde: Offene Tür Dürenerstraße / Begeg-nung älterer Menschen e.V., Dürenerstraße 2, 53173 Bonn.
Der „alte“ Vorstand des SoVD Eitorf-Windeck wünscht all seinen Mitgliedern auch weiterhin eine vertrauensvol-le und gute Zusammenarbeit mit dem noch zu beschlie-ßenden neuen SoVD-Orts-verband.



Der Landesverband gratuliert



Foto: ortis / AdobeStock

Schön, dass Sie zu uns gehören und dem Verband die Treue halten! Der SoVD NRW gratuliert an dieser Stelle sehr herzlich allen Geburtstagskindern und Jubilar*innen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aus Platzgründen nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht werden können.

- KV Bielefeld:** Heinz Haas (90), Herbert Binner (91), Ruth Pusch (91), Charlotte Hartert (93), Gerda Milerski (94), Ruth Geilhaupt (95), Alice Adomeit (96), Anneliese Meise (97).
- KV Bochum-Hattingen:** Chris-tine Braunheim (90), Reinhold Schub (92), Hildegard Kemp-ken (93), Georg Kloss (93), El-friede Otto (95).
- KV Dortmund:** Heinz Lasarczik (90), Horst Sachse (90), Heinrich Rehberg (91), Lothar Scheele (91), Hilde Ronczka (93), Klara Althoff (99), Annelore Möller (99), Anna Zur Heiden (102).
- KV Westliches Ruhrge-biet / Niederrhein:** Anton Früh-auf (90), Ingrid Best (92), Gisela Jozwiak (92), Ingeborg-Anne-liese Flasche (94), Genevieve Niethammer (94).
- KV Essen:** Helene Grothues (92).
- KV Gelsenkirchen-Bottrop:** Hel-ga Gembaczka (94).
- KV Gladbeck:** Hans-Wilhelm Krumwiede (91).
- KV Gütersloh:** Margot Floegel (90), Herbert Hassemeier (90), Wera Küker (90), Alexandra Wiedenlübbert (91), Annelore Koyer (92), Anneliese Meyer Zu Verl (95), Hildegard Winkler (97).
- KV Hamm-Unna:** Bruno Breiter (90), Waltraud Woditsch (90), Mathilde Götz (91), Rolf Volmer (91), Vera Mucha (92), Hubert Paul Silski (93), Irmgard Zschä-bitz (97).
- KV Herford:** Margret Kemminer (90), Ursula Kredig (90), Ruth Heidenreich (93).
- KV Herne:** Henrich Muranski (93), Anna Eggemeier (100).
- KV Iserlohn-Hagen:** Margarita Rasche (91).
- KV Köln / Bonn / Aachen:** Georg Rieckhoff (91), Theo Clemens (92), Else Kessel (93), Hartmut Kunzendorf (94), Else-Elfriede Hornig (103).
- KV Lippe:** Brigitte Ufken (90), Irmtraud Witt (92), Hildegard Hilckemeier (93), Hildegard Albeke (94), Ruth Hanemann (95), Cornelia Pfeiffer (95), Willi Frohloff (99).
- KV Lübbecke:** Luise Hodde (90), Marie-Luise Möhlenpage (90), Wilhelm Spreen (90), Irmgard Winkelmann (91), Luise Arens-meier (92), Ursula Möhle (93), Walter Sporleder (93), Edith Krüger (94), Lina Meyer (94), Heinz Vahrenkamp (94), Luise Fuhrmann (95), Hildegard Wes-terhoff (95), Helga Golcher (96), Hilde Wojtke (96), Herta Wolter (98).
- KV Märkischer Kreis / Siegen-Olpe-Wittgenstein:** Helmut Tuping (91), Willi Ullrichsköt-ter (93), Anneliese Klein (94), Heinz Schneider (96).
- KV Minden:** Marlies Selle (90), Hans Hackert (96), Elise Huter (104).
- KV Recklinghausen:** Hein-rich Mahlinger (91), Annelies Schwarzer (91), Rudolf Bia-lowons (94), Hella Krzykows-ki (94), Harry Krzykowski (95), Werner Lechtenböhmer (100).
- KV Witten:** Willi Kirbis (90), Gerhard Scheliga (90), Heinrich Giebeler (91), Winfried Tölle (92), Fritz Czirsch (96).

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-d-nrw.de.
Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sov-d-nrw.de.
Layout / Schlussredaktion: Redaktion der So-VD-Zeitung, Tel.: 030 / 72 62 22 141, E-Mail: redaktion@sov-d.de.
Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.
Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Fotos oder Texte.

Hohe Verbandsjubiläen

- 40 Jahre:** Elli Müller, Ulrich Prusseit (Bielefeld), Alfred Haack, Heinrich Rehberg (Dortmund), Jürgen Zenker (Gelsenkirchen-Bottrop), Thomas Kreklau, Regina Stenzel, Maria Sundermann (Hamm-Unna), Edda Krenz (Lippe), Werner Huth, Heinz-Dieter Jäkel, Hans-Werner Volkening (Lübbecke), Klaus Janikowski, Erika Ermert (Märki-scher Kreis), Harith Schäfer, Gert Riepe (Minden), Hartwig Stöcker (Witten).
- 45 Jahre:** Ruth Wölm, (Bochum-Hattingen), Karl-Heinz Nitsch (Hamm-Unna), Barbara Laza-ris (Iserlohn-Hagen), Barbara Dueck, Hannelore Höltnke (Lip-pe), Jürgen Brand, Gerhard Dö-ding, Jürgen Gilbert, Heinz Rose (Lübbecke), Ursula Hymmen, Manfred Mausolf, Ulrich Voll-and (Märkischer Kreis), Rena-te Haupt (Minden), Elisabeth Saunus (Recklinghausen), Gerhard Nolte (Westfalen-Ost), Detlev Böhmer (Witten).
- 50 Jahre:** Rodrigo Ozolins (Bielefeld), Manfred Nolte (Dortmund), Friedrich Kasse-baum (Lübbecke).

Bundesverbandstagung 2023 stellt die Weichen für mehr soziale Gerechtigkeit

Verbandsreform und Beschlüsse

Auf der Bundesverbandstagung (BVT) im vergangenen November wurden neben der Verbandsreform auch wichtige Beschlüsse zu den sozialpolitischen Forderungen des SoVD für die nächsten Jahre behandelt. Aus Schleswig-Holstein waren eine Reihe von Anträgen an die BVT überwiesen worden.

Die Anträge des SoVD Schleswig-Holstein waren schon auf der Landesverbandstagung im Juni mit großer Mehrheit verabschiedet worden, darunter beispielsweise die Forderung nach einer Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro. Erst ab dieser Höhe können Anwartschaften auf eine armutsfeste Rente erlangt werden.

Weiterhin forderte der SoVD Schleswig-Holstein die Streichung der steuerlichen Absetzbarkeit der Ausgleichsabgabe. Auch hier stimmten die Delegierten der BVT mit überwältigender Mehrheit zu. Es ist schlicht nicht einzusehen, dass Unternehmen die Ausgleichsabgabe, die sie ja deshalb zahlen müssen, weil sie sich der Inklusion von Menschen mit Behinderungen verweigern, auch noch von der Steuer absetzen können.

Ein weiteres Thema war die Forderung nach Sozialstrom für alle analog zu den seit Monaten durch die Berichterstattung geisternden verbilligten Industriestrom. Für die Verbraucher*innen verteuern sich schließlich seit vielen Monaten sowohl die Lebensmittel als auch die Energiepreise.

Weiterhin beschloss die BVT Anträge aus Schleswig-Holstein, die eine gerechtere Steu-



Foto: Wolfgang Borrs

Auf der Bundesverbandstagung wurde auch über die Anträge aus den Landesverbänden abgestimmt.

erpolitik verfolgen und den Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung vortreiben sollen.

Beim Thema Digitalisierung setzte sich der SoVD Schleswig-Holstein dafür ein, dass alle Menschen in diesem gesellschaftlich bedeutsamen Prozess mitgenommen werden. Speziell zu diesem letzten Thema hatten eine Reihe von Landesverbänden Anträge in die BVT eingebracht, die allesamt angenommen wurden.

Die Frauen aus dem Landesverband Schleswig-Holstein hatten bei der letzten Landesverbandstagung in Damp unter

anderem Anträge zur Finanzierung und Barrierefreiheit von Frauenhäusern eingebracht, denen sich die BVT ebenfalls anschloss.

Auf den Bundesverbandstagungen des SoVD werden die Weichen für die Sozialpolitik für die nächsten Jahre gestellt. Mit den dort abgestimmten Forderungen tritt der SoVD für die kommenden vier Jahre an die Politik heran und bildet die Lobby für diejenigen, die sich nur sehr schwer selbst vertreten können. Grund genug also, sich auch in sozialpolitischer Hinsicht beim SoVD zu engagieren!

Neue Beitragsordnung für 2024 tritt in Kraft

Beiträge gerecht und solidarisch verteilen

Zu den Neuerungen im Jahr 2024 gehört auch die veränderte Beitragsordnung im Landesverband Schleswig-Holstein. Beim Landesverbandstag in Damp stimmten im Juni dieses Jahres 77,5 Prozent der Delegierten dafür, durch die neue Beitragsverteilung künftig kleinere Ortsverbände stärker zu fördern und die Leistungsfähigkeit des Landesverbandes zu sichern.

Mit der neuen Beitragsordnung erfüllt der SoVD den bereits auf der Landesverbandstagung 2019 gefassten Beschluss, kleinere Ortsverbände stärker zu fördern. Denn die „Kleinen“ erreichen mit ihren Veranstaltungen anteilig mehr Mitglieder, haben aber ähnlich hohe Grundkosten. Leistungsfähige kleine Ortsverbände sollen zur Stabilisierung der Ortsverbandsarbeit beitragen und für Mitgliederwachstum sorgen. 170 der 327 Ortsverbände erhalten künftig mehr Beitragsmittel, etwa 80 fördern die Kleineren mit bis zu 5 Prozent ihrer bisherigen Beitragsmittel, und etwa 80 große Ortsverbände fördern mit 5 bis maximal 10 Prozent.



Foto: Racle Fotodesign / Adobe Stock

Die Sozialberatung wird durch Mitgliederbeiträge ermöglicht.

Sozialberatungszentren absichern

Neben der Förderung der ehrenamtlichen Arbeit der Ortsverbände geht es mit der neuen Beitragsordnung darum, das Angebot in den Sozialberatungszentren sicherzustellen. Die Überleitung der Personalkosten von den Kreisverbänden zum Landesverband führte zu einer großen Belastung des Landeshaushaltes. Die Beitragsordnung ist ein weiterer Schritt, diese „Unwucht“ zu korrigieren. Hinzu kommt die steigende Nachfrage nach Sozialberatung in einem wachsenden Verband. Zwischen 2019 und 2023 ist die Zahl der Vollzeitstellen um 20 Prozent auf 100 gewachsen. Die absehbare Tarifentwicklung – der Vorstand erwartet in 2024 einen Abschluss mit bis 8,5 Prozent höheren Entgelten – muss ebenfalls berücksichtigt werden.

Festbeträge und Vermögensgrenzen

Künftig erhalten Ortsverbände 1,20 Euro (Einzelbeitrag), 1,80 Euro (Partner) und 2,00 Euro (Familien). Die zusätzlichen Mittel, die durch die Bundesverbandstagung beschlossene Beitragserhöhung für 2024 kommen, gehen an den Landesverband. Zusätzlich erhalten die Ortsverbände Festbeträge, die sich an der Zahl der Beitrag zahlenden Mitglieder orientieren. Die Reduzierung der gesamten Beitragseinnahmen soll für die Ortsverbände 10 Prozent zum Bezug der Beitragseinnahme am 31. Dezember 2023 nicht überschreiten.

Ein Anspruch auf Auszahlung dieser Festbeträge besteht nur, wenn das Vermögen des jeweiligen Ortsverbandes am 31. Dezember 2023 nicht größer als 10 Euro je Mitglied war. Dafür werden die Mitgliederzahlen vom Jahresende zugrunde gelegt. Wird die Vermögensgrenze nur bis maximal zur Höhe des jeweiligen Festbetrages überschritten, wird die Differenz zwischen dem Festbetrag und der überschrittenen Vermögenshöhe als Festbetrag ausgezahlt.

Keinem Ortsverband, der die Grenze von 10 Euro Vermögen pro Mitglied überschreitet, wird Geld weggenommen. Diese erhalten lediglich reduzierte oder gar keine Festbeträge. Die Abschmelzung des Vermögens der Ortsverbände ist unverzichtbar und ein Akt der Solidarität, denn die Beiträge der Mitglieder sollen eingesetzt und nicht bei Banken „geparkt“ werden. Vermögensaufbau ist mit dem Gebot der unmittelbaren Mittelverwendung schwer vereinbar und könnte Konsequenzen für die Gemeinnützigkeit entfalten.

Wohlfühlwochen in Büsum

Die kalte Jahreszeit an der Nordsee hat viel zu bieten. Spüren Sie den Wind und erleben Sie die raue See am Weltnaturerbe Wattenmeer. Genießen Sie die ruhigen Momente an leeren Stränden und die salzhaltige Luft.

In unserem Erholungszentrum Büsum haben wir für den Februar noch Plätze frei. Als SoVD-Mitglied übernachten Sie bei uns mit Vollpension zum Preis von nur 70 Euro pro Nacht – zuzüglich Kurtaxe.

Rufen Sie uns gleich an unter Tel.: 04834/95 250. Mehr Informationen finden Sie auf: www.erholungszentrum-buesum.de.



Foto: EHZ Büsum

Auch im Februar lässt sich an der Nordsee ein toller Urlaub machen. Ohne Touristenmassen kann man am Strand spazieren gehen und die gesunde Meeresluft einatmen.

SoVD-Familientag 2024 in der Tolk-Schau



Foto: Tolk-Schau

Mitmachen und Spaß haben wird auf dem SoVD-Familientag groß geschrieben.

Nach dem großen Erfolg mit vielen hundert Mitgliedern wird es auch im Jahr 2024 wieder einen SoVD-Familientag in der Tolk-Schau bei Schleswig geben. Der SoVD wird am 14. September zu einem großen Fest mit vergünstigtem Eintritt und leckerem Grillgut in den beliebten Freizeitpark für Jung und Alt einladen. Notieren Sie sich diesen Termin gern jetzt schon einmal. Wir werden aber im Laufe des Jahres noch einmal auf unser Familienfest hinweisen.

Sozialministerium bereitet Erlass vor

Mehr Pflegegeld ab 2024

Eltern, die in Schleswig-Holstein ein Kind anderer Eltern zur Pflege aufgenommen haben, können für 2024 mit deutlich höheren Pauschalbeträgen für ihre Pflegedienstleistung rechnen.

Das Land plant wie üblich die Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zur Grundlage für die Festsetzung der Pflegegeld-Pauschalbeträge zu machen. Diese werden dann von den Kommunen übernommen. „Als Land werden wir deshalb wie in jedem Jahr entsprechend angepasste Pauschalbeträge festsetzen. Dazu werden wir zeitnah einen Erlass vorlegen“, sagte Sozialstaatssekretär Johannes Albig: „Mit den Erhöhungen stehen Pflegeeltern und Pflegefamilien ab Januar 2024 deutlich mehr finanzielle Mittel für ihre Pflegekinder zur Verfügung.“ Das Land begrüßt zudem das Vorhaben auf Bundesebene, Pflegeeltern künftig auch zusätzlich mit finanziellen Leistungen in Form eines Elterngeldes zu unterstützen. *Quelle: Sozialministerium SH*

Berufliche Fort- und Weiterbildungskosten lassen sich von der Steuer absetzen

Berufliche Chancen verbessern

Der Lohnsteuerhilfeverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe (VLH) zeigt, worauf es ankommt, wenn man Kosten für eine Umschulung als Werbungskosten von der Steuer absetzen möchte und was der Unterschied zwischen Fort- und Weiterbildung ist.

Wer die Kosten für eine Umschulung als Werbungskosten von der Steuer absetzen möchte, muss zwei wichtige Bedingungen erfüllen:

1. Eine abgeschlossene Erst-Ausbildung

Die Kosten für eine Umschulung lassen sich dann als Werbungskosten von der Steuer absetzen, wenn zuvor eine Ausbildung abgeschlossen wurde – also eine Lehre oder ein Studium. Seit 2015 ist gesetzlich festgelegt, wann eine Erstausbildung tatsächlich vorliegt, um sämtliche Werbungskosten abziehen zu können: „Wenn eine geordnete Ausbildung mit einer Mindestdauer von 12 Monaten bei vollzeitiger Ausbildung und mit einer Abschlussprüfung durchgeführt wird“ (Auszug aus Paragraf 9 Abs. 6 S. 2 EStG).

2. Fort- oder Weiterbildung ist beruflich veranlasst

Eine Umschulung gehört zum Bereich Fort- und Weiterbildung und umfasst auch Bildungsmaßnahmen wie den Abendkurs, eine Schulung oder das Fernstudium. Wichtig ist, dass die Bildungsmaßnahme die eigene berufliche Qualifikation fördert, entweder innerhalb des aktuell ausgeübten Berufs – dann gilt sie als Fortbildung – oder darüber hinaus – dann gilt sie steuerrechtlich als Weiterbildung.

Eine Fortbildung muss es einer*inem Arbeitnehmer*in ermöglichen, die eigene „berufliche Handlungsfähigkeit zu erhalten und anzupassen oder zu erweitern und beruflich aufzusteigen“ (Berufsbildungsgesetz,



Foto: contrastwerkstatt / Adobe Stock

Eine Fortbildung kann karrierefördernd sein und ist absetzbar.

BBiG Paragraf 1).

Eine Weiterbildung hingegen kann auch eine Umschulung zu einem neuen Beruf sein.

VLH-Tipp: Die Kosten für einen privaten Sprachkurs lassen sich nicht als Werbungskosten angeben – ein Sprachkurs aus beruflichen Gründen dagegen schon. Kennzeichen dafür sind zum Beispiel berufliches Fachvokabular und ein homogener Teilnehmerkreis.

Diese Kosten lassen sich steuerlich absetzen

Sind die oben genannten Kriterien erfüllt, können die Kosten für eine Fort- oder Weiterbildungsmaßnahme als Werbungskosten abgesetzt werden (Anlage N):

- Kurs- und Prüfungsgebühren etc.
- Reisekosten wie die Hin- und Rückfahrt zum Fortbildungs-ort oder zu einer Lern- und Arbeitsgemeinschaft.
- VLH-Tipp: Wer seine Fahrtkosten zur Lerngemeinschaft geltend macht, sollte das ge-

nau dokumentieren. Dazu gehört, wann die Lerngemeinschaft stattgefunden und wer teilgenommen hat. Außerdem sollten alle Teilnehmer*innen eine Teilnahmeliste unterschreiben.

- Übernachtungskosten, beispielsweise im Hotel.
- Verpflegungskosten für Essen und Trinken außer Haus.
- Arbeitsmittel wie Fachbücher oder Schreibmaterial.
- Den heimischen Arbeitsplatz, wenn die Fort- oder Weiterbildung daheim vor- oder nachbereitet werden muss; dann kann hierfür die Homeoffice-Pauschale geltend gemacht werden.

Wichtig: Eine Arbeitnehmerin bzw. ein Arbeitnehmer darf die Kosten für eine Fort- oder Weiterbildungsmaßnahme nur dann in der Steuererklärung angeben, wenn der Arbeitgeber nichts erstattet oder übernimmt. Falls der Arbeitgeber Kosten teilweise erstattet, darf nur die Differenz angesetzt werden. *Quelle: VLH*



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Heiligenstedtenerkamp

Großer Erfolg für unser Mitglied Jenni Adam (siehe Foto) aus dem Ortsverband Heiligenstedtenerkamp: Zusammen mit ihrem Team der Spielgemeinschaft Schleswig-Holstein hat sie vor Kurzem die Deutsche Meisterschaft der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen im Frauenfußball gewonnen. Beim abschließenden Turnier in Duisburg setzte sich Jenni Team im Finalspiel im Acht-Meter-Schießen gegen die Landesauswahl Rheinland-Pfalz mit 4:3 durch.

Ortsverband Lunden

Seit mehreren Jahren organisiert Frauensprecherin Ilona Steffen im Ortsverband Lunden die Zusammenkünfte mit Klönen, Kaffee und Bingo. Zum Jahresabschluss 2023 konnten sich diesmal alle Anwesenden über ein besonderes Geschenk freuen: Es gab entweder eine Amaryllis oder einen Weihnachtsstern – und dazu einen Piccolo.

Ortsverband Marne

Fast 80 Gäste konnte der Ortsverband zum bunten Abend *Fortsetzung auf Seite 13*



Ortsverband Lunden



Ortsverband Heiligenstedtenerkamp

Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Marne

Fortsetzung von Seite 12
begrüßen. Nach einem guten Essen übernahm „Ottmar“ alias Philipp Scheel (s. Foto) das Kommando im Saal. Mit Trommel auf dem Rücken, Akkordeon und Mundharmonika sorgte er für gute Stimmung und brachte alle Anwesenden zum Lachen.

Ortsverband Oldenburg
Fast 40 Mitglieder und Gäste des Ortsverbandes Oldenburg reisten zum Jahresende 2023 in die idyllische Heide in der Nähe von Sittensen. Nach einem Kartoffel-Menü mit neun Gängen besuchte die Oldenburger SoVD-Reisegruppe unter anderem das Heimatmuseum in Scheeßel.

Ortsverband Friedrichskoog
Die beiden Polizisten Timm



Ortsverband Schönkirchen

Rohweder und Tim Steffen machten die Mitglieder im Ortsverband Friedrichskoog auf häufige Betrugsmaschen aufmerksam. Darunter der altbekannte Enkeltrick, der in verschiedenen Variationen immer noch regelmäßig Opfer fordert, besonders unter Senior*innen.

Ortsverband Leezen
Der Vorstand des Ortsverbandes Leezen hat in seiner letzten Sitzung die Veranstaltungsplanung für das Jahr 2024 verabschiedet. Unter anderem geht es für die Mitglieder ins Alte Land und in das Freilichtmuseum Molfsee.

Ortsverband Schönkirchen
Der Ortsverband war auch in diesem Jahr mit einem Stand auf dem Hobby- und Kunst-

handwerkermarkt vertreten. Die gespendeten und gebastelten Gegenstände waren sehr beliebt, so dass ein Erlös von fast 400 Euro entstanden ist. Dieser Betrag wurde anschließend dem Hospiz- und Hospizförderverein „Gabriel“ e.V. übergeben.

Ortsverband Steinberg / -kirche
75 Mitglieder und Gäste nahmen am traditionellen Grünkohlessen teil. Ein weiteres Highlight des Abends war die anschließende Bingo-Runde unter der Regie von Heinz Reichenberg. Ortsvorsitzender Peter Hoffmeier ehrte außerdem die beiden Jubilare Thea Butzek (20 Jahre) und Klaus Hildebrandt (10 Jahre).

Ortsverband Hasloh
Drei Tage waren Mitglieder des Ortsverbandes Hasloh in Berlin unterwegs, um sich über die politischen Institutionen in der Bundeshauptstadt zu informieren. Am ersten Tag ging es in die Landesvertretung Schleswig-Holstein, danach zur Gedenkstätte Berliner Mauer. Am nächsten Tag wurden das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Futurium sowie der Bundestag besucht. Wolfgang Kubicki und Max Mordhorst (FDP) nahmen sich anschließend eine Stunde Zeit für die politisch interessierte Gruppe. Am letzten Tag wurde der Bundesrat besichtigt.

Ortsverband Westerrönfeld
Aktuell umfasst der Vorstand im Ortsverband Westerrönfeld lediglich drei Personen (von links: Vorsitzender Horst Seifert, Schriftführerin und Frauenbeauftragte Ingrid Galle sowie Schatzmeister und Reiseleiter Heinz-Peter Galle). Der dreiköpfige Vorstand um den Vorsitzenden Horst Seifert hatte in den letzten Monaten viele Veranstaltungen und Reisen ins Leben gerufen. So wird es auch im Jahr 2024 weiter gehen.



Ortsverband Friedrichskoog



Ortsverband Leezen



Ortsverband Steinbergkirche



Ortsverband Hasloh



Ortsverband Westerrönfeld

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

Franziska Böttger,
langjährige Kreisgeschäftsführerin in der Beratungsstelle
Bad Segeberg,

Kurt Gelhaar,
langjähriger Beisitzer im Ortsverband Eutin,

Heino Witt,
langjähriger Revisor im Ortsverband Heikendorf.

Wir bewahren den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken.

Mitgliederwerbung

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen des Monats Dezember sind:

- Carsten Lübke (Kreisverband Ostholstein)
- Dieter Wenskat (Kreisverband Pinneberg)
- Karin Langbehn (Kreisverband Plön)
- Iris Karstens (Kreisverband Rendsburg-Eckernförde)
- Anna Braun (Kreisverband Segeberg)
- Dirk Söllner (Kreisverband Schleswig-Flensburg)
- Martina Rubbel (Kreisverband Steinburg)

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der SoVD hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 engagierte Mitstreiter*innen.

Für das Jahr 2024 lautet unser Wahlspruch:

„Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft.
Werden Sie Mitglied!“

Unser Ziel ist es, eine noch stärkere Gemeinschaft von sozialpolitisch interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu werden. Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot, die persönliche Arbeit seiner ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und sein unermüdliches Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Der Landesvorstand dankt allen Werbenden herzlich für ihren Einsatz und bittet sie darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen. Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken!

Wichtige Rufnummern

112 – Notruf für Menschen in Not. Rund um die Uhr, kostenlos, geht ohne Mobilfunknetz und bei gesperrtem Handy. Die Notrufnummer 112 wählen Sie bei Unfällen, wenn es brennt, oder wenn Notfallsituationen möglicherweise lebensbedrohlich sind oder Sie die Schwere der Verletzung nicht einschätzen können.

110 - Notruf der Polizei. Bei Gefahr, Straftaten oder dem Verdacht. Sagen Sie lieber einmal mehr Bescheid. Wählen Sie 110 immer dann, wenn Sie sich bedroht fühlen, Sie sich in Gefahr befinden oder die Situation gefährlich werden könnte.

116 112 – Ärztlicher Bereitschaftsdienst. Hier erhalten Sie Hilfe außerhalb von Sprechzeiten und bei Krankheiten, die nicht lebensbedrohlich sind. Dort erfahren Sie auch den Standort der nächsten Bereitschaftsdienstpraxis.

Patientenombudsverein bietet Rat und Hilfe für Patient*innen. Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg unter Tel.: 04343/42 41 62; für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg unter Tel.: 04331/70 84 882; für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland unter Tel.: 04641/98 73 69; für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg unter Tel.: 04631/44 13 447. Bei Fragen zur Pflege gibt es Rat unter Tel.: 04531/80 49 38.

Kindernottelefon – erreichbar anonym und gebührenfrei unter Tel.: 0800/11 10 333 (montags bis samstags von 14 bis 20 Uhr).

Unabhängige Patientenberatung (UPD) – gebührenfrei und bundesweit erreichbar unter Tel.: 0800/011 77 22.

Pflegenottelefon – Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte erhalten Rat und Hilfe unter Tel.: 01802/49 48 47.

Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, erreichbar unter Tel.: 0431/98 81 620.

Interview

„Wir sind hier in Kaltenkirchen gar nicht mehr wegzudenken“

Horst Zawada ist Vorsitzender des SoVD in Kaltenkirchen, einem Ortsverband mit über 1.400 Mitgliedern. Welche Aufgaben er selbst übernimmt und was ihn dabei manchmal ärgert – darüber hat Horst Zawada mit uns gesprochen.

—Hallo Herr Zawada, gibt es den einen Grund, warum Sie ein Ehrenamt ausüben?

Ehrenamt mache ich seit 40 Jahren. Nicht nur beim SoVD, früher bin ich zum Beispiel sehr aktiv im sportlichen Bereich unterwegs gewesen. Hier bei uns in Kaltenkirchen. Nur zu Hause rum-sitzen, das kann ich nicht. Dafür bin nicht gemacht.

Und durch meine verschiedenen ehrenamtlichen Aktivitäten bin ich über die Jahre mit vielen interessanten Menschen zusammen gekommen. Das Ehrenamt gibt viel zurück, es ist wirklich so.

—Wie ging es denn beim SoVD für Sie los?

Ganz klassisch eigentlich. Eingetreten bin ich damals gemeinsam mit meiner Frau im Jahr 2000. Sie brauchte sozialrechtliche Unterstützung, und da konnte uns der SoVD helfen.

Selbst aktiv bin ich erst später geworden. Das war auf einer Mitgliederversammlung vor einigen Jahren, der Posten des stellvertretenden Vorsitzenden musste besetzt werden. Man hat dann mich angesprochen, und ich habe mich zur Verfügung gestellt.

Als dann einige Jahre später der Vorsitzende nicht noch einmal angetreten ist, habe ich das Steuer übernommen.

—Und was bedeutet das konkret? Was sind die Aufgaben eines Vorsitzenden im Ortsverband?

Das ist von Ortsverband zu Ortsverband verschieden. In Kaltenkirchen bin ich zum Beispiel für die Veranstaltungen und Reisen zuständig. Natürlich werde ich dabei teilweise von Vorstandskolleg*innen unterstützt, aber die Anmeldungen zu Ausflügen laufen über mich.

Einmal in der Woche biete ich in unserem Büro eine Sprechstunde zum Schwerbehindertenrecht an. Da beantworte ich erste Fragen zum Verfahren und fülle mit den Mitgliedern Anträge aus. Außerdem bin ich immer auf der



Zu Hause herumsitzen ist nichts für Horst Zawada. Als Vorsitzender des SoVD Kaltenkirchen kommt keine Langeweile auf.

Suche nach Sponsoren für unseren Verband.

Aber eines ist wohl in allen Ortsverbänden des SoVD gleich: Wenn die Leute ein Problem haben, rufen Sie erstmal beim Vorsitzenden an. So ist das in Kaltenkirchen auch.

—Dann sind Sie zeitlich ganz schön eingespannt, oder?

Auch das ist unterschiedlich. Aber zwei Stunden in der Woche bin ich ja schon in der Beratung tätig. Im Durchschnitt kommen noch fünf dazu, unter anderem für die Arbeit im SoVD-Kreisvorstand. Denn da bin ich als stellvertretender Vorsitzender aktiv.

—Bei so viel Arbeit gibt es doch sicherlich auch Episoden in Ihrem Ehrenamt, auf die Sie gern verzichten würden.

Im Großen und Ganzen überwiegt bei Weitem der Spaß. Wirklich. Nur bei einer Sache kann es auch für mich nervig werden: Wir bieten unsere wöchentliche Sprechstunde zum Schwerbehindertenrecht seit Corona nur noch mit Voranmeldung an. Das ist wichtig, damit für jedes Mitglied ausreichend Zeit zur Verfügung steht. Leider kommt es immer wieder vor, dass Leute dann trotzdem ohne Anmeldung auf der Matte stehen. So funktioniert das

nicht – und das kann manchmal schon ärgerlich sein.

—Aber das Positive überwiegt?

Auf jeden Fall! Ich erlebe so viel Dankbarkeit von unseren Mitgliedern.

Vor einiger Zeit sind wir zum Beispiel ins Ammerland gefahren. Ich mag es, wenn ich die Teilnehmenden bei solchen Reisen überraschen kann – in diesem Fall mit einem Shantychor. Dann sieht man in den Gesichtern richtig, wie sich die Menschen freuen. Das ist das Tolle am Ehrenamt.

—Sie haben gerade Corona erwähnt: Wie lief das damals in der akuten Phase im Ortsverband? Und wie ist es heute?

Natürlich stand auch bei uns alles still. Selbst die wöchentliche Beratung konnten wir nicht anbieten. Das haben wir damals auch an den Mitgliederzahlen bemerkt, es fand kaum noch ein Zuwachs statt.

Mittlerweile ist ja alles wieder möglich. Die Menschen kommen wieder zu den Veranstaltungen, die Sprechstunden in unserem Büro sind gut besucht. Das Leben im Ortsverband Kaltenkirchen findet wieder ohne Einschränkungen statt. Und dafür sind wir sehr dankbar.



Foto: Jenny Sturm / Adobe Stock